



15. Mai 1922

CARL SEVERING · OTTO HUE ZUM GEDÄCHTNIS

ALS am 23. April die kühle Erde Otto Hues sterbliche Reste aufnahm, haben ihm Essener Arbeitersänger als letzten Gruß das Pfeilsche Grablied nachgerufen: »Ein Sohn des Volkes wollt' er sein und bleiben.« Mag dieses Lied oft auch gedankenlos und ohne innere Beziehung zu einem Heimgegangenen gesungen sein, hier war es keine Phrase, hier kennzeichnete es den Werdegang und die Wesensart des Toten zugleich. Denn Otto Hue, dem es bei seinem reichen Wissen, seinen vielfältigen Gaben und seinem rastlosen Fleiß wahrlich nicht schwer gefallen wäre höhere Sprossen der Stufenleiter in unserer Gesellschaft zu erklimmen, ist der schlichte Volksmann geblieben, der er bei seinem Eintritt in die Arbeiterbewegung war.

Der junge Hörder Schlossergeselle, der im Jahr 1886 die Lehre verlassen hatte, zeigte schon früh lebhaftes Interesse für das Vereinsleben seiner Zeit. Die Sozialdemokratische Partei hatte schon vor dem Fall des Sozialistengesetzes im Industriebezirk und besonders in Hues engerer Heimat, dem Kreis Dortmund-Hörde, erhebliche Fortschritte gemacht und eine rege Abwehrpropaganda der konfessionellen Vereinigungen aller Richtungen hervorgerufen. Von der Umgebung des Elternhauses beeinflusst und von den sozialen Fragen, die damals auch in den kirchlichen Vereinigungen lebhafter erörtert wurden als heute, angeregt, wurde er Mitglied des Evangelischen Jünglingsvereins. Damit nahm er ungefähr die selbe geistige Entwicklung wie August Bebel, der ja Mitglied katholischer Gesellenvereine war, bevor er in die sozialistische Arbeiterbewegung eintrat. Hue nahm regen Anteil an den Bestrebungen seines Vereins. Aber gerade darum konnte es seiner kritischen Beobachtung nicht entgehen, daß die Tätigkeit der Evangelischen Jünglingsvereine vornehmlich gegen die selbständigen Regungen der Arbeiter gerichtet war. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes konnten sich auch die Gewerkschaften freier entfalten und den zentralen Zusammenschluß herbeiführen, sie konnten nunmehr den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation auch in jene Kreise tragen, die bis dahin durch die Schranke des Ausnahmegesetzes nahezu unberührt geblieben waren. Es dauerte nicht lange, daß auch Hue in ihren Reihen stand, daß er zu ihren eifrigsten Pionieren zählte. Als Mitglied des Metallarbeiterverbands hat er nicht nur den schwierigen, vom Klerikalismus beeinflussten und behüteten Boden des Industriegebiets erfolgreich bearbeitet und Bresche in die, den Gewerkschaften so schwer

zugänglichen Hütten- und Walzwerksbetriebe geschlagen, er hat auch die allgemeinen Ziele der Organisation durch anregende Aufsätze in der Metallarbeiterzeitung zu fördern versucht. Licht in das fast undurchdringliche Dunkel der Arbeitsbedingungen der Walzwerksarbeiter getragen zu haben konnte sich Hue als erster rühmen, und die ersten Verbesserungen dieser Bedingungen sind nicht zuletzt auf seine emsige Tätigkeit gerade auf diesem Gebiet zurückzuführen.

Seine Lebensarbeit aber war die Förderung der Interessen der Bergarbeiter, zu denen er schon im Jahr 1894 als Redakteur der Bergarbeiterzeitung in das engste Verhältnis trat. Ihnen ist er bis an sein Lebensende treu geblieben, ihnen diente in erster Linie sein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, den er mit gleicher Hingebung und mit gleichem Erfolg in der Presse wie im Parlament und in der Volksversammlung führte. Er war in den letzten Jahren weder Mitglied des Verbandsvorstands noch eigentlich Redakteur des Verbandsorgans, und doch war er mit seiner Organisation so verwachsen wie kein zweiter, sein Rat behielt das selbe Schwergewicht wie vordem, er war nach wie vor schlechthin *der* Repräsentant und *die* Autorität des Bergarbeiterverbands. Niemand verstand die Psyche der Bergarbeiter so gut wie Otto Hue, wenige verstanden mit den "Kumpeln" so gute Kameradschaft zu halten wie er. Im Schacht und am Biertisch, im Konferenzzimmer und im Parlament war ihm jeder Bergarbeiter Leidensgenosse und Kampfgefährte, dem er das gleiche Vertrauen und die gleiche Herzlichkeit entgegenbrachte, mit dem er auf du und du stand. Das war kein Ausfluß von Liebedienerei den Massen gegenüber sondern entsprach ganz seiner Wesensart, der nichts mehr zuwider war als die Eitelkeit und Überheblichkeit sogenannter Führer, die zuweilen ganz zu vergessen scheinen, daß auch die Wurzeln ihrer Kraft und ihres Einflusses im Fühlen und Denken der Volksmassen liegen. Er war sich stets dessen bewußt, daß das Beste dessen, was ein jeder gibt, daß die Aufgabe, die seinem Wirken gestellt ist, daß seine eigentliche Leistung aus dem Massiv des Volkes, aus der Gemeinschaft seiner Klasse kommt.

Trotzdem (oder gerade deshalb) war Hue alles andere als ein Anbeter der Massen. Er hat sich nie gescheut, wenn seine Einsicht und Überzeugung ihm das eingab, eigene Wege zu wandeln. Und auch dann ist ihm das Vertrauen der Arbeiter ungeschmälert erhalten geblieben. Hue ist das leuchtendste Beispiel für die Erscheinung, daß eine durch Ungunst der Verhältnisse oder demagogische Verhetzung hervorgerufene Tagesstimmung das Bild eines aufrechten Arbeiterführers zwar zeitweilig verdunkeln, aber nie ganz auslöschen kann. Auch ihm sind Angriffe, selbst der gehässigsten Art, nicht erspart geblieben. Als er der Neutralität der Gewerkschaften das Wort redete, in der Hoffnung damit ein Sammelbecken für alle Arbeiter, gleichviel welcher Richtung, zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung zu schaffen, da wurde er des Mangels an Klassenbewußtsein und der Leisetreterei bezichtigt. Dabei hatte die Arbeiterklasse selten so beharrliche, folgerichtige und unwandelbare Vertreter aufzuweisen wie Hue. Als er sich in den Kriegsjahren mit der ihm eigenen Entschiedenheit für den Kampf für Deutschlands Selbstbehauptung einsetzte, da wurde er mit vielen deutschen Arbeiterführern von sogenannten Radikalen in die Wolfsschlucht der Chauvinisten geworfen, und dabei gibt es wenige, deren Namen in der internationalen Arbeiterbewegung einen so guten Klang haben wie Otto Hue. Als er sich gegen die Einführung

der Sechsstundenschicht im Bergbau wandte, weil diese Maßnahme ohne eine internationale Regelung den Ruin der deutschen Wirtschaft herbeigeführt hätte, da wurde er von unverantwortlichen Phraseuren den "Kapitalsknechten" zugesellt (was die Vertreter des Bergkapitals jedoch nicht im mindesten hinderte ihn bis zur letzten Stunde seines Lebens als ihren entschiedensten und gefährlichsten Gegner zu behandeln). Er war Arbeiter und Arbeitervertreter, aber gerade darum ist er für den Aufbau der deutschen Wirtschaft eingetreten. Sein Wissensdurst und sein Fleiß verschafften ihm die Waffen, deren er zur erfolgreichen Vertretung dieses Standpunkts bedurfte. Er war der Freund der Bergarbeiter aller Länder, er versuchte den Engländer und den Franzosen, den Belgier und den Österreicher zu verstehen. Aber gerade darum hielt er es für geboten für deutsche Arbeit und damit für deutsche Kultur zu wirken, kurzum: Deutscher zu sein. Von alledem hat er nie großes Aufhebens gemacht, das, was ihm Herzens- und Gefühlssache war, nie mit großem Geräusch verkündet. Ich aber darf es heute von ihm und für ihn sagen: In ihm verband sich bestes Deutschtum mit internationalem Gemeinschaftsgeist, der nie ermüdende Klassenkämpfer war eins und eines Sinnes mit dem eifrigen und zielklaren Förderer des Produktionsgedankens, also dessen, was unserm Volk (und mit ihm dem ganzen europäischen Festland) jetzt vor allem nottut, will es seine Wirtschaft, seine Zivilisation neu aufbauen, will es seine nationale Kraft zu voller Stärke entfalten und so seiner Pflicht gegen die kommende Generation, seiner Bestimmung im Menschheitsganzen genügen.

Hue war im besten Sinn Selfmademan. Sein unbeugsamer Wille Einblick in alle Zweige der Wirtschaft zu gewinnen, seine leichte Auffassungsgabe und seine Beharrlichkeit haben ihm ein Wissen verschafft, das ihm auf den vielseitigen Gebieten seiner öffentlichen Betätigung sehr zustatten kam. Seine zahlreichen und gehaltvollen Artikel in den Sozialistischen Monatsheften, seine Geschichte der Bergarbeiterbewegung sind Zeugen seiner ungewöhnlichen Begabung sowohl als seines emsigen Forschergeistes. Als Redner war er nicht das, was man den glänzenden Dialektiker nennt. Nach oratorischen Lorbeeren hat er nie gestrebt, Effekte nie gesucht. Er verschmähte die Geste und das künstliche Pathos. Und doch waren fast alle seine Reden von großer Wirkung. Denn aus ihnen sprachen Überzeugungstreue und Sachkenntnis, Entschiedenheit und Sachlichkeit. Rede und Redner waren, das fühlte jeder, hier *ein* Guß.

Und der Mensch? Wer Hue in seiner schlichten Art reden hörte und arbeiten sah, der konnte sehr leicht zu der Auffassung gelangen, daß Zeitungsartikel, Reden und Gesetzesparagrafen den ausschließlichen Inhalt seines Lebens bildeten. Doch neben Eingaben und Entwürfen lagen in seiner Arbeitsmappe Goethe und Lessing, Ibsen und Dostojewskij, Kant und Nietzsche. Und Gleichgesinnten und Gleichgestimmten offenbarte er bisweilen sein Inneres durch die Melodien des zartesten deutschen Volkslieds. Dann war der harte, rauhe Kämpfer von draußen weich und empfänglich wie ein Kind.

Otto Hue ist nicht mehr. Aber was er geschaffen, bleibt bestehen, was er gesät, wird aufgehen. Und unvergänglich wird auch sein Bild bleiben als das eines der wirklich Großen, die die deutsche Arbeiterbewegung aus sich hervorgebracht hat: das Bild des aufrechten, schlichten Kämpfers.

MAX SCHIPPEL · STARRER UND BEWEGLICHER ACHTSTUNDENTAG



IR leiden, in Partei und Gewerkschaft, wieder einmal an dem alten Verhängnis, daß wir, solange noch genügend Zeit zu ruhiger Erörterung und Entscheidung war, jeder bestimmtem Stellungnahme geflissentlich auszuweichen suchten, und daß wir dann im letzten Augenblick, weil wir auf eine ganz unvorbereitete öffentliche Meinung in unseren Reihen stoßen, die Aussprache nur unter den seltsamsten Irrungen und Wirrungen oder überhaupt gar nicht vom Fleck zu bringen vermögen. So ist es denn gar kein Wunder, daß zurzeit ein Teil der Parteigenossen, halb verwundert halb empört, allen Ernstes fragen kann: warum einige aufdringliche Theoretiker, Flaumacher und Allesbesserwisser plötzlich und überdies zu so ungelegener Zeit (kurz vor dem 1. Mai!) am gesetzlich verbürgten Achtstundentag zu zweifeln und zu rütteln sich unterfangen.

Mit Verlaub, so stehen die Dinge ganz und gar nicht, und es enthüllt nur eine bedauerliche langgepflogene Unterlassungssünde anderer, daß der wahre Sachverhalt in unseren Kreisen so wenig bekannt ist. Unser gesetzlicher Achtstundentag wurzelt lediglich in einer der vielen Verordnungen der *Demobilmachungszeit* und war daher seit langem mit einer festen Ablaufsfrist, mit einem Endtermin seines automatischen Erlöschens behaftet. Mit zahlreichen Schicksalsgefährten hätte er sein vorgesehenes *Ende schon am 31. März* finden sollen. War dies nicht der denkbar dringendste und triftigste Grund vor dem kritischen Tag 1. Ordnung endlich die Frage anzuschneiden: Was nun? In letzter, allerletzter Stunde, weil man über die anzustrebende Zukunft noch immer jeder klaren Vorstellung entbehrte, und weil die bürgerliche Reichstagsmehrheit gleichfalls vor einem vollständigen Vakuum zurückschreckte, ist der Verordnung, neben wenigen anderen, für die die gleiche peinliche Verlegenheit fortbestand, eine *Gnadenfrist*, bis zum 31. Oktober, gesetzt worden. Ist dies noch immer nicht der durchschlagendste Anstoß die letzte, kurze Zeitspanne, endlich, zu einem Meinungsaustausch zwischen den keineswegs einheitlichen und unbestrittenen Auffassungen, die sich gelegentlich hervorwagten, zu benutzen?

Das bloße, um die Zukunft unbekümmerte Fortwursteln versagt nunmehr, denn von einer beliebig wiederholten, unter Umständen fristlosen Verlängerung der alten gesetzlichen Bestimmungen kann unter den obwaltenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kaum die Rede sein. Die nichtsozialistischen Parteien haben im Reichstag und in der Reichsregierung, was man zu leicht vergißt, die Oberhand. Wenn sie zum Teil zweifellos eine unnötige Herausforderung der Arbeiter heute nicht wünschen und nicht wünschen können, so ist ein sang- und klangloses Hinscheiden einer befristeten Notverordnung immerhin ganz etwas anderes als eine Kraftprobe zur ausdrücklichen Abschaffung eines fortgeltenden gesetzlichen Zustands. Aber selbst wenn die Arbeiterklasse über ein parlamentarisches Übergewicht oder über ausreichende parlamentarische Bundesgenossenschaften verfügte, könnten wir die beiden alten Verordnungen vom 30. November 1918 und vom 18. März 1919 nicht einfach in ihrer ursprünglichen Gestalt unangetastet lassen. Sowohl für die gewerblichen Arbeiter wie für die Angestellten (obwohl hier bereits eine nachbessernde Hand bemerkbar wird) sind sie unter

dem Zwang außerordentlicher Ereignisse eifertig auf das Allernotwendigste, damals mit vollstem Recht, roh zugeschnitten worden, und die tägliche Erfahrung sowie der ganze ungeahnte Verlauf unserer wirtschaftlichen und außenpolitischen Weiterentwicklung haben uns manche Unzulänglichkeit des alten gesetzlichen Rahmens immer deutlicher erkennen lassen: wobei hier zunächst immer an Unzulänglichkeiten in der Behandlung der *Arbeiterinteressen*, vor allem in der Richtung der demokratisch-gewerkschaftlichen an Stelle der obrigkeitsstaatlichen Eingriffsbefugnisse überkommenen Stils gedacht ist.

Die ersten, bereits unternommenen Reformanläufe waren, wie kaum anders zu erwarten, bekanntlich keine glücklichen. Der *Entwurf* aus dem *Reichsarbeitsministerium* vom Hochsommer 1921 wurde nirgends als Lösung des Problems betrachtet. Die linke, zeitweilig tonangebende Seite der Eisenbahner benutzte ihn mit seiner Scheidung von »bloßer *Arbeitsbereitschaft*« und wirklicher Arbeit sogar mit als Vorwand für den Weihnachtsstreik und für den Aufruf zu umfassendem Generalstreik. Wie vor dem 31. März stehen wir also bis zum 31. Oktober, wahrscheinlich dem alleräußersten Endtermin, genau noch so vor der unentschiedenen Frage, was an Stelle des Bisherigen treten soll. Nicht ein paar Händel- oder Wahrheitssucher haben sich dazu plötzlich zum Wort gemeldet, sondern jeder sachkundige und fähige Parteigenosse versäumt seine Pflicht, wenn er nicht endlich sein Scherflein zu dieser Aussprache beizutragen sucht.



FERNER ist es gar nichts so Außerordentliches, was in den Sozialistischen Monatsheften der Erwägung der Genossen, in erster Linie der Gewerkschaften unterbreitet wurde. Nach der Ansicht, die ich (in Übereinstimmung mit anderen und durchaus nicht als erster Urheber) an dieser Stelle verfochten habe, soll der *Achtstundentag* als »*Regel*« *gesetzlich* abermals, aber nunmehr natürlich *dauernd*, festgelegt werden. Für einen näher abzugrenzenden abnormen Zeitraum (man könnte hier und noch in anderen Fällen demnach an eine besondere Heraushebung der *Wiederaufbaujahre* ähnlich wie der vorangehenden, mit dem 31. März 1922 im allgemeinen abgeschlossenen *Demobilisierungsperiode* in unserer Gesetzgebung denken) soll jedoch der *tarifvertraglich-organisatorischen* Betätigung, der *Selbstverwaltung* der einzelnen Berufszweige, wie unsere Planwirtschaftler gern sagen, in bisher weder tatsächlich vorhandenem noch rechtlich zulässigem Maß *freiester Spielraum* und *allgemeinverbindliche* Kraft verliehen werden. Aus später zu streifenden Gründen halte ich dies für einen Weg, den eine parlamentarische Mehrheit gangbar finden kann, so daß die rasch heranrückende Gefahr eines vollständigen gesetzlichen Vakuums damit beseitigt wäre.

Wogegen richten sich also die wirklich ganz unbegreiflichen "Verwahrungen", die mit einemmal laut wurden? Dagegen, daß das regelwidrig befristete in ein regelrecht dauerndes Achtstundengesetz umgestaltet werden soll? So weit bin ich ja nur "radikaler" als die bestehende Notverordnung und ihre offenbar ungenügend unterrichteten, von ganz falschen Vorstellungen ausgehenden Anhänger. Dagegen, daß (innerhalb vorzuzeichnender, aber möglichst elastischer sachlicher Schranken) für eine in ihrem Weiterverlauf unübersehbare und daher durch gesetzliche Einzelbestimmungen nicht bis ins einzelne regulierbare Ausnahmezeit die von Fall zu Fall zu erringenden

Vereinbarungen zwischen *Gewerkschaften* und Unternehmerverbänden gewissermaßen *über* dem Gesetz, *über* den mehr schematischen gesetzlichen Normen stehen sollen? Ja, warum sollten aktionsfähige, lebensvolle Gewerkschaften, gleichsam mißtrauisch gegen die eigene Kraft und Einsicht, diese beispiellose Erweiterung ihres Mitbestimmungs- und Einflußbereichs ablehnen und womöglich gar noch mit Entrüstung ablehnen? Beispiellos, denn da die Unternehmer so gut wie niemals einer periodischen Arbeitszeitverlängerung widersprechen werden, so läge die Entscheidung in Wirklichkeit ausschließlich bei den Gewerkschaften und kann von ihnen im Notfall von wichtig erscheinenden weiteren Bedingungen, von Produktionsrationalisierungen, von der Beseitigung überflüssiger Arbeitshemmnisse und ähnlichem abhängig gemacht werden (etwa wie die ersten Überschichtabkommen der Bergarbeiter mit Ernährungserleichterungen und Sonderlohnberechnungen für die Mehrarbeit verbunden waren; jedes Arbeitszeitgeständnis würde natürlich ohne weiteres bei allen Gewerkschaften in den Kreis der schon nach den überlieferten Tarifverträgen *sonderbezahlten Überstunden* fallen). Wenn dagegen die Gewerkschaften keinen Grund zur Nachgiebigkeit und zu einer von der Norm abweichenden Überstundenleistung sehen, so bleibt ihnen der Rückhalt an dem Gesetz, der ihnen andernfalls höchstwahrscheinlich mit dem 31. Oktober vollkommen entgleitet. Lohnt es wirklich nicht das Für und Wider einer solchen Anregung ruhig anzuhören und ohne Groll und Eifer zu überlegen?



IELLEICHT macht ein anschauliches Beispiel aus einem Gebiet, das schon länger durch seine Organisationen zu anfangs gehässig umstrittenen, zuletzt jedoch überwiegend gebilligten Ausnahmebewilligungen in der Arbeitszeit schritt, und das soeben in voller Gesetzesform einer ähnlichen Regelung wie der in den Sozialistischen Monatsheften allgemein vorgeschlagenen entgegenggeht, sowohl das ins Auge gefaßte Ziel wie die ganze Art des Vorgehens verständlicher und einleuchtender.

Den deutschen *Bergleuten* fiel mit dem Beginn der neuen Ära die Siebenstundenschicht zu, tariflich vereinbart und meines Erinnerns sofort für allgemeinverbindlich erklärt, also mittelbar zum Rang eines Gesetzes erhoben. Dem linken Flügel der Organisation und noch mehr vielleicht der Organisationslosigkeit, schwebte jedoch weiter der rascheste Übergang zur Sechstundenschicht bis »spätestens zum 1. Februar 1920«¹ vor, und »grundsätzlich haben sich alle Bergarbeiterorganisationen und auch Werksvertreter für die bergmännische Sechstundenschicht erklärt.«² Wer von dieser Norm,

1) Siehe die Anträge der Arbeitnehmervertreter vor dem reichsarbeitsministeriell einberufenen Untersuchungsausschuß im Sommer 1919, im Reichsarbeitsblatt, 1919, Seite 600. Über den Radikalismus der Organisationslosigkeit schrieb die Bergarbeiterzeitung (Hue?) in ihrem Leitartikel Die kürzeste Schichtzeit! am 20. Dezember 1919 (die ausgezeichneten Worte sind im Original gesperrt!): »England sieht erst für 1921 die Sechstundenschicht vor, wenn die Lage der Industrie es erlaubt! Dieses Recht müssen wir auch für Deutschland in Anspruch nehmen, wenn wir nicht ruiniert sein wollen. Es macht wirklich einen sehr verdächtigen Eindruck, wenn man hört, wie Leute, die, als Deutschland noch eine Monarchie war, sich nicht lange genug abschniden konnten, monatlich 35 bis 40 Schichten machten, nun aber, wo Deutschland eine Republik ist, sich gebärden, als wenn eine Sechstundenschicht "eigentlich noch zu lang" sei. Früher die tollsten Übersichtsbeschinder, heute schwadronieren sie, als ob die Welt überhaupt ohne Arbeit bestehen könne. Durch dieses Treiben wird nur den Reaktionen in die Hände gearbeitet. Wir müssen dem entgegenreten, wenn wir wollen, daß die errungenen Vorteile den Bergleuten erhalten bleiben.«

2) Dies und auch das Nächstfolgende, soweit keine besonderen Quellen angegeben sind, siehe Hue Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bergbau, in der Neuen Zeit, 1919-1920 I, Seite 473 ff.

sei es auch nur für außerordentliche Zeiträume und angesichts des grauenhaften deutschen Produktionsverfalls, Abweichungen irgendwelcher Art für denkbar oder vollends für zeitweilig ratsam erklärte, gehörte zu den »Gewerkschaftsbonzen« und den »vom Kapital bestochenen Gewerkschaftsbureaokraten«, zur »gelben Unternehmerschutztruppe«.³ Als im August 1919 der Reichsausschuß zur Prüfung der Frage der bergbaulichen Arbeitszeit unter Professor Francke in Essen tagte, sahen die verlästerten Gewerkschaften, um anderen das Verantwortlichkeitsgefühl zu schärfen und sich selber nicht neuen Angriffen auszusetzen, von der Wahl von Arbeitervertretern aus den eigenen Reihen ab! Wer nicht für den starren Sechsstundentag war, der flog, teils mit einiger Nachhilfe, teils, wie eben erwähnt, freiwillig ganz von selber nolens volens.

Aber es kam dennoch ganz anders als im luftleeren Raum vorgezeichnet, einfach weil sich auf die Dauer keine Arbeiterschaft dem Eindruck des beruflichen Produktionsverfalls und des allgemeinen Produktionszusammenbruchs entziehen kann. Die schreienden öffentlichen Notstände (und sind wir etwa heute und in nächster Zeit vollständig über sie hinaus?) drängten die Arbeiter, die außenstehenden und die berufsangehörigen, unaufhaltsam ganz von selber zu neuen, bisher eindrucklos gebliebenen Erwägungen. Ich greife nur ein paar bezeichnende Belege für den geistigen Umschwung jener ernstesten Tage heraus. Girbig, als Vorsitzender des Glasarbeiterverbands, richtete im Januar 1920, kurz vor der endgültig fälligen Sechsstundenschicht, folgenden in der Bergarbeiterzeitung vom 3. Januar 1920 wiedergegebenen »Not-schrei aus der Glasindustrie« an die Bergarbeiter, glücklicherweise nicht vergebens und ohne Ausschluß aus der Gemeinde der Strenggläubigen:

»Der Schrei nach Kohle wird in der deutschen Glasindustrie immer lauter *Industrielle* und Arbeiter erheben ihn *gemeinsam*, wenn auch nicht aus gleichen Gründen. Für die Industriellen gilt es die so günstige Konjunktur auszunutzen, für die Glasarbeiter ist es der Schrei eines Leidenden, eines Hungernden, der von tiefer Verzweiflung gepackt ist . . . Der Notschrei der deutschen Glasarbeiter kann zum Verstummen gebracht werden. Die Not und Sorge, von der die Glasarbeiter seit mehr als 2½ Jahren bedrückt werden, kann durch eine Notstandsaktion der Bergarbeiter verschwinden. Erklären sich die deutschen Bergarbeiter bereit in einer Woche, an je einem Tag eine *Überstunde* zu verfahren, das heißt, würde jeder Bergarbeiter 6 *Überstunden* machen und diese Kohle der deutschen Glasindustrie zugeführt werden, dann ist die deutsche Glasindustrie in der Lage ihre Betriebe in vollem Umfange zu eröffnen, und die Klagen der Glasarbeiter werden dadurch erheblich gemildert, wenn nicht ganz verschwinden. Haben die Glasarbeiter das *Recht* von den Bergarbeitern zu verlangen, daß diese 6 *Überstunden* leisten? Diese Frage muß mit Ja beantwortet werden; denn in politischer Beziehung haben die Glasarbeiter genau wie die Bergarbeiter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. Das enge Band der *Solidarität* hält sie umschlungen; die Pflicht der *gegenseitigen Unterstützung* besteht für die Bergarbeiter. Die Glasarbeiter haben diese Pflicht immer als ihr vornehmstes Ziel betrachtet. Aus diesem Grunde richten die deutschen Glasarbeiter die dringende Bitte an die Bergarbeiter Deutschlands diese 6 *Überstunden* zu verfahren, damit der entsetzlichen, geradezu trostlosen Lage gesteuert werden kann . . . Es sind gemeinsame Leiden des Proletariats, die die Arbeiter dieser beiden Industriegruppen zusammengeführt haben. In diesem gemeinsamen Kampf ist das Proletariat gestählt und wird deshalb auch *Solidarität* in weitestem Sinne des Wortes üben, diese *Solidarität* aber nicht nur im Munde führen sondern auch in die Tat umsetzen. Die deutsche Glasarbeiterschaft rechnet deshalb damit, daß die deutschen Bergarbeiter diese 6 *Überstunden* verfahren werden . . . Im Anfang war die Tat! *Girbig*, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes.«

³) Siehe das *Jahrbuch 1920 des Bergarbeiterverbands* (Bochum 1920), Seite 139; siehe dazu auch *Severing Otto Hue zum Gedächtnis*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 434 f.

Nach dem Jahrbuch des Bergarbeiterverbands reisten »Arbeiter aus allen Berufen« in den Kohlenrevieren herum und »bestürmten die Belegschaften« für eine Erhöhung der Förderung zu sorgen, »Überschichten zu machen, damit die Feierschichten in den anderen Berufen aufhörten«:

»Tatsache war, daß nicht nur in Betrieben anderer Gewerbe mit zahlreichen Feierschichten wegen Kohlenmangels täglich gerechnet werden mußte, sondern daß große Betriebe auf längere Dauer überhaupt schließen mußten, weil kein Heizungs- und Feuerungsmaterial vorhanden war. Unsere Haupt- und Bezirksbureaus sowie die Lokverwaltung und Betriebsräte in den Stein- und Braunkohlenrevieren wurden *jeden Tag durch Dutzende* von Deputationen und Kommissionen *anderer Gewerkschaftsorganisationen* aufgesucht. Es wurde gewünscht dafür zu sorgen Kohlen an diejenigen Betriebe zu liefern, die unter Kohlenmangel zu leiden hatten. Zahlreiche Belegschaften hatten schon besondere Abkommen mit den einzelnen Fabriken abgeschlossen, um durch Überarbeit die Lieferung von Kohlen zu ermöglichen, während die Gegenseite dafür Textilwaren oder Lebensmittel anlieferte. Hier mußte regelnd eingegriffen werden.«⁴

So kam es seit dem Februar 1920 zu verschiedenen Überschichtabkommen, obwohl »viele unserer Kameraden zunächst eine tarifliche Regelung der Überarbeit [das heißt: eine verbandsseitige Zustimmung zur beruflich allgemeinen Abweichung von der Normalschichtarbeit] nicht verstehen konnten«, und obwohl der ganze Geist der Achtstundenverordnungen und vielleicht sogar ihr streng ausgelegter Wortlaut ähnliche Ausnahmen für die ihnen unterstellten Arbeiter- und Angestelltenschichten kaum zuließe. Hätten die Bergarbeiter damals bereits ein gleichgestaltetes *starrs Siebenstundengesetz* gehabt wie die übrigen gewerblichen Arbeiter eine Achtstundenverordnung, damals besäßen, so wären die tariflichen *Überschichtenabkommen* meines Erachtens überhaupt *unzulässig* gewesen. Denn in der grundlegenden Verordnung vom 23. November 1918 sind für »die gewerblichen Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben einschließlich des Bergbaues«, allerdings von der Grundlage des Achtstundentags aus, Ausnahmen eigentlich nur für »in Notfällen unverzüglich vorzunehmende vorübergehende Arbeiten, bei Mangel an geeigneten Arbeitskräften« vorgesehen. Erst beim zweiten Anlauf vom 17. Dezember 1919 gab man den Demobilmachungskommissaren weiter die Vollmacht »nach Anhörung der Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten widerruflich weitergehende Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter zu erteilen, wenn diese Ausnahmen im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Durchführung der geordneten Demobilmachung, zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit oder zur Sicherstellung der Volksernährung dringend nötig werden«.

Wennschon diese »Ausnahmen im öffentlichen Interesse« unerwartet weit von der alten Starrheit abbiegen, so ist doch die weiter beibehaltene *rein behördliche* Entscheidung ein wenig erfreulicher Verlegenheitsausweg: Die Überstundenverordnung des sächsischen Arbeitsministeriums mit ihrer wenigstens »gutachtlichen Anhörung« der Gewerkschaften geht insoweit von ganz richtigen Gesichtspunkten aus, findet aber selbst in diesem überbescheidenen Anspruch noch nicht einmal Gnade vor der formal strengen Interpretation des zurzeit noch gültigen Achtstundengesetzes.⁵ Gerade vom Standpunkt beruflicher Selbstverwaltung, wie sie allen Gewerkschaften

4) Siehe das in Note 3 erwähnte *Jahrbuch*, Seite 189.

5) Siehe das Rechtsgutachten *Jacobis*, in den Mitteilungen der Handelskammer Leipzig, 1922, Seite 33 ff., und dazu *Sinzheimers* Gegengutachten Kampf um die sächsische Überstundenverordnung, im *Textilarbeiter* vom 14. April 1922. Ich gebe *Sinzheimer* in seiner Grundauffassung durchaus recht, bezweifle aber, ob die tatsächliche Rechtsauslegung ihm überall folgen wird.

schließlich als Ziel vorschwebt, erscheint ein solches System der bürokratisch-willkürlichen Ausnahmegestaltung bedenklich und verwerflich. Ein ähnlicher Einwand gilt, obwohl schon wesentlich eingeschränkt, für den vorjährigen Referentenentwurf aus dem Reichsarbeitsministerium.

Befriedigend, keiner Reform bedürftig und glatt verlängerbar ist demnach der bisherige Zustand wirklich nicht, selbst wenn für die fortgesetzte glatte Verlängerung oder Endfristaufhebung eine parlamentarische Mehrheit aufzutreiben wäre. Die Bergarbeiter und mit ihnen die gesamte deutsche Arbeiterschaft konnten in der Tat froh sein, daß ihnen kein ähnliches starres Siebenstundengesetz für den Bergbau 1920-1921 den Weg verlegte.



ORIN bestehen nun, in den Grundzügen ganz im Sinn der Stellungnahme der Sozialistischen Monatshefte, die Fortschritte des neuen *Gesetzesentwurfs* betreffend die Arbeitszeit der Steinkohlenbergarbeiter? Der Reichsrat hat vor kurzem die Vorlage verabschiedet, der Reichstag wird demnach sehr bald das letzte Wort darüber zu sprechen haben.

Die Begründung erkennt die »zurzeit nicht ausreichende Kohlenversorgung« den Zwang zur Produktionssteigerung und damit zu Überschichten offen an. In gewissem Sinn handelt es sich demnach, wie gleichfalls in der Begründung ohne Umschweife ausgesprochen wird, um eine bei den heutigen Produktionsnotständen zeitweise nicht zu umgehende »Maßnahme zur *Erleichterung der Vereinbarung von Überarbeit*«. Zugleich will der Entwurf jedoch »unbegründeten Befürchtungen«, es möchte hierdurch eine »*dauernde Verlängerung*« der Arbeitszeit entstehen, vorbeugen, indem er die »*regelmäßige Arbeitszeit*«, die bisher nur tarifvertraglich galt, *gesetzlich* festlegt. Das ist also keine Abschaffung der Siebenstundenschicht, sondern sogar deren höhere Sicherung, genau wie nach den in den Sozialistischen Monatsheften gegebenen Anregungen ein Dauergesetz über den Achtstundentag als Norm an Stelle einer kurz befristeten, in den letzten Zügen liegenden Verordnung zu treten hätte.

Beides allerdings unter Vorbehalt, aber unter einem Vorbehalt, der den gegenwärtigen allgemeinen Wirtschafts- und Produktionsanforderungen ebenso wie dem gewerkschaftlich-demokratischen Mitbestimmungsrecht vollauf entspricht. Nicht etwa die Glieder und Spitzen des alten obrigkeitstaatlichen politischen Ämterorganismus, von den Bergrevier- und Gewerbeaufsichtsbeamten bis hinauf zum Landes- und Reichsarbeitsministerium, erhalten nach alter Überlieferung das Recht mit volleren Händen als früher Überschichtungs»zulassungen« auszustreuen: eine vom Arbeiter- und Gewerkschaftsstandpunkt aus ganz verfehltete Regelung, auf die sonderbarerweise manche unserer Scheinradikalen als empfehlenswerten Ausweg hinweisen, wenn sie sich dem Zwang der heutigen Tatsachen nicht mehr ganz zu entziehen vermögen. Je nach der Berufskonjunktur und den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen soll vielmehr der Kollektivvertrag zwischen den *Organisationen* der Arbeiter und der Unternehmer in voller paritätischer Berufsautonomie die Überzeit maßgebend bestimmen. Ich wüßte wirklich nicht, warum von Arbeitnehmerseite viel gegen ein solches Verfahren einzuwenden sein sollte, das, wie schon oben gesagt, weil die Unternehmer kaum jemals gegen Überschichten und Überstunden sein werden, alle letzten Entscheidungen in die Hand der Arbeiter und ihrer Verbände legt.

Da die Leitung der *christlichen* Verbände anscheinend gleichfalls auf eine derartige Lösung zusteuert, so wäre zunächst die wünschenswerte und unentbehrliche *Einheitsfront der Arbeiter* hergestellt. Ferner würde durch die Haltung der Christen die Zustimmung des Zentrums und damit die Gewinnung einer *parlamentarischen Mehrheit* in einem nichtsozialistischen Reichstag sehr wahrscheinlich: für die Schaffung eines neuen, größere Bewegungsfreiheit einräumenden Höchstarbeitszeitgesetzes, während dies für eine Verlängerung der mangelhaften alten Verordnung kaum noch zutrifft.

Natürlich kann man darüber auch anders denken. Aber warum die Verbitterung der Aussprache?

Wirtschaftlich-soziale Notwendigkeiten wie heute und in nächster Zeit die *Produktionssteigerung Deutschlands* setzen sich am Ende selbst gegen den Willen der Nächstbeteiligten durch. Es ist aber besser sich ihrer zu rechter Zeit bewußt zu werden und ihre Erfüllung alsdann um so wirksamer mit der Förderung der dauernden Arbeiterinteressen zu verbinden.

RUDOLF BULTMANN · RELIGION UND SOZIALISMUS



ONRAD Schmidt hat gegen Adolf Allwohn, der hier in den letzten Jahren in einer Reihe von Aufsätzen das religiöse Problem in anregender und fördernder Weise behandelt hat¹, einen letztlich unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Religion und kritisch-wissenschaftlicher Denkart konstatiert und es daher abgelehnt den Wiederaufbau der Religion vom Sozialismus her zu erwarten.² Daß der Gedanke des kommenden Gottesreichs auf Erden mit seiner Liebesgemeinschaft von der Idee des Sozialismus prinzipiell verschieden ist, hat Schmidt dadurch gezeigt, daß er auf die Begründung der sozialistischen Idee in der menschlichen Vernunft nach ihrer theoretischen und praktischen Seite hinwies; demgegenüber sei der religiöse Gedanke des Gottesreichs im Glauben begründet, und es handle sich also um einen prinzipiellen Unterschied, nicht nur, wie Allwohn meine, um einen Unterschied, der nur durch das Milieu einer andern Kulturlage mit ihren besonderen Ausdrucksformen bedingt sei. Ich will nun versuchen das, was Schmidt von der Seite des wissenschaftlichen Denkens aus begründet hat, von der Seite der religiösen Anschauung aus zu beleuchten und darüber hinaus den Sinn des Glaubens zu zeigen.

Die Auffassung vom *Gottesreich* als einer in der Welt und durch menschliches Streben im Vertrauen auf die göttliche Lenkung sich verwirklichenden sittlichen Gemeinschaft ist dem alten Glauben an das kommende Gottesreich bei den Propheten Israels und bei Jesus fremd. Diese Auffassung ist vielmehr ein Produkt der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der Philosophie Kants und hat dann die evangelische Theologie des 19. Jahrhunderts stark beeinflußt. Erst um die Wende des 19. Jahrhunderts hat man erkannt, daß das von Jesus verkündete Gottesreich nicht eine menschlich-sittliche Gemeinschaft ist, sondern daß es die durch einen Bruch der ganzen mensch-

1) Siehe Allwohn *Sozialismus, Religion und Kirche, Zum Religionsproblem, Neue Religion, Das rationale und das irrationale Element in der Religion, Die Botschaft vom Reich Gottes*, in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1919 I, Seite 334 ff. und 544 ff., 1919 II, Seite 810 ff., 1921 II, Seite 1106 ff., und in diesem Band, Seite 22 ff.

2) Siehe Schmidt *Sozialistischer Entwicklungsglaube und Religion*, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, Seite 278 ff.

lichen Geschichte plötzlich und übernatürlich herbeigeführte neue Weltordnung oder vielmehr Gottesherrschaft ist, die durchaus übernatürlichen Charakter hat. Man nennt diesen ganzen Vorstellungskomplex von dem am Ende der Zeiten kommenden Gottesreich Eschatologie. Nun kann man freilich fragen: Ist diese eschatologische Vorstellung vom Gottesreich nicht nur ein zeitgeschichtliches und kulturgeschichtliches Gewand, hinter dem eine sehr viel tiefere Idee steckt, nämlich der Glaube an das Menschheitsideal der sittlichen Gemeinschaft? Aber die Antwort muß verneinend lauten: Freilich ist die Eschatologie mit ihrer bunten Vorstellungswelt von dem Drama der letzten Zeiten durchaus zeit- und kulturgeschichtlich bedingt. Und sie ist in der Tat nur das Gewand für eine tiefere Idee, aber für eine religiöse Idee. Wenn man die Fülle der religionsgeschichtlichen Erscheinungen mit ihren verschiedenen Eschatologien überblickt, so wird man gewahr, daß in der Eschatologie in besonders erregten Zeiten die eigentümliche Stellung der Religion zur "Welt", zum Diesseits zum Ausdruck kommt.

Denn das wird man als das Eigentümliche der Religion bezeichnen müssen eine bestimmte negative Stellung zum Diesseits oder, positiv ausgedrückt, den Glauben ein *Jenseits*, eine göttliche Welt zu erfassen, der gegenüber das Diesseits versinkt. Das ist freilich noch vieldeutig und Mißverständnis ausgesetzt. Zunächst ist unter dem Jenseits, das der Glaube meint, nicht etwa eine Zukunft verstanden, die mit den Farben weltlichen Glücks ausgemalt ist; denn solche Zukunft wäre ja auch nur ein Stück Welt, während der Glaube sich auf eine Überwelt richtet. Wohl haben sich in der Geschichte der Religion oft weltliche Zukunftsideale mit dem religiösen Jenseitsglauben verbunden und ihn oft überwuchert, wie denn im konkreten geschichtlichen Leben die geistigen Motive nur in allerlei Verschlingungen hervortreten. Das wissenschaftliche Denken aber hat die Aufgabe die Motive in ihrer Reinheit zu erfassen und nach ihrem spezifischen Sinn zu fragen

Will man erfassen, was das Jenseits der Religion bedeutet, so erkennt man bei einiger Besinnung leicht, daß auch der Begriff des *Diesseits* nicht eindeutig ist. Ein wirkliches Diesseits, eine wirkliche Beschränkung auf das räumlich und zeitlich unmittelbar Gegebene gibt es streng genommen nur in einem Leben, das dem des Tieres gleicht, in einem Leben des Triebes, des Getriebenwerdens, der Zusammenhanglosigkeit. Ein solches Leben ist für den Menschen immer nur die Grenze seiner Existenzweise. Denn der Mensch bezieht tatsächlich die gegenwärtigen Momente seines Lebens auf Momente außerhalb der Gegenwart, und diese Beziehung auf Vergangenheit und Zukunft gibt dem Leben Inhalt und Sinn. In diesem Sinn schließt jedes Leben ein Jenseits ein, wie das an aller Arbeit besonders deutlich ist. Jede Arbeit schließt die Beziehung zu einer jenseits der Gegenwart liegenden Zukunft ein, oft in so erschreckendem Sinn, daß uns die Gegenwart verloren zu gehen droht, da jeder Moment unseres Schaffens im Dienst eines kommenden Moments steht, in infinitum, so daß eine sinnvolle Gegenwart, ein wirkliches Diesseits entschwindet. Unserer Arbeit liegt aber, wenn sie im Dienst einer Idee geschieht, in noch tieferm Sinn die Beziehung zu einem Jenseits zugrunde: denn solche Arbeit hat ja ihren Sinn darin, daß sie die Welt nach einem Ideal gestalten will. Und ist dies Ideal auch unter bestimmten historischen, also jedesmal gegenwärtigen diesseitigen Bedingungen dem Menschen zum Bewußtsein gekommen (so weit stimme ich durchaus Conrad Schmidt zu), so ist doch die Idee als solche immer etwas der erscheinenden

Wirklichkeit gegenüber Jenseitiges, und auch kein Sozialist wird meinen, daß die diesseitige Wirklichkeit je voll der Idee des Sozialismus entsprechen könne. Das Ideal bleibt immer ein Jenseits, und dem Tüchtigen bleibt diese Welt nur dann nicht stumm, wenn er eben der Tüchtige ist, das heißt, wenn er Gestaltungswillen hat, wenn er das Diesseits nach einem Jenseits formen will. Wie in der Arbeit, so ist es in der Kunst: Sie gestaltet den diesseitigen Stoff nach einer jenseits des Stoffes liegenden Form, sie will in der Gestaltung des Diesseits das Jenseits zum Ausdruck bringen.

Aber das Jenseits in seinen verschiedenen und doch verwandten Bedeutungen, von denen bisher die Rede war, ist freilich nicht das Jenseits, das die Religion meint. Denn das Jenseits, von dem wir sprachen, hat seine Bedeutung in einer ganz bestimmten Beziehung zum Diesseits. Wie das Diesseits durch ein solches Jenseits der Arbeit, des sittlichen und künstlerischen Gestaltens seinen Sinn für den Menschen erhält, so erhält umgekehrt auch das Jenseits seinen Sinn durch seine Beziehung zum Diesseits. Wie ein sittliches Handeln nur Sinn hat in einer Welt, die der Gestaltung harret, so zeigt auch die Kunst das eigentümliche Widerspiel von Bezwingung und Überwindung des Stoffs und Bindung an den Stoff: ohne Ton und Farbe, ohne Stein und Metall gibt es keine Kunst. (Man kann es sich daran klarmachen, daß eine bestimmte Vorstellung von himmlischer Seligkeit uns deshalb langweilig erscheint, weil in ihr eben das Diesseits der Welt mit ihren Widerständen, ihrer Möglichkeit der Gestaltung fehlen würde, durch die unser Leben erst inhaltreich und in Kampf, in Unterliegen und Überwinden fruchtbar und beglückend wird.) Unser geistiges Leben setzt diese gegenseitige Beziehung von Diesseits und Jenseits, es sei das Jenseits der *Kultur* genannt, voraus. Eben diese Beziehung zum Diesseits aber ist es, die dem Jenseits der *Religion* fehlt. Für die Religion ist vielmehr das ganze menschliche Kulturleben mit seinem Ineinander von Stoff und Idee, von Diesseits und Jenseits, das Diesseits, und sie redet von einem Jenseits im absoluten Sinn, von einem »ganz Andern«, wie man mit einem von Rudolf Otto geprägten Ausdruck jetzt gern sagt. Die Welt des »ganz Andern« ist die Sphäre, in der ein Teil des Menschen zu seiner Erfüllung kommt, der in der Welt der Kultur keine Stelle hat. In der Welt der Kultur regiert die Idee, der die einzelnen menschlichen Individuen unterworfen sind, regieren die Zwecke, die den einzelnen Menschen in den Dienst der *Menschheit* stellen. Der einzelne hat hier seine Stelle, sofern in ihm die *Idee* des Menschen zum Ausdruck kommt, soweit er für die Idee des Menschen etwas bedeutet, als Glied der Menschheit, als Schaffender im Dienst der Menschheit, nicht sofern er ein Ganzes, ein Erfülltes, ein Letztes ist. Man kann wohl auch sagen: Auf sein Tun und Verhalten kommt es an, nicht auf sein Sein. Die Religion dagegen will dem Menschen ein Leben schenken, in dem er Erfüllung hat, in dem er das Letzte erreicht, in dem sein Sein sinnvoll ist. Und während in der Welt der Kultur der einzelne sich durch eigene Tat unter die Idee stellt, soweit er überhaupt zum geistigen Leben erwacht ist, so beruht die Gewißheit der Religion auf dem Verzicht auf eigene Tat, auf dem Bewußtsein vom Göttlichen erwählt, begnadet, überwältigt zu sein. Hier haben die Begriffe der Offenbarung, der Gnade, der Erwählung ihre Bedeutung, während sie sofort sinnlos werden, wenn sie außerhalb dieser Sphäre verwandt werden. Eben dies, daß die Welt des Jenseits, des »ganz Andern«, nicht vom Menschen gestaltet ist son-

3) Siehe *Otto Das Heilige* /Breslau 1917/, Seite 27 ff.

dern ihn erfaßt und überwältigt, soll in der berühmten Definition ausgesagt werden: Religion ist das schlechthinnige Abhängigkeitsgefühl. Die Inschrift, die in Immermanns Merlin an der Pforte des heiligen Grals steht, kann sagen, was gemeint ist:

„Ich habe mich nach eigenem Recht gegründet,
Vergebens sucht ihr mich.
Der Wanderer, welcher meinen Tempel findet,
Den suchte *ich*.“

Und ebenso kann die geistige Situation der Gegenwart zeigen, worauf es ankommt. Denn stets in der Geschichte, wenn der Kultur absolute Bedeutung zugeschrieben wird, entsteht eine Reaktion aus den elementaren Tiefen der menschlichen Seele heraus, weil sich der Mensch in seinem Sein vergewaltigt fühlt. So entstehen die Erscheinungen der Kulturverneinung, der Weltflucht und Askese, des Anarchismus. Es erheben sich die Proteste gegen die Kultur, gegen das Unternehmen »der Menschheit über der Menschen hinaus helfen zu wollen«, die Menschheit glücklich machen zu wollen, »am Individuum vorbei, über das Individuum hinaus«. ⁴ Den gewaltigsten Ausdruck hat der religiöse Glaube an die Seele als das Letzte, der Kultur überlegene in unserer Zeit in den Dichtungen Dostojewskijs gefunden.

Auch die Religion weiß von einer *Gemeinschaft*. Sie ist aber eine andere als die unter die Herrschaft der Idee gestellte Kulturgemeinschaft, als die nach Zwecken organisierte Gemeinschaft der Arbeit, der Weltgestaltung. Es ist die Gemeinschaft der Liebe, die Gemeinschaft derer, die verbunden sind nicht im Blick auf ein unendlich fernes Ziel, das es zu verwirklichen gilt, sondern in der Gemeinsamkeit ihres Seins, in dem Wissen um das Letzte, im Besitz des Letzten, im Glauben an das Letzte im Menschen. Ihre Verwechslung mit der Gemeinschaft sittlichen Wollens und Schaffens ist häufig. Denn beide sind ja in gewissem Sinn jenseitig, beide fordern die Hingabe des einzelnen. Aber diese die Hingabe an die Idee der Menschheit, jene die Hingabe an das Göttliche, »ganz Andere«; diese ist die Gemeinschaft des Willens und der Tat, jene die Gemeinschaft des Seins, der Liebe, die nicht Zwecke setzt sondern Ausfluß des Seins ist; diese ist die nie vollendete Gemeinschaft des Ideals, jene die stets vollendete Einheit im Göttlichen, die "unsichtbare Kirche". Deshalb ist Andacht und Kultus der wesentlichste Ausdruck der religiösen Gemeinschaft, und ihr ist ein Liebeswirken eigentümlich, das im einzelnen immer nur den einzelnen sieht, sofern in ihm das Letzte lebendig ist oder werden soll, das aber nicht an die Menschheit als Idee, nicht an ein Reich der Zwecke, nicht an Weltgestaltung denkt.

Hieraus ergibt sich nun die Stellung der Religion zum Diesseits. Negativ ist zunächst klar, daß die Religion unabhängig sein muß von jeder Beeinflussung durch Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und Kunst. ⁵ Ebenso aber auch, daß die einzelnen Kulturgebiete frei sein müssen von jedem Eingriff der Religion. Maßt die Religion, besser: maßen die Kirchen, sich solchen Eingriff an, so hat sie ihr eigentliches Wesen preisgegeben, wofür die Geschichte genug abschreckende Beispiele bietet. In Wahrheit sind die Kulturgebiete autonom, selbständig; der abendländischen Menschheit ist ja seit Renaissance, Reformation und Aufklärung diese Selbständigkeit selbstverständlich, und darin sind auch Allwoh und Schmidt offenbar ganz einig. Was aber bedeutet positiv die Stellung der Religion zum Diesseits?

4) Siehe *Werfel* Die christliche Sendung, in der Neuen Rundschau, 1917 I, Seite 92 ff.

5) Siehe *Allwoh*, am ersterwähnten Ort, Seite 339.

Allwohn sagt mit Recht: Die Religion ist die revolutionärste Macht, die es gibt.⁶ Diese revolutionäre Macht der Religion kann sich auf das innere Leben des Menschen beschränken, in einer innern Ablehnung des Diesseits bestehen, sie kann sich aber auch nach außen auswirken und Revolutionen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens hervorrufen. Beides illustriert die Geschichte. Ernst Troeltsch hat die prinzipiell verschiedenen soziologischen Motive der weltlichen und der religiösen Gemeinschaften und ihre Bedeutung für die abendländische Geschichte charakterisiert.⁷ An dieser Geschichte wird deutlich, wie die Religion einerseits konservativ wirken kann, von dem Grundsatz aus, daß sie von jenseits ist und daher die "Welt" ihren eigenen "gottgewollten" Gang gehen läßt, wie sie andererseits alle weltlichen Gemeinschaften, vorab den Staat, negieren kann, um das Reich Gottes auf Erden aufzurichten, es etwa gar in einem anarchistischen Liebeskommunismus zu verwirklichen. In beiden Fällen aber liegt ein Mißverständnis vor, indem sich andere Motive mit den religiösen mischen. Wesentlich ist der Religion nicht das Motiv der Weltumgestaltung; denn dadurch würde sie ihren absoluten Jenseitscharakter aufgeben. Wesentlich ist ihr aber auch nicht die konservative Bejahung irgendwelcher wirtschaftlicher oder staatlicher Zustände; denn auch damit würde sie sich ja mit einer bestimmten Richtung der Weltgestaltung identifizieren. Wesentlich ist ihr aber auch nicht Weltflucht und Askese (so sehr diese die psychischen Symptome religiöser Erregung sein können); denn dadurch würde aus dem religiösen Erleben des Überweltlichen wieder ein methodisch zweckmäßiges Erarbeiten des religiösen Besitzes, und das hieße: die Religion gäbe ihr Wesen preis, weil ja das Letzte nicht erarbeitet sondern nur als Gnade empfangen werden kann. Nicht die einfache Negation des Diesseits in der Weltflucht und Askese ist schon Religion, sondern eine ganz bestimmte Negation, die erst die Folge eines positiven Besitzes ist.

Dann ist aber auch klar, daß die Religion mit einer positiven Stellungnahme zum Diesseits, zur Kultur Hand in Hand gehen kann. Sie wird zwar stets in einer Spannung zum Diesseits stehen. Denn wesentlich ist ihr eine kritische Stellung zur Kultur. Nicht in dem Sinn, daß sie bestimmte Maßstäbe für ein Kulturideal lieferte. Kein Kulturideal, auch das des Sozialismus nicht, läßt sich unmittelbar auf die Religion begründen. In der Welt ist der Mensch auf sich selbst gestellt und hat die eigene Verantwortung für sein Urteilen und Handeln, hat aus wissenschaftlicher (kritischer) Selbstbesinnung auf die Grundlagen seines geistigen Lebens wie des Lebens der Geschichte die Maßstäbe für seine Weltgestaltung zu erarbeiten. Aber eine Kritik der Kultur bedeutet die Religion insofern, als sie stets aufs neue den Sinn des Diesseits in Frage stellt, als sie den Menschen daran erinnert, daß sein Letztes nicht in der Kultur aufgeht. Wohl kann diese Möglichkeiten schaffen, aber sie kann nicht einen einzigen Menschen glücklich machen, weil sie sein Letztes nicht erfüllt. Wer andererseits die religiöse Freiheit von der Welt nicht äußerlich auffaßt sondern als innere Freiheit, der kann sich nicht unter religiösem Vorwand seiner Pflicht der Weltgestaltung entziehen. Denn er bleibt ja Mensch, und auch sein Letztes ist in ihm nur lebendig innerhalb seines menschlichen Lebens. Durch Weltflucht und Askese könnte er sich höchstens künstlich in einen Zustand des geistigen Todes,

6) Siehe Allwohn, am ersterwähnten Ort, Seite 338.

7) Siehe Troeltsch Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen /Tübingen 1912/.

des absoluten Stumpfsinns versetzen; in gewissen christlichen und außerchristlichen Mönchsrichtungen ist man ja vor diesem Extrem nicht zurückgeschreckt. Ist aber das geistige Leben des Menschen tot, so hat für ihn auch die Religion ihren Sinn verloren. Wo die Religion wirklich lebendig ist, da bedeutet sie gerade wegen ihrer prinzipiell kritischen Stellung zur Kultur eine ungeheure Kraftquelle für die Kultur, indem sie die Kultur davor bewahrt ihren Sinn zu verlieren und über der Menschheit den Menschen zu vergessen. Gerade indem sie dem Menschen einen Standpunkt im Jenseits gibt, gibt sie ihm auch die Sicherheit in der ewigen Beweglichkeit des Diesseits. Je lebendiger Religion und Kultur sind, desto stärker sind die Spannungen zwischen ihnen; sie im Gleichgewicht zu halten, dafür gibt es kein Rezept. Jeder Mensch hat für sich den Weg zwischen seiner innern Anteilnahme an der Weltgestaltung und seiner innern Freiheit von der Welt zu finden. Diesen Weg finden heißt den Sinn seines individuellen Lebens finden. Es wird nie ein glatter Weg sein. Die inneren Spannungen können eine Harmonie ergeben, sie können auch zur Qual werden; aber sie bilden mit ihrer Tragik wie mit ihrer Beglückung den Reichtum des innern Lebens.

Das Bestreben eine Verbindung von Religion und Sozialismus zu finden kann also nie dahin gehen die Idee des Sozialismus unmittelbar auf die Religion zu gründen. Eine Verbindung soll freilich dennoch gefunden werden. Sie kann nur darin bestehen, daß das Spannungsverhältnis zwischen beiden Geistesmächten lebendig bleibt. Ignoriert der Sozialismus die Kraft der Religion im Menschen, meint er gar sie durch seine Idee verdrängen oder ersetzen zu sollen (auch Begeisterung für eine Idee ist keine Religion), so wird er an Kraft mehr und mehr verlieren. Und mir scheint, daß jetzt seine kritische Stunde gekommen ist. Um nur ein Symptom zu nennen: Der Einfluß, den Dostojewskij mehr und mehr gewinnt, kann für den Sozialismus ebensosehr eine ungeheure Gefahr wie einen reichen Gewinn bedeuten. Der Sozialismus vertritt die Idee der sittlichen Weltgestaltung, er fordert und darf fordern die Hingabe des Menschen an die Menschheit. Er kann und darf es aber nur dann, wenn er nicht wähnt für das Letzte im Menschen die Erfüllung zu bringen, weil Weltgestaltung nicht das Letzte für den Menschen ist. Er wird sich aber gerade in solcher Selbstbesinnung die Kraftquelle der Religion erschließen. Denn nur der Mensch, der im Letzten sicher ist, der die innere Freiheit von der Welt gewonnen hat, ist der Hingabe, des Opfers fähig. Und das Opfer ist die größte Kraft der Weltgestaltung

CLARA PASCH · EIN LICHT GEHT ÜBER DIE ERDE



KOMMT hervor aus der Finsternis eurer Höhle,

Die ihr verbergt euer lebendiges Herz.

Eure Edelsteine erleuchten sie nicht, die verdunkelte Welt.

Blumen streut ihr über Tote,

Nein, die Herzen bringt,

Daß ein Licht geht über die ganze Erde.

Und für das eine Herz,

Das jeder gegeben,

Ward er begnadet

Zu empfangen eine Welt.

HERMANN MATTUTAT · LEBENSHALTUNG UND LOHNSTEIGERUNG

GESTÜTZT auf die gewerkschaftlichen Organisationen hat die deutsche Arbeiterklasse vor dem Krieg zahlreiche wirtschaftliche Kämpfe geführt und in fortgesetztem zähen Ringen mit dem Unternehmertum die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen vermocht. Die von Lassalle noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts so bitter beklagte »verdammte Bedürfnislosigkeit« der deutschen Arbeiter nahm zusehends ab, die Lebensansprüche wurden höher. Die Arbeiter forderten nicht nur ausreichende, die verausgabte Arbeitskraft ersetzende Ernährung sondern auch kürzere Arbeitszeit, die ihnen gestatten sollte sich geistig zu beschäftigen. Diese Bestrebungen waren von Erfolg begleitet, und die Arbeiter erreichten, daß die Arbeitszeit in vielen Berufen auf 9, häufig sogar auf 8 Stunden herabgesetzt wurde. Damit waren die Voraussetzungen für eine rege geistige und politische Tätigkeit der Arbeiter gegeben. Diese begann nun freilich durchaus nicht in dem Maß, wie man es sich vorher versprochen hatte. Man hatte wohl geglaubt, daß das intensive geistige Leben jener Arbeiterelite, die unter dem Sozialistengesetz in ihrem schweren, opferreichen Dasein sich ganz der Arbeit für die Bewegung und damit auch ihrer eigenen, dazu so notwendigen Weiterbildung hingegeben hatte, sich auf die Arbeiterschaft im allgemeinen ausdehnen würde. Mittlerweile war aber eine andere Generation emporgewachsen, die der idealistischen Hochspannung jenes Heroenzeitalters der deutschen Arbeiterklasse schon fernstand, und der die materiellen Vorteile der Gegenwart näher gerückt waren als die idealen Forderungen der Zukunft. Brachte also die Arbeitszeitverkürzung an geistiger Wirkung auch nicht das, was man erhofft hatte, so war eine Verbreiterung des geistigen Niveaus der Arbeiter im allgemeinen doch festzustellen. Wissenschaftliche und künstlerische Leistungen fanden bei ihnen Aufnahme, Förderung und vielfach auch weitgehendes Verständnis. Mochte auch manches von dem, was sich ihnen unter diesem Titel aufdrängte, fragwürdiger Art sein: der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg der Klasse war doch unverkennbar, und man durfte auf eine weitere Emporentwicklung rechnen. Da wurde diese Aufwärtsbewegung durch den Krieg jäh unterbrochen. Während seiner 5jährigen Dauer wurden dem deutschen Volk und damit den Arbeitern ungeheure Lasten und Entbehrungen auferlegt, die die Lebenshaltung tief unter das erträgliche Maß herabdrücken mußten. Das Ende des Krieges ließ deshalb allgemein die Erwartung aufleben, daß nunmehr das Hungerdasein aufhören und eine neue, bessere Zeit hereinbrechen werde; mindestens rechnete man auf eine Wiederkehr der Vorkriegszustände. Wie sich diese Erwartung unter den Nachwirkungen des Krieges und den Forderungen des Versailler Friedensvertrags verwirklichen sollte, darüber dachten nur relativ wenige nach. Volkswirtschaftliches Denken ist nicht jedermanns Sache; Politik und Wirtschaft sind für viele wenig verständliche Begriffe; die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge bleiben den meisten dunkel. So sah man nicht den Umfang der innern und äußern Zerstörung, die wiedergutmacht werden sollte und nur durch intensivste Arbeit wiedergutmacht werden konnte. Man glaubte einfach, mit der Änderung des politischen Systems käme alles Gute von selbst.

Um so größer war die Enttäuschung, als nach der Rückkehr zur Friedenswirtschaft die erwartete Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ausblieb, die Kosten des Lebensbedarfs weiter stiegen, und sich die materielle Lage der arbeitenden Klassen weiter verschlechterte. Mit dieser Entwicklung war für die Demagogen von rechts und links ein fruchtbarer Boden geschaffen, den sie nach Kräften und mit Erfolg bearbeiteten. Nur dadurch konnten die nachrevolutionären Putsche einen solchen Umfang annehmen, daß wiederholt die Gefahr des völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs gegeben war. Wenn diese Gefahr bis jetzt noch beschworen werden konnte, so ist sie doch nicht beseitigt. Die Verteuerung des Lebensbedarfs dauert an, ja sie hat in letzter Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung aufs ernsteste bedroht und eine Verzweiflungsstimmung hervorgerufen wird, die nicht unbeachtet bleiben darf. Sie zu beachten ist um so notwendiger, als keine Anzeichen dafür vorliegen, daß die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse ihren Höhepunkt schon erreicht hat und mit der Wiederkehr erträglicher Verhältnisse zu rechnen ist.

Nach den Indexziffern der Reichsteuerungsstatistik sind die Kosten der Ernährung seit Ende 1920 um über 200 % gestiegen. Die Großhandelspreise standen Anfang April dieses Jahres 59mal so hoch wie im Jahr 1914. Ein ähnliches Bild zeigt die amtliche Marktstatistik der Stadt Stuttgart, die seit Jahren die Preise von 22 der wichtigsten Lebensmittel, wie sie der gewöhnliche Haushalt braucht, feststellt. Nach dem Stand vom 1. April dieses Jahres war der Preis dieser Lebensmittel durchschnittlich 35mal so hoch wie im gleichen Monat des Jahres 1914. Bekanntlich geben die Lebensmittelpreise allein noch kein erschöpfendes Bild der bestehenden Teuerung. Man muß auch andere Gegenstände des täglichen Bedarfs zum Vergleich heranziehen, besonders Kleidung, Wäsche, Haushaltsgegenstände usw. Hier geht die Preissteigerung noch über die der Lebensmittel hinaus und erreicht in zahlreichen Fällen das Hundertfache der Preise vor dem Krieg und mehr. Nur die Aufwendungen für den Wohnungsbedarf bleiben noch hinter der durchschnittlichen Aufwärtsbewegung der Preise zurück, doch dürfte dieser Zustand sich nicht mehr lange halten lassen; schon jetzt bewirken die Mietssteuer und die sonstigen den Mieter treffenden Abgaben für Reparaturen, Gas, Wasser, Elektrizität, Reinigung, Kanalisation usw. eine immer steigende Erhöhung. Mit dieser ungeheuerlichen Erhöhung der Lebensbedarfskosten hat das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung nicht gleichen Schritt halten können. Die häufig, besonders in Arbeitgeberkreisen vertretene Ansicht, daß diese Verteuerungen für die Arbeiter nicht gelten, weil sie es verstanden ihre Löhne der Preissteigerung anzupassen, ist doch nicht richtig. Zuzugeben ist, daß die Löhne der Arbeiter jetzt 20- bis 30mal so hoch sind wie in der Vorkriegszeit. Zu keiner Zeit vermochten aber die Arbeiter den Vorsprung der Preise einzuholen und die zwischen Löhnen und Preisen bestehende Spannung zu beseitigen. Alle dahin gerichteten Bemühungen blieben vergeblich; das Mißverhältnis zwischen dem Nominal- und dem Reallohn wurde sogar fortgesetzt größer. Die nachstehende Zusammenstellung gewährt einen Überblick über die Lohnhöhe und die Art der Verschiebung der Lohnverhältnisse für einige der bedeutendsten Berufsgruppen im Gebiet von Groß Stuttgart nach dem Stand vom 1. April dieses Jahres gegenüber dem Jahr 1914.

Berufsgruppe	Stundenlohn am		Erhöhungsfaktor
	1. April 1914 Mark	1. April 1922 Mark	
Ungelernte Arbeiter	0,45	15,05	33
Gemeindearbeiter	0,45	13,60	30
Bauarbeiter	0,65	18,20	28
Schneider	0,50	13,70	27
Schuhmacher	0,55	16,00	27
Transportarbeiter	0,45	12,29	26
Brauer	0,50	12,92	25
Textilarbeiter	0,50	12,50	25
Holzarbeiter	0,65	16,00	24
Flaschner	0,60	14,35	23
Buchdrucker	0,70	15,31	22
Metallarbeiter	0,60	13,70	22
Lederarbeiter	0,65	13,80	21
Buchbinder	0,70	14,70	20

Aus dieser Übersicht ist aber nur die Erhöhung der Löhne, nicht zugleich auch die Wandlung zu erkennen, die ihre Kaufkraft erfahren hat. Der Reallohn der Arbeiter ist deshalb auch wesentlich geringer als es nach der Gegenüberstellung der Löhne von heute und von 1914 der Fall zu sein scheint. Gemessen an dem Stand der Valuta haben die angeführten Löhne nur den Wert von $\frac{1}{100}$, im Vergleich zu den Preisen der Lebensmittel von $\frac{1}{35}$ ihres angegebenen Betrags. Hiernach entspricht zum Beispiel der Tagesverdienst eines Buchbinders mit 117,60 Mark in seiner Kaufkraft nur dem Betrag von 3,60 Mark vor dem Krieg, während sein Goldwert gar nur 1,95 Mark beträgt. Demgegenüber hatte der gleiche Arbeiter im Jahr 1914 einen Mindestlohn von 6,80 Mark täglich, den er mit seiner vollen Kaufkraft in Rechnung stellen konnte. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen Arbeitsgruppen, was zu der Feststellung berechtigt, daß trotz allen noch so "erfolgreich" durchgeführten Lohnbewegungen und "bewilligten" Lohnforderungen sich der Reallohn und damit die Lebenshaltung der Arbeiter um mindestens 25%, in sehr vielen Fällen sogar bis zu 50% und mehr verschlechtert hat. Ungünstiger noch ist die Lage der sogenannten Festbesoldeten, der Angestellten und Beamten. Bei den Angestellten sind die Gehälter im Vergleich zu ihrem Stand im Jahr 1914 nur 12- bis 15mal, bei den Beamten nur 8- bis 12mal so groß geworden. Für diese Berufsgruppen ist das Realeinkommen also auf die Hälfte bis zu einem Drittel zurückgegangen. Noch trostloser sind die Verhältnisse bei den Angehörigen der freien Berufe und den auf Renteneinkommen angewiesenen Schichten des sogenannten Mittelstands, die unter der Wirkung der fortschreitenden Geldentwertung immer mehr verelenden und sich zum Teil in einer geradezu verzweiferten Lage befinden. Die angeführten Berufsgruppen bilden die große Mehrheit der Bevölkerung, die unter den Nachwirkungen des Krieges, der unausgesetzt vor sich gehenden Geldentwertung und der damit verbundenen Verteuerung des Lebensbedarfs Stück für Stück ihre gewohnte Lebensweise aufgeben muß, damit aber zu einer Einschränkung ihrer Lebenshaltung gelangt, die auf die Dauer ohne schwere gesundheitliche und soziale Folgen nicht fortgesetzt werden kann. Für große Schichten, besonders für die Verheirateten, reicht das Einkommen gerade nur knapp zur Befriedigung des allernotwendigsten Lebensbedarfs aus. Anschaffungen für den Haushalt, Kleidung usw. können

wegen der dafür anzulegenden ungeheuren Geldsummen nur in ganz geringem Umfang gemacht werden. Man braucht das aus früheren Zeiten Vorhandene auf und steht dann vor dem Nichts. An Ausgaben für früher gewohnte Lebensannehmlichkeiten, für Genüsse, die dem alltäglichen Leben einen Schimmer von Schönheit geben, kann überhaupt nicht gedacht werden. Die triste Gleichförmigkeit des Daseins macht allmählich stumpf und fatalistisch und ertötet jeden Ansporn zum Aufwärtsstreben oder erzeugt einen verstiegenen Radikalismus, der einen Ausweg nur in einem allgemeinen Zusammenbruch erblickt.

Die Arbeiter sind im allgemeinen noch nicht bei diesem Fatalismus angelangt. Bei ihnen ist die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse noch lebendig, was sich in dem fortgesetzten energischen Bestreben nach Erhaltung und Besserung ihrer Lebenshaltung äußert. Das erklärt auch, warum sie, trotz allen bis dahin vergeblichen Bemühungen das erstrebte Ziel zu erreichen, diese immer von neuem aufnehmen. Sie sehen die ihrer Existenz drohende Gefahr, ohne deren Ursache klar zu erkennen, und suchen sie abzuwenden. Erkennbar ist ihnen im wesentlichen nur die unaufhörliche Aufwärtsbewegung der Preise sowie das unaufhaltsame Zusammenschrumpfen ihres Einkommens. Nicht verständlich dagegen ist ihnen, daß der *Mangel an Bedarfsgütern* die Schuld daran tragen soll. Dem widerstreiten scheinbar die lockenden Auslagen der Schaufenster, der aufreizende Luxus bevorzugter Bevölkerungsschichten, an denen alle Not achtlos vorübergeht, die Überfüllung der Bars, Dielen und sonstigen einer zweifelhaften Unterhaltung dienenden Lokale, bei denen allein die Eintrittspreise den Tagesverdienst eines nach heutigen Begriffen gut bezahlten Angestellten oder Arbeiters erfordern. Sie beobachten das trotz allen Kapitalverwässerungen vor sich gehende Ansteigen der Dividenden der großen Aktienunternehmungen, die Verschwendungsexzesse der Spekulanten und aller anderen sich präntiös breit machenden Schmarotzer, die sich keinen noch so kostspieligen Wunsch zu versagen brauchen. Daraus wird gefolgert, daß es an dem zum Leben Notwendigen nicht fehlen kann und nur die *Verteilung* der Bedarfsgüter nicht in der Weise vor sich geht wie es unter vernünftigen und gerechten Verhältnissen der Fall sein sollte.

Diese in Arbeiterkreisen weit verbreitete und fest wurzelnde Auffassung haben theoretische Darlegungen, die die bestehende Not mit der für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung unzulänglichen Menge an Verbrauchsgütern begründen, bis jetzt nicht wesentlich erschüttert. Deshalb findet auch der Hinweis, daß nur vermehrte Arbeitsleistungen eine Änderung und Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen können, selbst bei aufgeklärten Arbeitern wenig Glauben, wenn er nicht gar mit geringschätzigem Achselzucken und als Ausfluß arbeiterfeindlicher Gesinnung schroff zurückgewiesen wird. Die Mißerfolge der Lohnbewegungen und Lohnerhöhungen haben die Ansicht nicht erschüttert, daß es auf diesem Weg möglich sei das sich für die Befriedigung des Lebensbedarfs ergebende Einkommensdefizit zu beseitigen und zu einem annähernden, wenn nicht völligen Ausgleich von Löhnen und Preisen zu kommen. Wenn es bis jetzt nicht gelang, so nur deshalb, weil die verwirklichten Lohnforderungen zu gering waren, die steigenden Preise nicht mit noch höheren, über die Steigung hinausgehenden Forderungen beantwortet und diese gegebenenfalls durch das Mittel des Streiks erzwungen wurden. Goldmarktlöhne und Streik sind so

nach der Auffassung eines großen Teils der Arbeiterschaft die alleinigen Heilmittel für die Beseitigung der bestehenden wirtschaftlichen Misere unserer Zeit. Besonders neigen dieser Ansicht die jüngeren Elemente der Arbeiterschaft zu, die wenig oder gar nicht von den früheren wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften berührt wurden und den Unterschied zwischen der zurückliegenden und der heutigen Wirtschaftslage nicht zu erfassen vermögen. Von dieser Auffassung wird die deutsche Gewerkschaftsbewegung in sehr weitem Umfang beeinflußt, wie die von den Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen betriebene einseitige Lohnpolitik beweist. Erst in neuerer Zeit macht sich hierin ein Umschwung bemerkbar, indem man in weitergehendem Maß als vorher eine über das Gebiet der Lohnfragen hinausgehende wirtschaftliche und politische Aufklärung der Arbeiter versucht. Danach scheint man einzusehen, daß bei einem Fortschreiten auf dem jetzt innegehaltenen Weg unsere Wirtschaft und mit ihr die Arbeiterschaft unrettbar in den Abgrund stürzen muß. Die Folgen einer derartigen Katastrophe sind gar nicht abzusehen. Seit Beendigung des Krieges jagt eine Lohnbewegung die andere. Berechneten sich in den Jahren 1918 bis 1920 in Deutschland die Teuerungszulagen auf die Stundenlöhne noch nach Pfennigen, so jetzt bereits nach dem Mehrfachen der Mark. Bei längerer Fortdauer dieser Entwicklung werden wir bald zu einer Verzehnfachung, wenn nicht zu einer Verhundertfachung dieser Beträge gelangen. Dabei werden die Perioden für diese Zuschläge immer kürzer. Wurde in der genannten Zeit die Festsetzung der Löhne noch nach Monaten vorgenommen, so kommen heute nur noch wenige Wochen in Betracht. Die Lohnverhandlungen hören nicht mehr auf, und die tariflichen Vereinbarungen haben jede Stabilität verloren, so daß sich weder Arbeitgeber noch Arbeiter mit ihren Dispositionen darauf einstellen können. In der Regel sind beim Abschluß der Verhandlungen die eben erst getroffenen Vereinbarungen durch das weitere Steigen der Preise bereits wieder überholt, die darauf verwendete Zeit ist nutzlos vertan, von der durch sie herbeigeführten Bindung und Vergeudung wertvoller wirtschaftlicher und geistiger Kräfte, die an anderer Stelle fruchtbringend angewendet werden könnten, ganz abgesehen. Diese Verhältnisse, wie auch das von Rußland und Österreich in der gleichen Richtung gebotene abschreckende Beispiel, müssen den deutschen Arbeitern zeigen, wie aussichtslos ihre Bestrebungen sind lediglich auf dem Weg höherer Löhne eine Besserung ihrer Lebenshaltung zu erreichen. Im Februar dieses Jahres hatte der österreichische Arbeiter einen durchschnittlichen Wochenlohn von ungefähr 4500 Kronen, der russische Arbeiter von 360 000 Rubel. Aber dieses Einkommen schützte sie kaum vor dem Verhungern, weil die Preise des notwendigen Lebensbedarfs den auch dort unausgesetzt steigenden Löhnen mit Siebenmeilenstiefeln vorausjagten und durch noch so weitgehende Lohn erhöhungen nicht eingeholt werden konnten. Seitdem sind Löhne und Preise noch weiter gestiegen, und alles ist noch schlechter geworden. In Deutschland vollzieht sich der gleiche Vorgang, nur sind wir noch nicht ganz so weit wie dort, müssen aber, wenn die Entwicklung so wie bisher fortschreitet, dahin gelangen. Damit erweist sich auch die Ansicht als hinfällig, daß durch eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne bis zum Stand der Goldmark, mit der Erringung des sogenannten Gold- oder Weltlohns, die Lage der Arbeiter gebessert werden könnte. Diejenigen, die dieser Illusion folgen oder sie als besondere Weisheit vertreten, wissen nicht, daß Geld, selbst wenn es nicht

nur in bedruckter Makulatur besteht, keinen stabilen Charakter hat. Der Wert der Geldware richtet sich nach dem Vorhandensein austauschbarer Verbrauchsgüter. Je geringer deren Zahl ist, um so geringer ist auch die Kaufkraft des Geldes. Je mehr Ansprüche auf das Gesamtquantum auftreten, um so mehr sinkt der Wert des einzelnen Anspruchs. Also die Erhöhung des Geldlohns bei gleichbleibender Gütermenge bewirkt unter allen Umständen eine Entwertung eben dieses Lohns. Nicht darauf kommt es an, daß wir viel Geld haben, sondern daß wir Waren besitzen, die uns neben der Befriedigung des eigenen Bedarfs instand setzen andere von uns nicht erzeugbare Güter einzutauschen. Makulatur in Form von Geldscheinen aller Art haben wir genug, leider sogar mehr als erwünscht ist, dagegen leiden wir bitterm Mangel an Gebrauchswerten. Daran ändert auch der Luxus der Schieber, Wucherer und wirtschaftlich Bessergestellten nichts, weil diese nur eine kleine Minderheit darstellen, deren Verbrauch für die Bedarfsdeckung des ganzen Volks nur eine untergeordnete Rolle spielt. Der Wert der zirkulierenden Tauschmittel, des Geldes, ist im allgemeinen von der vorhandenen Warenmenge abhängig, weshalb die darüber hinausgehende Vermehrung der Tauschmittel stets von einem Sinken des Geldwerts begleitet sein muß, das in dem Steigen der Preise bemerkbar wird. Die Erhöhung der Preise vollzieht sich um so rapider, je mehr die Masse der Tauschmittel zunimmt. Keine noch so weitgehende Lohnerhöhung vermag deshalb den gegenwärtig bestehenden Warenmangel zu beseitigen, weil damit keine neuen Werte hervorgebracht werden. Jede allgemeine Lohnerhöhung veranlaßt nur die Notenpresse zu noch angestrebter Tätigkeit, ruft durch die Vermehrung der Geldzeichen vorübergehend eine steigende Kaufkraft hervor und verursacht eine erhöhte Nachfrage nach Waren, die durch den gegenwärtigen Stand der Produktion nicht befriedigt werden kann. Diese Nachfrage kommt mit einer weiteren Erhöhung der Preise und einer entsprechenden zunehmenden Geldentwertung zum Abschluß. Am Ende des Kreislaufs befindet sich die Arbeiterschaft auf dem gleichen Fleck wie vorher. Der Lohn ist zwar nominell ein höherer, die Kaufkraft des Geldes aber im günstigsten Fall gleich geblieben, dem erstrebten Goldlohn ist sie nicht um Haaresbreite nähergerückt.

Es bleibt also dabei, daß eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter wie der gesamten arbeitenden Bevölkerung nur durch die *Vergrößerung des Gesamtprodukts*, die Vermehrung der Bedarfsgütermenge und der Lebensmittel herbeigeführt werden kann, daß nur *vermehrte Arbeit* die bestehende Notlage zu beseitigen vermag. Überflüssig erscheint es an dieser Stelle eingehend zu wiederholen, in welcher Weise der Krieg das deutsche Volk ausgesogen und eine Verarmung hervorgerufen hat, durch die seine Lebenskräfte nahezu erschöpft werden. Wir brauchen nur an die Verluste der Einnahme- und Lebensmittelquellen zu erinnern, über die wir früher verfügten, an die ungeheuren Aufwendungen, die gemacht werden müssen, neben der äußern Wiedergutmachung die innere zu leisten, die öffentlichen Bedürfnisse zu bestreiten, für die Opfer des Krieges zu sorgen sowie die heruntergewirtschafteten, zum Teil völlig verlorenen Verkehrsmittel wieder auf ihre frühere Leistungsfähigkeit zu bringen. Dazu haben wir die selbstverständliche Pflicht jetzt für alle diejenigen zu sorgen, die durch den Krieg ihre Arbeitskraft ganz oder zum Teil verloren haben. Wird hieraus schon erklärlich, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung davon nicht unbeeinflusst bleiben kann,

so muß sie weiter in erheblichem Maß beeinträchtigt werden durch die nicht wegzuleugnende *Verminderung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit*. Wenn sich erfreulicherweise die Produktivität der deutschen Wirtschaft im letzten Jahr gehoben hat, so bleibt sie doch noch um ein Erhebliches hinter dem Friedensstand zurück. Das trifft sowohl für die Industrie wie für die Landwirtschaft zu. Gegenüber 1913 betrug zum Beispiel die Produktionsmenge im Steinkohlenbergbau im Jahr 1921 trotz erheblicher Vermehrung der Belegschaft nur 72 %, bei der Roheisenerzeugung 40 %, der Rohstahlerzeugung 50 %. In der Textilindustrie ergab die Produktion 70 %, in der Landwirtschaft 73 % der Friedensmenge. Einer Ausfuhr von 73,7 Millionen Tonnen im Jahr 1913 mit rund 10,7 Milliarden Goldmark stand 1920 nur eine solche von 19,8 Millionen Tonnen und 7 Milliarden Goldmark Wert gegenüber, was ein Defizit von rund 3,7 Milliarden ergibt. Für die Lebenshaltung der breiten Volksmassen ist das um so schlimmer, als der Ertrag der deutschen Landwirtschaft schon in Friedenszeiten für die Ernährung nicht ausreichte sondern eine Einfuhr von rund 3,4 Milliarden Goldmark notwendig machte, während im Jahr 1920 infolge unserer schlechten Valuta nur für 2,5 Milliarden Lebensmittel eingeführt werden konnten. Das Jahr 1921 hat hierin eine Besserung nicht gebracht, was nicht zur Hebung unserer Ernährungsverhältnisse beitragen konnte. Diese kann uns nur durch vermehrte landwirtschaftliche Produktion kommen. Die deutsche Landwirtschaft ist durchaus imstande den Lebensmittelbedarf des deutschen Volkes zu decken. Es müssen ihr nur die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, es muß die notwendige erhöhte und intensivere Arbeitsleistung an sie gewandt werden.

Nur Arbeit kann uns retten. Dieses Wort ist keine leere Phrase, ist volle Wahrheit. Der bestehende Warenmangel und die damit für weite Kreise des Volks verbundene Not und Entbehrung können nur durch Vermehrung der Gütererzeugung beseitigt werden. Einzig von ihr ist auch das Aufhören der Auswucherung des Volks abhängig. Durch den Mangel an Bedarfsgütern befinden sich die Warenbesitzer in einer Monopolstellung, die sie rücksichtslos zu fortgesetzten Preissteigerungen ausnutzen. Jede Lohnerhöhung wird von ihnen mit weiterer Preiserhöhung beantwortet. Nur die Besitzer und Händler haben dabei Vorteil, denn was der Arbeiter an Lohn-erhöhung einnimmt, geht ihm sofort wieder, und zwar in der Regel mehr, als Verbraucher verloren. Auf diese Weise werden alle Anstrengungen der Arbeiter ihre Lebenshaltung zu erhöhen vereitelt. Mit Lohnbewegung und Streiks ist gegen die Monopolstellung der Warenbesitzer nicht anzukämpfen; sie wird im Gegenteil dadurch befestigt, weil jede Arbeitseinstellung den Gütermangel vermehrt. Den Schaden haben allein diejenigen, die die Waren zu ihrem Lebensunterhalt brauchen. Abhilfe ist nur von einer *erhöhten Produktion* zu erwarten; sie allein kann die Erzeuger zum gegenseitigen Wettbewerb und zur Einstellung der heutigen Preistreiberei zwingen. *Erst dann* werden die Arbeiter in der Lage sein durch ihr gewerkschaftliches Vorgehen eine Verminderung des Unternehmerprofits zu erzwingen und für sich einen größern Anteil am Produktionsertrag zu erlangen. Dann wird auch eine Senkung der Preise eintreten müssen und es der arbeitenden Bevölkerung möglich werden ihre Lebenshaltung der des Friedensstands wieder anzunähern.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

Deutsch-
russischer
Vertrag

Der Vertrag, den die Regierung des Deutschen Reichs und die sogenannte Sowjetregierung Rußlands am 18. März in Rapallo mit einander abgeschlossen haben, soll seinem Charakter und seiner offiziellen Begründung nach ein Wirtschaftsvertrag sein, der beiden Ländern ökonomische Vorteile bringt, ihren Wiederaufbau in die Wege leitet und einen geordneten Handelsverkehr eröffnet. Daß er einen Bündnisvertrag politischer oder gar militärischer Art darstelle, wird (und von deutscher Seite sicher mit Recht) in Abrede gestellt. Daß er die Position der innerlich zermorschten bolschewistischen Regierung Rußlands kräftigt (und damit den Willen Englands erfüllt), kann gleichwohl nicht in Abrede gestellt werden. Und wie die bolschewistischen Machthaber ihn selbst auffassen, das zeigt mit voller Deutlichkeit die Rede, die Trotzki bei der großen militärischen Parade am 1. Mai in Moskau hielt, und in der er, »gestützt auf den Vertrag mit Deutschland«, das »scharfgeschliffene Schwert«, das die sogenannte Rote Armee darstellen soll, gegen die Staaten schwang, die es versuchen sollten die »volle Unabhängigkeit [der bolschewistischen Parasitenherrschaft] zu schmälern«. Daß die hier von Trotzki angekündigte Militärallianz mit Deutschland durchaus nicht besteht, wird man der deutschen Regierung zwar ohne weiteres glauben können. Aber man darf nicht verkennen, daß diese durch die Tatsache der Vertragsunterzeichnung den Verdacht solcher Aspirationen hervorgerufen oder gefördert hat. Und zwar aus dem Grund, weil schlechterdings nicht einzusehen ist, zu welchem Ende man solch einen Vertrag überhaupt geschlossen hat. Wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten, die den Eifer verständlich machen könnten, mit dem man sein Zustandekommen betrieb, sind in keiner Weise erkennbar. Daß uns seine direkten Bestimmungen keinen Vorteil bringen, wohl aber keinen Nachteil befürchten lassen, ist hier schon in dem Artikel Quessels Ein Blick auf Genua (in diesem Band, Seite 385 ff.) dargelegt worden. Daß indirekte günstige Folgen des Vertrags durch die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland nicht zu erwarten sind, solange das russische Land der bolschewistischen Aussaugung

überantwortet bleibt, wird jetzt auch von solchen Wirtschaftlern, die noch vor einem Jahr diese sonderbare Spielart der "Ostorientierung" befürworteten, eingesehen und zugegeben. Alle am russischen Geschäft beteiligten deutschen Wirtschaftskreise verfügen bereits über Erfahrungen aus den Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland, und das Ergebnis ist trostlos. Freilich glauben manche Industrien und ein gewisser Handel Trost zu finden in der Erwartung einer umfassenden Besserung dieser Verhältnisse. Der deutsch-bolschewistische Vertrag rechtfertigt diese Hoffnung durch nichts. Es ist keinerlei Anhaltspunkt in dem Vertrag selbst dafür zu finden, daß Absatzmöglichkeiten irgendwie nennenswert erschlossen werden können, auch die Voraussetzungen für einen gesteigerten Export nach dem bolschewistischen Rußland verschlechtern sich je länger je mehr. Die Unfruchtbarkeit des bolschewistischen Regiments führt zur fortschreitenden Ertötung jeglicher Produktion. Nicht wirtschaftliche Notwendigkeiten bedingen den Vertrag oder ließen ihn als erstrebenswert erscheinen, sondern politische Erwägungen bewirkten ihn, Erwägungen, die mit in erster Reihe, wenn nicht ausschließlich, davon gingen und darin gipfelten, daß die britische Politik das deutsch-bolschewistische Abkommen wünschte, denn britischem Interesse dient die Verlängerung der bolschewistischen Herrschaft, die Fortdauer der Zerstückelung und Kraftlosigkeit Rußlands. Die Ablehnung solcher Politik durch Frankreich entspricht nicht nur französischen Interessen sondern dem Gesamtinteresse des europäischen Kontinents, das eine Neubelebung der Produktivkräfte Rußlands (die nur gegen den Bolschewismus erfolgen kann) dringend erfordert.

Konferenz von
Genua

Das wirtschaftliche Programm von Genua, soweit es bisher der Welt enthüllt wurde, ist die Wiederholung der Feststellung, daß Ausgaben und Einnahmen eines Staates ins Gleichgewicht gebracht werden müssen, daß der internationale Verkehr keine künstlichen Störungen erfahren darf, daß der Wechselkurs stabilisiert werden und die Arbeitslosigkeit verschwinden muß. Zweifellos werden diese Wünsche von den Vertretern aller Staaten, die sich in Genua versammelten, geteilt. Es bleibt nur die Frage offen,

welche Wege einzuschlagen sind, um das erkannte Ziel zu erreichen. In Genua fand man offiziell nur den Ausweg weitere Tagungen oder Spezialkonferenzen einzuberufen. Die Franzosen bemühten sich auch während dieser Verhandlungen Brücken für eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu schlagen. Vor allem waren sie bestrebt die Anleihe zu schaffen, die Deutschland verlangt, um seine nächsten Verpflichtungen zu erfüllen, und die Frankreich ebenso braucht. Allerdings wußte die deutsche Berichterstattung davon nichts zu melden, nach ihrer Darstellung war das Sinnen und Trachten der französischen Delegation lediglich darauf gerichtet nach Direktiven des angeblich antideutsch orientierten Poincaré Deutschland zu kränken und zu schädigen. Alle Mißerfolge und Erschwerungen der deutschen Lebensmöglichkeiten, die sich aus der Befolgung der offiziellen, gegen Frankreich gerichteten, nach England sehenden Politik Deutschlands ergaben, haben keine Umkehr veranlaßt. Man rechnet nach wie vor auf die Erlösung durch den starken Arm Englands, dessen Ministerpräsident Lloyd George alles auch für Deutschland zum Guten lenken werde. Wenn Frankreich zur Wahrung seiner (und Europas) Interessen sich gegen den Willen Lloyd Georges auflehnt, dann steht die deutsche Front geschlossen gegen Frankreich, ohne offenbar auch nur zu ahnen, daß sie gegen das Leben des eigenen Landes handelt. Vergeltens fordert man von den Trägern dieser deutschen Politik Rechnungslegung über ihr Tun, zum mindesten das Eingeständnis der Tatsache, daß ihre antifranzösische Haltung bisher zu dem traurigen Resultat geführt hat, das wir alle in unserer Wirtschaftslage wahrnehmen.

Wenn Deutschland mit dem Entschluß nach Genua gegangen wäre eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich zu suchen, so hätte diese sich bei dem Willen Frankreichs auch jetzt noch erreichen lassen. Der deutsche Minister des Auswärtigen war vor der Einberufung der Konferenz eingeladen worden nach Paris zu kommen; dieser Aufforderung wurde nicht entsprochen. Die deutsche Presse hat in ihrer Berichterstattung von alledem nichts ahnen lassen, sie hat nicht entfernt begriffen, weshalb und wann in dem Ringen zwischen England und Frankreich die Stellung Deutschlands neben Frankreich sein müßte. Nicht einmal ein leises Aufflackern zeigte sich bei der Erörterung des englischen Versuchs die Petroleumge-

bierte Rußlands unter Ausschaltung der alten französischen und belgischen Interessen in die englische Sphäre einzubeziehen. Auf der einen Seite will Großbritannien ungeheuer wertvolle Rohstoffgebiete Rußlands seinem Machtbereich einverleiben, und für die Preisgabe dieses russischen Guts will es um so eher den Bolschewisten und ihrem Herrschaftsinstrument, der Roten Armee, die Existenz sichern und verlängern, als dadurch Rußland in eine Reihe kaum noch lose unter einander verbundener Landstrecken zerfallen bleibt. Auf die Herstellung der produktiven Tätigkeit Rußlands, von der der Aufbau Europas in so hohem Grad abhängt, war die Politik Frankreichs gerichtet; auch hier war ein Boden der Gemeinschaft mit Deutschland zu finden, den die deutsche Politik nicht betreten wollte. Außer Frankreich hat zurzeit keine Großmacht dieses Ziel, im übrigen dominiert die probolschewistische Einstellung. Auch die Annahme, die Vereinigten Staaten würden etwas Ernstliches gegen die bolschewistische Politik unternehmen, bestand durchaus zu Unrecht. Amerika, das die schärfsten Töne gegen die bolschewistische Herrschaft findet, hatte gegen den Abschluß des deutschen Vertrags mit den Bolschewisten nichts einzuwenden, weil die amerikanische Politik gegenüber Rußland sich mit der Englands durchaus deckt, wenn auch die Formen verschieden sind. Der erregte Einspruch der amerikanischen Standard Oil Company gegen die vielnehmende Petroleumpolitik der englischen Shellgruppe wird darauf nichts ändern. Am allerwenigsten werden diese Differenzen zweier mächtiger Petroleumgruppen eine Trennung oder auch nur eine Erschütterung des englisch-amerikanischen Welttrasts bewirken. Ein unmittelbares wirtschaftliches Ergebnis dürfte die Konferenz von Genua nicht haben. Das Problem, das am meisten noch für eine Regelung durch eine gesamteuropäische Konferenz geeignet war: das Währungsproblem, ist nur in allgemeinen Erörterungen von auffallender Seichtheit behandelt worden. Seine praktische Lösung wäre nur möglich, wenn man es als das erfaßte, was es ist: als ein Produktionsproblem. Dieses hätte wiederum zur Folge, daß man die Außenpolitik unter dem Gesichtswinkel der Erhöhung und Auswirkung der produktiven nationalen Kräfte durch wirtschaftliche Integrierung erfaßte. Da solche Außenpolitik, die den Zusammenschluß des Kontinents erfordert, aber gerade derjenigen entgegengesetzt ist, die, wie

zurzeit die deutsche, das Gesamtinteresse des Kontinents preisgibt, um dafür unrealisierbare Hoffnungen auf Sonder Vorteile von England einzutauschen, so war auch die Behandlung des Währungsproblems von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Wenn die Ergebnislosigkeit der Genueser Konferenz zur Einsicht über den Charakter unserer auswärtigen Politik beitragen sollte, läge in diesem wirtschaftlichen Negativum doch ein fruchtbares positives Element.

Totenliste

Am 22. Februar starb in Remscheid *Reinhard Mannesmann*, der älteste der

Brüder, mit deren Namen die Erfindung des nahtlosen Walzverfahrens von Röhren verbunden ist. Er ist 63 Jahre alt geworden. Unter seiner Führung erwarben die Brüder im Jahr 1910 bedeutende Erzvorkommen in Marokko: ein Vorgang, der bekanntlich weltpolitische Bedeutung erlangte. Die von französischer Seite bestrittenen Mannesmannschen Rechte wurden auch vom deutschen Auswärtigen Amt nicht vertreten. Im Jahr 1920 versuchten die Brüder Mannesmann vor dem interalliierten Schiedsgericht über marokkanische Minenangelegenheiten in Paris nochmals eine Entscheidung herbeizuführen. Die in den Jahren 1908 und 1909 vom Sultan Muley Hafid erworbenen Minenkonzessionen wurden für nichtig erklärt. Gleichzeitig wurde indessen die Zahlung einer Entschädigung an die Brüder Mannesmann zugestanden, und sogar die Bewilligung neuer Schürf- und Konzessionsrechte wurde einem späteren Verfahren vorbehalten.

Der Inhaber der Diskontogesellschaft *Hermann Waller* starb am 3. März im Alter von 49 Jahren. An dem Aufschwung der Diskontogesellschaft, in deren Direktion er 1904 aus dem Vorstand der Badischen Bank in Mannheim eintrat, hat er während des letzten Jahrzehnts einen hervorragenden Anteil gehabt. Ihm unterstanden vor allem das Geld-, Wechsel- und Börsenwesen.

Am 3. März starb auch der Berliner Bankier *Hugo J. Herzfeld* in seinem 52. Lebensjahr. Er ist in den letzten Jahren in großen Finanztransaktionen hervorgetreten. In den Tagen vor seinem Tod stand er im Mittelpunkt der Neubildung eines großen Kalikonzerns. Während des Krieges erwarb er ein großes Vermögen durch Beschaffung langfristiger ausländischer Kredite an deutsche Kommunen. Er wurde alsdann durch Finanzvermittlungen größten Stils bekannt; er erwarb

Aktienpakete von Unternehmungen, deren Fusion er bewirkte. Er vermittelte aber nicht nur diese Geschäfte sondern blieb an ihnen selbst beteiligt. Herzfeld war ein Mann von zupackender Energie und Wagemut, eine Erscheinung, wie sie in der deutschen Börsenwelt seit langem nicht mehr gesehen war. In weiteren Kreisen wurde sein Name genannt, als er, wie hier in der Rundschau Geistige Bewegung (in diesem Band, Seite 313) berichtet wurde, mit einem Kapital von 5 Millionen Mark die Deutsche Studentenhilfe begründete, wodurch er die Verpflichtung der neuen Reichen zu gemeinnützigem Wirken anerkannte.

Am 5. Mai starb der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie *Bernard Huldermann* im Alter von 50 Jahren. Er kam aus der Handelsjournalistik, wurde um die Wende des Jahrhunderts aufs Ballins Vorschlag Generalsekretär des Vereins Hamburger Reeder und trat 1908 zunächst als Privatsekretär Ballins in die Hamburg-Amerika-Linie ein. Als Gehilfe Ballins nahm er an allen Verhandlungen zur Bildung der internationalen Poolverträge teil. 1912 wurde er stellvertretendes, 1913 ordentliches Vorstandsmitglied dieser Gesellschaft. In seinem Buch *Albert Ballin/Hannover, Gerh. Stalling*, das von mancherlei Gesichtspunkten aus erhebliches Interesse bietet, hat er seinem Meister ein ehrendes Denkmal gesetzt.

Kurze Chronik Der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins hat ein *Preis-ausschreiben* über das Thema »Die Geldentwertung als Gesetzgebungsproblem des Privatrechts« erlassen. Es sind 3 Preise im Gesamtbetrag von 30 000 Mark ausgesetzt. Die Arbeiten müssen bis zum 15. Juli dieses Jahres eingesandt sein. ◊ Die Konzentrationsbewegung in der *deutschen Industrie* hält unvermindert an. Eine sehr wichtige Fusion, die vor allem für die deutschen Überseeinteressen von entscheidender Bedeutung sein muß, ist in dem Zusammenschluß der 3 Kölner Kabelgesellschaften, der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft, der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft und der Osteuropäischen Telegraphengesellschaft, zustande gekommen. Die Führung der Geschäfte geht auf die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft über. ◊ Eine in der Geschichte des *deutschen Bankwesens* einzigartige Transaktion hat die Deutsche Bank durch ihre Fusion mit der Deutschen Petroleumaktiengesellschaft vorgenommen. Sie

hat gleichzeitig mit dieser Übernahme ihrer größten Tochtergesellschaft eine Kapitalsverdoppelung von 400 auf 800 Millionen Mark verbunden, wodurch sie in der Höhe der eigenen Kapitalien, die einschließlich der Reserven auf über 2 Milliarden Mark anwachsen, wieder an die erste Stelle unter den Großbanken rückt. Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß die handelsrechtlich außerordentlich geschickte Transaktion im wesentlichen auf die Überführung von bisher als Kreditoren zur Verfügung stehenden Mitteln in eigene Mittel hinausläuft. \diamond Ein Schlaglicht auf die Verhältnisse des *Geldmarkts* wirft die Absage der Kapitalserhöhung bei der Ostbank für Handel und Gewerbe. Der ursprüngliche Plan einer Erhöhung von 40 auf 115 Millionen Mark konnte nicht ausgeführt werden, weil ein Teil der alten Aktionäre, besonders genossenschaftliche Kreise, nicht in der Lage waren sich weiter mit Aktien zu beteiligen. \diamond Die Zustände in *Oberschlesien* kommen in dem Abschluß der Donnersmarckhütte für 1921 zum Ausdruck, der einen Verlust von 2 Millionen Mark ergibt, während im Vorjahr noch ein Gewinn vorhanden war, der die Verteilung einer Dividende von 10% ermöglichte.

WISSENSCHAFT

Biologie / Walter Zimmermann

**Pflanzen-
ernährung**

Die Botanik, ursprünglich als Kräuterkunde eine rein praktisch medizinische Wissenschaft, hat erst im letzten Jahrhundert gründliche Untersuchungen auf dem Gebiet der Pflanzenernährung angestellt, das heute ihr wichtigstes praktisches Arbeitsfeld ist. Während noch zu Goethes Zeiten allgemein die abenteuerlichsten Anschauungen über den Stoffbedarf einer Pflanze herrschten, lassen sich jetzt jedem denkenden Menschen in einfachen Schulversuchen die wichtigsten Ernährungstatsachen vor Augen führen, zum Beispiel welche Salze die Pflanze zu ihrem Gedeihen braucht, oder wie sie der Luft Kohlensäure entzieht. (Wer mehr über diese Versuche wissen will, sei vor allem auf die außerordentlich klare und lesbare Pflanzenphysiologie Hans Molischs, in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*, verwiesen.)

Die grundlegenden Untersuchungen, auf denen sich auch die sämtlichen noch zu schildernden Ergebnisse aufbauen, stammen von Justus von Liebig, der, in Zusammenarbeit mit seinen Schülern, vor

etwa 80 Jahren fand, daß die grüne Pflanze nicht, wie bis dahin angenommen wurde, den organischen Humus sondern in Wasser gelöste Mineralsalze aus dem Boden aufnimmt. Erst aus diesem Nährstoff des Bodens baut sie mit der Kohlensäure der Luft die gesamten anorganischen und organischen Stoffe ihres Körpers auf. Unter diesen Mineralstoffen braucht die Pflanze Verbindungen der folgenden 4 Metalle: Kalium, Kalzium, Magnesium und Eisen.

Die praktisch biologischen Probleme seien hier nur kurz gestreift. Für die Nutzpflanzen kennen wir ziemlich genau die Mengen dieser Metalle, die durch Ernte, Regen usw. dem Boden entzogen werden. Höchstens ist es noch eine praktisch landwirtschaftliche Frage, wieviel im einzelnen Fall zum Ersatz für diesen Nährstoffverlust einem Boden an Düngemitteln zugeführt werden muß. Die Beschaffung der Düngemittel ist ebenfalls kein biologisches sondern ein wirtschaftliches Problem. Kalium findet sich ja in den bis zu Liebigs Zeiten verachteten Staßfurter "Abraumsalzen" und in den erst während der letzten Jahrzehnte entdeckten oder ausgebeuteten Lagerstätten im Elsaß, in Südbaden und Nordamerika. Kalzium und Magnesium stehen in Kalksteinbrüchen in jeder beliebigen Menge zur Verfügung. Eisen enthält fast jeder Boden zur Genüge.

Um so mehr ungelöste Fragen gibt es auf dem theoretischen Gebiet der Ernährungsbiologie. Wozu braucht die Pflanze die Metalle? Vom Eisen, das schon lange als notwendiger Bestandteil des Farbstoffs der roten Blutkörperchen bekannt ist, nahm man noch kürzlich an, es fände sich in gleicher Weise im pflanzlichen Blattgrün (Chlorophyll). Neuerliche Untersuchungen Richard Willstätters haben diese Ansicht jedoch widerlegt, dafür in diesem für die Kohlehydratbildung unentbehrlichen Farbstoff eine chemische Bindung des Magnesiums nachgewiesen. Irgendeine vorläufig allerdings unbekannt Beziehung von Eisen zu Chlorophyll muß aber doch bestehen; denn ohne Eisen bleiben sonst grüne Pflanzen gelb und gehen bald zugrunde. Kalzium, der wesentliche Knochenbestandteil, kommt bei der Pflanze als Festigungsmittel weniger in Frage. Dagegen wird es manchmal verwendet, um giftige organische Säuren wie Oxalsäure (Kleesalz) unlöslich und damit unschädlich zu machen.

Recht wenig wissen wir über die Rolle des in der Pflanzenernährung so wesentlichen Kaliums. Allerdings verstärkt

sich immer mehr die Vermutung, daß es irgendwie bei der Bildung der Kohlehydrate mitwirkt. Denn an deren Entstehungs- und Umbildungsort ist es besonders reichlich vorhanden, wie dies neuerdings unter anderm von chemischer Seite durch Willy Mayer festgestellt wurde. Bereits seit längerer Zeit weiß man ja auch, daß das Düngen mit Kali den Zuckergehalt zum Beispiel in der Weintraube und Zuckerrübe erheblich steigert. Für diese Theorie spricht ferner die Tatsache, daß im chemischen Laboratorium Zucker bei Gegenwart von Kali aus Formaldehyd dargestellt werden konnte, und dieses Formaldehyd ist nach Willstätter ziemlich sicher ein Zwischenprodukt bei der pflanzlichen Zuckerbildung.

Immerhin sind die Fragen nach der Bedeutung der Metalle im Pflanzengetriebe ziemlich kompliziert, da gerade Versuche aus der letzten Zeit beweisen, daß diese Metalle respektive deren Salze allein genommen giftig wirken. Kalisalze zum Beispiel töten nach W. I. V. Osterhout die meisten Pflanzen sehr rasch. Setzt man Magnesium und Kalzium zu, so können jedoch die Vergiftungserscheinungen aufgehoben werden. Ähnliche Versuche bei Tieren führte I. Löb durch. Es ist also bei der Ernährung der Organismen durch Mineralstoffe stets eine "gemischte Kost" erforderlich. Die Giftwirkung des Kalks, die besonders bei manchen Pflanzen, zum Beispiel dem Besenjinster, deutlich ist, soll übrigens, nach Mevius, nicht auf einer Eigentümlichkeit des Kalziums beruhen sondern auf dem basischen Charakter des Kalks, der so die Säurewirkung der Wurzeln aufhebt. Von Nichtmetallen muß vor allem Stickstoff einem Kulturboden zugeführt werden, der Jahr für Jahr Ernte tragen soll. Der Stickstoff ist ja zur Bildung von Eiweiß respektive Protoplasma unentbehrlich und kann von den meisten Pflanzen nur als Salpeter- oder Ammoniumverbindung aus dem Boden aufgenommen werden. Die bereits Jahrtausende angewandte Düngung mit Mist und anderen faulenden Stoffen hat im wesentlichen diese Bedeutung. Die Knappheit und Verteuerung der bisher in der Praxis benutzten künstlichen Stickstoffdüngemittel (Salpeter, Luftstickstoff usw.), hat aber ein neues Problem für die praktische Biologie geschaffen. Man weiß, daß Bakterien des Bodens die Fähigkeit besitzen Luftstickstoff zu binden und in eine den anderen Pflanzen nutzbare Form umzuwandeln. Auch in den sogenannten Wurzelknöllchen der Hül-

senfrüchtler (Leguminosen) leben solche Bakterien als nützliche Gäste. Hierauf beruht die vielfach übliche Gründüngung des Bodens mit Lupinen usw. Nach Berechnung von P. Ehrenberg lieferten diese Kleinlebewesen für die Hauptkulturpflanzen Deutschlands im Jahr 1918 über 200 000 Tonnen Stickstoff; das ist fast so viel wie wir dem Boden mit künstlichen und natürlichen Düngemitteln zuführen konnten.

Es lag nahe durch Reinkulturen den Boden mit derartigen Bakterien anzureichern, besonders nachdem in letzter Zeit die Reinkultur der Hefe und anderer industriell verwerteter Kleinorganismen große Erfolge gezeitigt hatte. Schon in den neunziger Jahren brachten die Höchster Farbwerke eine Reinkultur angeblich stickstoffbindender Bakterien als Alinit in den Handel; das Fabrikat fand aber keinen Anklang. In letzter Zeit ist es jedoch namentlich durch die Forschungen der Bayrischen Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz (L. Hiltner) geglückt wertvolle Stickstoffbakterien rein zu züchten. Die praktische Anwendung scheidet allerdings meist daran, daß man den Boden nicht derart sterilisieren kann wie zum Beispiel einen Brausud. Infolgedessen erliegen die nützlichen Bakterien bald dem Einfluß anderer, bereits im Boden befindlicher Kleinorganismen, zum Beispiel der Amöben, die sie auffressen, oder fremder Bakterien, die sie verdrängen. Die Amerikaner haben ferner neuerdings nachgewiesen, daß die sogenannte Bodenmächtigkeit im wesentlichen auf ein Überhandnehmen der mikroskopisch kleinen Feinde der Stickstoffbakterien zurückzuführen ist. Man bekämpfte drüben auch diese Schädlinge vielfach mit gutem Erfolg durch antiseptische Mittel, wie Toluol, Schwefelkohlenstoff, doppelchromsaures Kali, Kupfersulfat usw., und konnte dadurch die Zahl der Stickstoffbakterien verzehnfachen. In Deutschland steht man der praktischen Anwendung meist ablehnend oder teilnahmslos gegenüber, vor allem wegen der hohen Kosten der Bekämpfungsmittel. Lediglich für die Impfung von Hülsenfrüchtlern (wie Esparsetten, Luzernen) mit Stickstoffbakterien liegen praktisch günstige Versuchsergebnisse vor. Da die Kohlensäure in der Luft nur sehr spärlich enthalten ist (durchschnittlich 0,03%), hat man in letzter Zeit in der Praxis vielfach versucht Pflanzenkulturen mit Kohlensäure zu düngen. Meist leitet man Industrieabgase, nachdem schädliche Stoffe, vor allem Schwefel-

verbindungen, entfernt worden waren, über die zu düngenden Pflanzen. Bei windstillem Wetter bleibt dann die Kohlensäure einige Zeit am Boden zur Verfügung der betreffenden Gewächse. Die Urteile über die Erfolge dieser Methode lauten aber recht widerspruchsvoll, wie das in der Natur der Sache liegt. Aus Kohlensäure und Wasser baut die Pflanze mit Hilfe von Sonnenenergie Kohlehydrate auf. Natürlich kann solch ein Plus an Kohlensäure von der Pflanze nur dann nutzbringend verwertet werden, wenn sie genügend Wasser und Sonne zur Verfügung hat, und die Temperatur günstig ist. Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, so lohnt sich auch die Anlage der Kohlensäuredüngung nicht. Unter besonders günstigen Bedingungen läßt sich dagegen eine Ertragssteigerung um ein Vielfaches erzielen.

Biozoologie Die Tiergeographie ist eine sehr junge Wissenschaft.

Noch vor 50 Jahren fußte sie fast ausschließlich auf dem Interesse der Schaulust und Neugierde, diesen starken Triebfedern des erwachenden menschlichen Forschungsdrangs. Wissenschaftliche Werke bildeten noch Ende des 18. Jahrhunderts Fabelwesen wie Einhörner, Drachen und dergleichen "naturgetreu" ab. Die Pflanzengeographie hat es leichter gehabt, vor allem, weil Pflanzen sich im allgemeinen leichter sammeln lassen als Tiere. So war sie bereits vor 100 Jahren eine emporstrebende Wissenschaft, die sich auf ein reiches Tatsachenmaterial über die Verbreitung der Pflanzen stützen und sich von der rein beschreibenden Floristik zur Untersuchung der Frage des Warum wenden konnte. Warum wächst die Sumpfdotterblume nur an feuchten Standorten, warum der Besenginster an trockenen kalkarmen Plätzen, das Edelweiß im Hochgebirge und die Palme in tropischen Ländern? Oft zwar wußte man auf diese Fragen keine oder nur teilweise richtige Antwort zu geben, oder man beantwortete sie ganz falsch. Doch namentlich Pflanzengeographen wie A. F. W. Schimper, E. Warming konnten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Standortsuntersuchungen und Kulturversuche sehr interessante Beziehungen zwischen Bau und Lebensgewohnheiten feststellen, so die Tatsache, daß die Pflanzen trockener Gegenden vielfach durch Haare, dicke Haut, geringe Blattgröße und dergleichen weit besser gegen Wasserverlust geschützt sind als solche, die Feuchtigkeit lieben. Ökologie

nennt man diesen Wissenschaftszweig, der die Beziehungen der Pflanzen zu ihrer natürlichen Umgebung ergründet. In seinen Grundlagen einer ökologischen Tiergeographie /Jena, Gustav Fischer/ versucht *Friedrich Dahl* etwas Ähnliches für das gesamte Tierleben zu schaffen. Bisher hatten die ökologischen Probleme höchstens für einzelne Tiergruppen, zum Beispiel die frei im Meer schwimmenden Planktonorganismen, Berücksichtigung erfahren. Der Zoologe kann aus naheliegenden Gründen leider sehr viel schwerer den Versuch machen, ob eine Tierart auf einem bestimmten Erdfleck gedeihen kann oder nicht. Er ist meist darauf angewiesen durch Vergleich des Tiervorkommens festzustellen, welche Lebensbedingungen das Vorkommen ermöglichen oder ihm Schranken setzen. Dahl gibt eine recht gute Übersicht über die Methoden (besonders des Fangs), die ein geeignetes Vergleichsmaterial liefern. Außerdem belegt er aus seinem reichen Erfahrungsschatz in einer zwar etwas trockenen, aber recht gründlichen Aufstellung die Abhängigkeit der Tierwelt von ihrem Standort, anderen Tieren, Pflanzen und dergleichen.

Über diese auf das einzelne Lebewesen gerichtete ökologische Betrachtungsweise strebt die Biozoologie (auch Biogenetik genannt) hinaus. Sie faßt oft die natürlichen Lebensgemeinschaften, in denen sich Tiere und Pflanzen zusammenfinden, als Organismen auf und ist besonders im letzten Jahrzehnt von schweizerischen, schwedischen und nordamerikanischen Botanikern stark gefördert worden. Sie bildet ein wirksames Gegengewicht gegen die individuell gerichtete Biogeographie, die häufig vor lauter Bäumen den Wald nicht sah. Namentlich von der schwedischen Universität Upsala kamen in letzter Zeit sehr gediegene methodologische Untersuchungen. Der Gründer dieser Upsalashule, Rutger Sernander, hatte sich schon vor Jahren durch Erforschung des hochinteressanten Zusammenlebens zwischen Ameisen und Pflanzen einen Namen gemacht. Er hatte unter anderem bei "Ameisenpflanzen" wie Veilchen und Wolfsmilch Samenanhängsel festgestellt, die von den Ameisen als Leckerbissen geschätzt werden und so zur Samenverbreitung dienen. Sernanders Schüler, G. E. du Rietz, R. E. Fries, behaupten durch ihre neuen, außerordentlich eingehenden Untersuchungen größerer und kleinerer Pflanzenflecke nachgewiesen zu haben, daß die Verbreitung der einzelnen Pflanzen in einem natürlichen Bestand, das heißt auf einer

Wiese, in einem Wald, aus inneren Gesetzen streng geregelt ist. So sollen sich die Hauptleitpflanzen mindestens einmal auf je einem Fleck finden, der je nach der Natur des Bestands 0,01 bis 16 Meter groß ist. Auch sollen diese verschiedenartigen Bestände (Assoziationen) sowohl begrifflich wie räumlich scharf gesondert sein. Kurz und gut: Eine natürliche Wiese, ein Wald usw. sind eben keine durch äußere Umstände zusammengewürfelten Konglomerate sondern wirkliche Einheiten, fest geschlossene Organismen. Diese Fragen sind sicher noch nicht endgültig entschieden, und zahllose Probleme stehen noch offen, an deren Lösung jeder mitarbeiten kann, der einen Blick für das Lebendige und Freude daran besitzt; aber jedenfalls spürt man den frischen Hauch neuer Ideen, die im Vormarsch sind.

Kurze Chronik Im Staat Washington werden zurzeit *Ameisenbären* aus Südamerika eingeführt, um schädliche Insekten, wie Heuschrecken, Blattläuse usw. zu bekämpfen. \diamond Am Naturhistorischen Staatsmuseum in Wien ist ein *Institut für Eiszeitforschung* gegründet worden. Es steht unter der Leitung des Direktors der Anthropologisch-ethnographischen Sammlung J. Bayer. Die früheste Urgeschichte des Menschen, seine Entwicklung im Eiszeitalter und die Vorgänge auf der Erde in jener Epoche hatten bisher ihre Forschungsstätte ausschließlich in dem von Albert von Monaco begründeten Institut de Paléontologie humaine in Paris. \diamond Der Leipziger Privatdozent *Peter Stark* geht als Extraordinarius für Forstbotanik nach Freiburg. Seine Arbeiten betrafen die Reizphysiologie der Pflanze. \diamond Der Tübinger Professor *Willy Ruhland* wird als Nachfolger F. Czapeks Ordinarius für Botanik in Leipzig. Seine Forschungsarbeit galt vor allem der Zellphysiologie. \diamond Sein Nachfolger in Tübingen wird *Ernst Lehmann*, bisher dort Extraordinarius und als Vererbungsforscher bekannt. \diamond Der Privatdozent der Physiologie und allgemeinen Biologie in Bonn *August Pfitter*, wurde Ordinarius für Zoologie in Kiel. Bekannt sind seine Untersuchungen über tierische Ernährung. \diamond Der Direktor des Botanischen Instituts in Erlangen *Peter Cibaßen* folgt einem Ruf als Nachfolger A. Meyers an die Universität Marburg. Er arbeitete namentlich über Entwicklungsgeschichte der Pilze. \diamond Dem Königsberger Professor *Franz Keibel* ist das Ordinariat der allgemeinen Anatomie und Ent-

wickelungslehre an der Universität Berlin als Nachfolger Oscar Hertwigs übertragen worden. \diamond Der Privatdozent in Marburg *Wilhelm Harms* wurde Ordinarius der Zoologie in Königsberg, als Nachfolger M. Brauns. \diamond Der Prosektor am Pathologischen Institut der Universität München *Alexander Schmincke* folgt einem Ruf als Ordinarius für pathologische Anatomie an der Universität Graz. \diamond Max Hirmer und Karl Sueßenguth *habilitierten* sich an der Universität München für Botanik. In Tübingen habilitierte sich H. Krieg für Anatomie, in Breslau E. Mathias für pathologische Anatomie.

Literatur Die Pflanzenwelt von *Otto Warburg* /Leipzig, Bibliographisches Institut/ liegt nun in 3 Bänden vollständig vor. Es ist ein sehr reichhaltiges Werk, das in einem knappen und doch klaren Text sowie in zahlreichen schönen Abbildungen die Grundzüge des Formenreichtums, der Entwicklungsgeschichte und der Ökologie des Pflanzenreichs schildert. Vor allem sind auch die Nutzpflanzen (einschließlich der dem Verfasser sehr gut bekannten ausländischen) weitgehend berücksichtigt. Es ist ein Werk, das sich würdig an die Seite von Brehms altherühmtem Tierleben stellen darf. \diamond Noch in seinen letzten Tagen hat *Carl Ludwig Schleich* eine Schrift über das Problem des Todes herausgegeben /Berlin, Ernst Rowohlt/. Er bekennt sich zu der (übrigens in letzter Zeit unter anderen durch Hartmann experimentell bestätigten) Anschauung August Weismanns von der prinzipiellen Unterblichkeit der einzelligen Lebewesen. Der Grund für diese Unsterblichkeit soll im Vorhandensein der Nukleine liegen. So sollen die Bakterien nach Schleich ausschließlich aus diesem phosphorhaltigen Eiweiß bestehen, eine Ansicht, die allerdings kaum ein Bakteriologe teilen wird. Schleich überträgt diese Unsterblichkeitsansicht auf die vielzelligen Organismen, da diese ja auch Nukleine enthalten, und namentlich die Fortpflanzungszellen sehr reich daran sind. Mag man auch den Einzelanschauungen mehr oder minder skeptisch gegenüberstehen, die warme Begeisterung Schleichs für seine Theorien wird jeder objektive Leser anerkennen müssen. Von diesem Feuer, das Schleichs Schriften eigen ist, geht seine weitreichende Anregung aus, die, selbst wenn er gelegentlich irre ging, Wege öffnete, die einem engen "Fachwissen" verschlossen blieben.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Heß Theodor Zlocisti widmet dem Leben und Wirken Moses Heß', des »Vorkämpfers für den Sozialismus und Zionismus«, eine mehr als 400 Seiten starke Biographie, der sich als Ergänzung in einem 2. Band eine Auswahl von Heß' Aufsätzen bis zum Revolutionsjahr 1848 anschließt /Berlin, Weltverlag/. Der Verfasser hegt für seinen Helden Bewunderung und Sympathie. Die Darstellung, offenbar auf eingehenden Studien fußend, berührt eine Reihe interessanter Beziehungen, namentlich aus den Anfängen der kommunistisch-philosophischen Bewegung in Deutschland; sie ist lebhaft und gewandt, stumpft aber das Interesse durch eine unverhältnismäßige Breite ab.

Es mag richtig sein, daß Engels und Marx Heß nicht genug gewürdigt haben, ja ihm in manchen ihrer Äußerungen bitteres Unrecht taten. Aber der Gesamteindruck, den man aus Zlocistis Inhaltsangaben und zahlreichen Zitaten der Heßschen Schriften wie aus den in dem Ergänzungsband abgedruckten Aufsätzen gewinnt, läßt jene Abneigung der beiden immerhin erklärlich scheinen. Die verheerenden Wirkungen, die von Hegels großartiger, aber willkürlich gewaltsamer Konstruktionsmanier ausgingen, treten in den vag kommunistisch gefärbten geschichtsphilosophischen Rasonnements des jungen Heß nicht weniger markant hervor als in den Schriften des enger junghegelschen Kreises, der Bruno Bauer und Konsorten, mit denen Marx und Engels nach ihrem Bruch mit dem Hegelium abrechneten. Ungemessenes Selbstbewußtsein verbindet sich mit einem hemmungs- und bedenkenlosen, über jeden Einwand nüchtern kritischer Besinnung wegsetzenden Generalisieren. In dem stolzen Gefühl, daß die Zeit vor einer Weltenwende stehe, träumte man dem Zug geschichtlicher Bewegung durch irgendwelche philosophisch kostümierte Spekulationen über das »menschliche Wesen« und dessen »Bestimmungen« auf die Spur zu kommen. Die Kompliziertheit historischer Epochen und Kämpfe verwandelte sich in einen bloßen Ausdruck angeblicher »Stufen des Bewußtseins«, die, in ein bestimmtes Schema der Aufeinanderfolge einrangiert, zugleich den Ausblick in die Zukunft öffnen sollen, die sich im Schoß des Gegenwärtigen vorbereitet. Ein stärkeres Interesse weckt heutzutage diese Geistesrichtung nur, wo sie, wie etwa in den

Lassalleschen (von Gustav Mayer herausgegebenen) Jugendbriefen, vor allem in dem kommunistischen Bekenntnisschreiben an den Vater, von der Eigenart und dem Elan einer historisch bedeutenden Persönlichkeit getragen wird. Bei Heß, so flüssig und klingend vielfach seine Sprache hinausragt, und so viel menschlich wertvolles Gefühl dahinter stecken mag, fällt einem das schwebend Unbestimmte, sich jeder Nachprüfung Entziehende unerträglich auf die Nerven. Er wird nur lesbar, wo er unter dem Einfluß von Marx' überragender und von ihm stets neidlos anerkannter Geisteskraft als Interpret von Marxschen Auffassungen schreibt.

Moses Heß wurde 1812 in Bonn geboren. In dem Elternhaus herrschte eine altjüdisch orthodoxe Atmosphäre. Sein Vater gründete, nachdem er nach Köln übersiedelt war, dort eine gutgehende Zuckerfabrik und hielt es für selbstverständlich, daß der heranwachsende Sohn in dem Geschäft tätig sei. Dem widersprach des Jünglings hochfliegende und feurige Natur, die ein innerer Trieb zur Versenkung in allgemeine Menschheitsfragen drängte. Eine regelrechte Schul- und Universitätsbildung wurde ihm nicht zuteil. Sein geistiges Besitztum hat er sich wesentlich als Autodidakt erwerben müssen. Die Differenzen mit dem Vater, durch eine Liebesgeschichte noch verstärkt, führten zum Bruch. Schwere Not zwang den Mittellosen wieder zur Heimkehr. Aber bald riß er sich von neuem los.

Sein erstes Werk, das im Jahr 1837 erschien, nennt sich Die heilige Geschichte der Menschheit, von einem Jünger Spinozas. Mystisch verstiegene Phantasieen über den historischen Entwicklungsgang, den der junge Autor in Anlehnung an Hegels Lehre vom Weltgeist als Offenbarung und Manifestation der Gottheit innerhalb des menschlichen Bewußtseins deutet. Etwas von der Auflösung der Gottes- in die Menschheitsidee, das menschliche Gattungsbewußtsein, jener Grundgedanke der spätern, von Heß begierig aufgenommenen Feuerbachschen Philosophie, klingt hier bereits von fernher und mit unbestimmtem Schillern an einzelnen Stellen an. Die reif gewordene Menschheit wird die Verwirklichung von Gottes heiligem Geist sein. Dann wird es, fährt Heß in emphatischer Verzückung fort, keiner einzelnen Gesetze mehr bedürfen; an deren Stelle tritt, »aus der Einheit des menschlichen Bewußtseins geboren, da alle Menschen Gott erkannt haben, die heilige Verfassung«. Die mes-

sianische Idee eines dereinstigen Gottesreichs auf Erden bleibt ihm der Leitstern auch in seiner weitem Fortentwicklung zum Kommunismus, als er in Worten wenigstens jede Religion für eine täuschende Verirrung, für einen Abfall des Menschen von sich selbst erklärte.

Im Jahr 1841 folgte sein Buch Die europäische Triarchie, das, wie der junge Engels schrieb, ihm selber zum erstenmal »den Kommunismus als eine notwendige Weiterentwicklung der junghegelianischen Philosophie plausibel machte«. Auch hier dominiert phantastisches Konstruieren. Ein künftiger Zusammenschluß der fortgeschrittensten 3 europäischen Hauptmächte: Frankreichs, Englands und Deutschlands, von denen jedes in seiner kulturellen Geschichte ein besonderes Prinzip, eine vorwiegende Tendenz repräsentiere, wird angekündigt. Als bedeutungsvoll aber in der damaligen Zeit erscheint der Hinweis auf die sozialen Verhältnisse Englands, als des ökonomisch führenden Staates, in dem schon der Kampf um die Emanzipation der Volksmassen von der Kapitalherrschaft entbrannt ist. Ein neues weltgeschichtliches Problem sei dort aufgerollt, die »Überwindung des Gegensatzes von Pauperismus und Geldherrschaft«. Nur die »freie Tat« (ein Wort, das auch in Heß' späteren Schriften vielfach als eine Lösung wiederkehrt und sich gegen alles bloße Theoretisieren über historische Notwendigkeiten wendet) vermag den Weg zur Lösung zu beschreiten.

Seine Mitarbeiterschaft an der 1842 in Köln gegründeten liberalen Rheinischen Zeitung bringt Heß mit Marx zusammen, der damals noch dem Kommunismus fremd gegenüberstand. Von Köln geht er nach Paris, das ihm in seinem weitem wanderreichen Leben zur zweiten Heimat wird. Er wirbt für seine Ideen dort in dem kommunistischen Bund der Geächeteten. Seine 1842 in den von Herwegh herausgegebenen 21 Bogen aus der Schweiz veröffentlichten Aufsätze Kommunismus und Sozialismus und Philosophie der Tat bewegen sich, wenn auch im einzelnen sehr radikal, noch unverändert auf den luftigen Höhen weltfremder Abstraktion. Spinoza wird gefeiert, »Religion und Politik« dagegen werden als eine Mißgeburt des menschlichen Geistes in Acht und Bann getan, da sie »das wirkliche Leben, das Leben des wirklichen Individuums von einem Abstraktum, von dem "allgemeinen", welches nirgends wirklich ist, als in dem Individuum selber absorbieren lassen« möchten. Feuerbachsche Reminiszenzen,

die hier durch das Zusammenwerfen von Politik und Religion vollständig sinnlos werden. Ähnlich wunderliche Erklärungen werden dem Leser fast auf jeder Seite an den Kopf geschleudert. Am Schluß heißt es ganz im radikalen Junghegelianerstil: »Die Vernunft negiert die Bestimmtheit des Eigentums, der Religion, der Nationalität, der Regierung, kurz den ganzen Inhalt des Staates, ohne welchen er eben überflüssig wäre; sie erkennt nur die absolute Freiheit des Menschen an, eine Freiheit, die nur in der absoluten, aber nicht in dieser oder jener, nicht in einer noch mit Naturbestimmtheiten behafteten menschlichen Gesellschaft realisierbar ist.«

In der 2. Hälfte der vierziger Jahre vollzieht sich als Rückwirkung der Marx'schen Arbeiten, in denen dieser nach der Lossagung vom Hegelium seine neue ökonomisch historisch fundierte Auffassung des Sozialismus darlegt, auch in Heß ein Umschwung. Sein Auge öffnet sich für die Beziehungen zur Wirklichkeit der ökonomischen Grundlage, deren ökonomisch bedingte Entwicklungstendenzen und Klassengegensätze. Der ideologische Einschlag tritt vielfach ganz zurück. Das Erfassen gewisser Marx'scher Grundideen, die willige Aufnahme des als wahr Erkannten, obwohl dies seiner individuellen Anlage widerstreben mußte, bedeuten zweifellos, zumal in jener Zeit, als Marx noch fast vereinzelt dastand, ein sehr erhebliches Verdienst. Stellen dem Charakter des Mannes ein ehrenvolles Zeugnis aus. Die Zeitschrift Der Gesellschaftsspiegel, die Heß in den Jahren 1845 und 1846, zuerst durch Engels' Mitarbeit unterstützt, dann allein herausgab, verfolgte ein klar umrissenes, im Vergleich zu jenen früheren ideologischen Flügen sehr bescheidenes, aber gerade darum in den Augen der damaligen Polizeireviere doppelt anstößiges Programm. Das Blatt will durch die Schilderung der furchtbaren Arbeitermisere die Geister aufrütteln und wendet sich an die Arbeiter selbst. Es nennt sich »Organ zur Vertretung der besitzlosen Klassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart« und ist in Deutschland das erste seiner Art. Auf Kommentare mußte mit Rücksicht auf die Zensur, die das Unternehmen argwöhnisch verfolgte, großen- teils verzichtet werden. Aber die Tatsachen wirkten für sich allein revoltierend genug. Man gewann in Elberfeld allein, damals ein unerhörter Erfolg, 250 Arbeiterabonnenten. Welchen Einfluß Engels auf die Entstehung und den Plan

der Zeitschrift ausgeübt haben mag, die Durchführung des agitatorischen Kurses, die zielstrebige Steigerung der Mittel sind nach dem Zeugnis seines Biographen »ganz und ausschließlich das Werk von Heß«. Anderthalb Jahre konnte sich die Zeitschrift in dem Kampf mit der Zensur halten. In den unter allerhand harmlosen Aushängeschildern in Elberfeld veranstalteten Versammlungen, in denen der Kommunismus, zunächst vor einem bürgerlichen Publikum, debattiert und propagiert werden sollte (Engels berichtete an Marx enthusiastisch über den Erfolg), hat auch Heß als Redner mitgewirkt. Neben dem in kleinerem Format erscheinenden Gesellschaftsspiegel redigierte er gleichzeitig die Vierteljahrschrift Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform und lieferte Beiträge für des ihm befreundeten Kommunisten H. Püttmann Deutsches Bürgerbuch. Von dem bitteren Ton, den die Marxsche Polemik gegen frühere Gesinnungsfreunde im sozialistischen Lager und außerhalb seit 1845 ansetzte, fühlte sich der weich gestimmte Heß, der »Kommunistenrabbi«, wie Ruge ihn gutmütig spottend nennt, stark abgestoßen. Er trat bei Marx für Weitling ein, ohne Erfolg. Aber die Verstimmung, die diese Auseinandersetzung und dann in sehr viel höherem Maß eine auf ihn gemünzte Wendung im kommunistischen Manifest wie ein völlig ungerechtfertigter Ausfall Marxens gelegentlich des Kölner Kommunistenprozesses bei ihm zurückließen, änderte an seiner Hochschätzung der Marxschen Leistungen nicht das geringste. Nachdem er in dem auf Anregung von Marx und Engels 1847 gegründeten Brüsseler Arbeiterverein zum Vorsitzenden gewählt worden war, vertritt er als Mitarbeiter an der Deutschen Brüsseler Zeitung einen wesentlich marxistischen Standpunkt. Nach dem Revolutionsjahr weilte er eine Zeitlang in Genfer Emigrantenkreisen. Der Tod seines Vaters brachte ihn in den Besitz einer Leibrente, die ihm die Möglichkeit gewährte sich die letzten 2½ Jahrzehnte seines Lebens größtenteils naturwissenschaftlichen Arbeiten zu widmen. Die Reaktion nach dem Scheitern der achtundvierziger Bewegung und dem siegreichen Staatsstreich Napoléons hatte aller sozialistischen Propagandatätigkeit vorerst den Boden abgegraben. Aber die Lassellesche Agitation rief ihn gleich wieder auf den Plan. Im Juni 1863 sprach er in Köln vor den Genossen. Eine seiner Reden wurde auf Lassalles Weisung als Agitationsbroschüre abgedruckt und verbreitet. Heß stand mit

Lassalle in enger brieflicher Verbindung und unterstützte, nach Paris zurückgekehrt, dessen klugen Nachfolger, den schmählich verdächtigten Schweitzer, durch Beiträge für den Sozialdemokraten; eine Stellungnahme, die ihm von Marx und Engels schwer verübelt wurde. Ihre damaligen brieflichen Äußerungen über den frühern Kameraden klingen in hohem Maß lieblos. Später schloß Heß sich der Internationale an. Das endliche Erscheinen des Kapitals im Jahr 1867 begrüßte er mit tiefer Freude; er sah in diesem Werk die Erfüllung all der Hoffnungen, die er auf Marx gesetzt hatte. Der Groll war erloschen. Er bot sich Marx an zu einer französischen Übertragung des 1. Bandes oder zur Herstellung eines französischen Auszugs daraus, ohne indes bei ihm viel Entgegenkommen zu finden. Der Plan kam nicht zur Ausführung. Heß ist bis an sein Lebensende im Jahr 1875 überzeugter Sozialist geblieben, wenn sich auch seine schriftstellerische Tätigkeit, wie schon gesagt, anderen Fragen zuwandte. Seine naturwissenschaftlichen Arbeiten brachten ihn in nähere Beziehung zu den Hauptvertretern des damaligen naturwissenschaftlichen Materialismus. Bezeichnend tritt der Zug zu einem spekulativ zusammenfassenden Monismus, einer Alleinheitslehre, der sich in seinen früheren geschichtsphilosophischen Versuchen spüren ließ, auch in dem letzten, erst aus seinem Nachlaß herausgegebenen Werk hervor, in dem er die Summe seiner Lebensarbeit ziehen wollte. Er nennt es »Dynamische Stofflehre; allgemeine Bewegungstendenzen und ewiger Kreislauf des himmlischen Lebens«. Die Betrachtung schweift da von dem Mechanismus und der organischen Welt immer wieder in die Sphäre menschlicher geschichtlicher Entwicklung hinüber, in dem ihm nun die Eigenart der Rassen, insbesondere der jüdischen, als entscheidend wichtiger Faktor erscheint.

Dem Judentum, das ihm in den Jahren seiner sozialistischen Frühzeit als ein von dem Entwicklungsgang überholtes, einseitig eingeengtes Volkstum galt, hat sich später neben dem Sozialismus und den Naturwissenschaften Heß' ganze Liebe zugewandt. Zlocisti feiert ihn als einen Bahnbrecher der zionistischen Ideen. Die Nachricht über die Judenverfolgung von Damaskus im Jahr 1840, die alarmierend auf die europäischen Juden wirkte, gab Heß den ersten Anstoß sich mit den Schicksalen und Fragen seines eigenen Stammes eingehend zu beschäftigen. Später zu Beginn der fünfziger

Jahre trat er zu der in Paris gegründeten Alliance Israélite in engere Beziehung. 1862 publizierte er sein Buch *Rom und Jerusalem*, in dem er seine Rassen-theorie entwickelt, die aber, weil von jedem überheblichen Nationalismus frei, keineswegs in innerm Widerspruch zu seinem sozialistischen Standpunkt steht. Er vertritt dort den damals noch ganz unerhörten Gedanken der Gründung eines neuen Judenstaats, der die überall hin versprengten Elemente Israels wiederum zur Einheit binden sollte. »Bei den Juden noch mehr als bei Nationen, die auf ihrem eignen Boden unterdrückt sind, muß die nationale Selbständigkeit jedem politischen Fortschritt vorangehen. Ein gemeinsam heimatlicher Boden ist für sie die erste Bedingung gesunder Arbeitsverhältnisse. Der gesellige Mensch bedarf zu seinem Gedeihen und Fortkommen eines weiten, freien Bodens, ohne den er zum Schmarotzer herabsinkt, der sich nur auf Kosten fremder Produktionen ernähren kann.« Nur in Palästina läßt sich ein solches Gemeinwesen errichten, nur dort wird der Jude auf eigener Scholle auch wieder Ackermann werden. Wie in Heß' Messiasglauben an die Erlösung der Menschheit durch den Sozialismus, so spiegelt sich in diesen seinen späteren zionistischen Gedankengängen zugleich ein Erbteil seiner Rasse, etwas von dem unerschütterlich vertrauensstarken Idealismus alttestamentarischen Prophetengeistes wider.

Neuausgaben Genosse Paul Kampffmeyer hat eine 1889 in Max Schipfels Berliner Arbeiterbibliothek veröffentlichte, längst vergessene Broschüre *Paul Fischers* (eines damals jungen Chemikers, der, wenn ich nicht irre, dann nach Amerika auswanderte), erweitert unter dem Titel *Volkstümliche Einführung in das Marxstudium* herausgegeben (Berlin, Buchhandlung Vorwärts). Ein glücklicher Griff. Fischer hat die allgemeinsten Grundgedanken der Marx'schen Wertlehre klar herausgeschält und mit ungemein eindringlich klarer Popularität zur Darstellung gebracht. Die von Kampffmeyer hinzugefügten Abschnitte über Marx als Soziologen und Historiker, über die Marx'sche Denkmethode, über Mehrwerttheorie und kapitalistischen Zusammenbruch, das gleiche lichtvolle Gepräge tragend, bilden mit dem Fischerschen Text vereinigt, eine Einführung ins Kapital, wie sie auf dem beschränkten Raum von 47 Seiten zweckmäßiger nicht zu denken wäre. Hoffentlich findet das Schriftchen, trotz der

jetzt in so weiten Parteikreisen herrschenden Gleichgültigkeit gegen alles Theoretische, doch eine hinlängliche Zahl von Lesern, denen es um Selbstverständigung zu tun ist.

Sehr zu begrüßen ist auch, daß die sernerzeit von Karl Kautsky und Eduard Bernstein unter Heranziehung anderer Mitarbeiter herausgegebene Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen, oder doch Teile des Sammelwerks unter dem Titel *Vorläufer des Sozialismus* herausgebracht werden (Berlin, Buchhandlung Vorwärts). 2 Bändchen, das 3. und das 4., sind im handlichen Format der frühern Dietz'schen Internationalen Bibliothek bereits erschienen; jenes, von einem Vorwort Kautskys eingeleitet, enthält dessen wertvolle Studie über Thomas Morus, nebst 2 Aufsätzen des verstorbenen Paul Lafargue, über den Italiener Thomas Campanella und den Jesuitenstaat in Paraguay; das 4. eine Abhandlung Hugo Lindemanns über den französischen Sozialismus im 17. und 18. Jahrhundert, die die sozialen Hintergründe sehr eindrucksvoll und markant beleuchtet, und eine anschaulich lebendige Darstellung der kommunistischen Gemeindegründungen in Nordamerika aus der Feder Morris Hillquits.

Kurze Chronik Von einer allgemeinen Studentenversammlung in Leipzig ist die Anregung ausgegangen die Handelshochschule in den Universitätsbetrieb aufzunehmen und aus staats-, volks- und betriebswissenschaftlichen Fächern der Philosophischen Fakultät eine neue ständige *Volkswirtschaftliche Fakultät* zu schaffen. Auch wurde die Forderung erhoben einen Doctor rerum mercantium einzuführen. ◊ Der Nachfolger Herkners in Zürich *Heinrich Sieveking* ist einem Ruf als Nachfolger Rathgens auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte in Hamburg gefolgt. ◊ In der Philosophischen Fakultät der Universität Beriin *habilitierte* sich Charlotte Leubuscher, die Assistentin Herkners, für Staatswissenschaften; ihre Antrittsvorlesung behandelte die Kapitalsüberfremdung der deutschen Industrie. An der Universität Würzburg wurde der Münchener Rechtsanwalt Ludwig Daniel Pesl als Privatdozent für Wirtschaftswesen zugelassen. ◊ Am 16. Februar beging *Karl Bücher* seinen 75. Geburtstag, der vom Institut für Zeitungskunde in Leipzig gefeiert wurde. Diesem Institut wurde aus diesem Anlaß die aus dem Jahr 1909 stammende *Karl Bücher-Stiftung* überwiesen.

Literatur

Ein Schriftchen *Eduard Bernsteins Der Sozialismus einst und jetzt* /Berlin,

Buchhandlung Vorwärts/, das aus Vorlesungen entstanden ist, die der Verfasser 1921 an der Berliner Universität gehalten hat, führt in gedrängter Kürze und doch sehr instruktiv unter Heranziehung reichen Tatsachenmaterials und historischer Exkurse in den Kreis der Anschauungen ein, die Bernstein in seiner revisionistischen Kritik des Sozialismus seit Ende der achtziger Jahre stets vertreten hat. Treffend wird unter anderm die große Rolle, die das naturrechtliche Denken in der ganzen geschichtlichen Entwicklung wie in dem utopistischen Sozialismus gespielt hat, hervorgehoben, und das so oft mißverständene Verhältnis der Marx'schen Wert- und Mehrwertstheorie zu dem modernen Sozialismus klargelegt. Weitere Abschnitte erörtern die Verschiebungen, die sich in der ökonomischen Struktur sowie in den gesamten staatlich-politischen Verhältnissen seit der Zeit der Entstehung des kommunistischen Manifests vollzogen haben, die Bedeutung des Parlamentarismus und den ungeheuerlichen Dilettantismus des bolschewistischen Diktaturprogramms, von seiner Ausführung ganz zu schweigen. Der Ausblick, den die abschließenden Ausführungen in die Zukunft werfen, zeigt den bei aller kritisch abwägenden Vorsicht doch unentwegt aufrechten und hoffnungsfreudigen Optimismus des Verfassers, der sich durch keine noch so deprimierenden Erscheinungen der Gegenwart in seiner Gesamtauffassung irgendwie beirren läßt.

◊ In 2 neueren Broschüren werden die praktischen Versuche des Kommunismus behandelt: von *Michael Tugan-Baranowskij* (Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit /Gotha, F. A. Perthes/) und *Robert Liefmann* (Die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika /Jena, Gustav Fischer/). Liefmann, der mehrere Jahre vor dem Krieg an Ort und Stelle Nachforschungen angestellt hat, berichtet insbesondere über die Schicksale der Hutterischen Brüder, einer mehrere Jahrhundert alte, in Kärnten gegründeten kommunistisch-religiösen Sekte, deren Anhänger vor etwa 50 Jahren in Amerika eine sich gut behauptende kommunistische Niederlassung gründeten. Tugan ergänzt die Schilderung der amerikanischen kommunistischen Kolonien durch die sehr interessante Geschichte eines vor ein paar Jahrzehnten in Rußland unternommenen Versuchs.

Hygiene / Georg Wolff

Blaschko † Am 27. März ist in Berlin Alfred Blaschko, der hervorragende Dermatologe, an den Folgen eines Mastdarmkarzinoms gestorben. Blaschko war zugleich einer der namhaftesten Sozialhygieniker auf seinem engern Fachgebiet, der Hygiene der Geschlechtskrankheiten. Seinen internationalen Ruf als Dermatologe begründete er durch seine zahlreichen Arbeiten auf dem Gebiet der Hauterkrankungen, seine Studien über die Ätiologie und Pathogenese des Gewebeezems, seine zusammenfassenden Arbeiten über die Berufsdermatosen (in verschiedenen Handbüchern), seine Untersuchungen über die Lepra in Ostpreußen, die er seit 1896 an Ort und Stelle eingehend histologisch, bakteriologisch und soziologisch studierte, und noch viele andere Spezialforschungen. Die Zahl seiner Publikationen, die sein Sohn kurz vor seinem Tod zusammengestellt hatte, betrug etwa 250. Schon diese ungeheuer reichhaltige Forschertätigkeit in seinem engsten Fach hätte Blaschko für die akademische Laufbahn prädestiniert. Aber sein Hauptwerk und -verdienst lag nicht einmal hier sondern auf dem viel umfassendern Gebiet der Hygiene der Geschlechtskrankheiten, deren Bearbeitung ihn in seinen letzten Jahren fast ausschließlich beschäftigte. Bereits in seinen Studien über die Lepra, die zur Grundlage für die 1897 in Berlin abgehaltene Leprakonferenz und für die Maßnahmen der Regierung gegenüber dieser im Mittelalter gefürchtetsten (und durch strenge Absperrung wirkungsvoll bekämpften) Infektionskrankheit wurden, hatte er sein besonderes soziologisches Interesse bewiesen; es trat noch weit mehr in seinen späteren Studien über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, die Hygiene der Prostitution und in seinem letzten zusammenfassenden Werk (Hygiene der Geschlechtskrankheiten, in Weyls Handbuch der Hygiene /1920/) zutage. Als der mutige Vorkämpfer der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, deren Schriftführer und später Vorsitzender er nach Albert Neissers Tod wurde, setzte er sich unentwegt für eine moderne Auffassung des für die Hygiene so wichtigen Problems der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein. Er erzwang schließlich die Abschaffung der Ausnahmebestimmungen, die lange Zeit in den Krankenhäusern und sogar in der Krankenversicherung eine erfolgreiche Behandlung der Geschlechtskrankheiten

unmöglich gemacht hatten; er trat immer wieder für die Aufhebung der ebenso unwürdigen wie zwecklosen Reglementierung der Prostitution ein, indem er statt einer polizeilichen eine sanitäre Überwachung und Behandlung forderte, und hatte endlich nach dem Zusammenbruch 1918 die Genugtuung, daß der im wesentlichen von ihm herrührende Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der in vielen Punkten seinen Geist verrät, nach vieljähriger Verschleppung dem Parlament vorgelegt wurde.

Blaschko, dieser weitschauende Facharzt und Hygieniker, der nicht nur auf seinem engsten Gebiet zu Hause war sondern auch die großen Fragen der allgemeinen Hygiene im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Struktur unserer Zeit zu würdigen verstand, war, wie kein anderer seines Spezialfachs, berufen der Erzieher und akademische Lehrer der Studierenden zu sein. Er stand aber außerhalb der akademischen Zunft, hatte seine Kenntnisse wesentlich eigener Initiative und Arbeit zu verdanken, und konnte daher ebensowenig wie Carl Ludwig Schleich, der ihm befreundet und im Tod unmittelbar vorangegangen war, die Würde des Universitätslehrers erreichen. Politische und "konfessionelle" Gründe traten bei Blaschko noch besonders erschwerend hinzu, da er Sozialdemokrat und Jude war. Der Ausschluß dieser beiden bedeutenden Forscher von der Universität geschah allerdings mehr zu deren und ihrer Jünger Schaden als zu ihrem eigenen Nachteil. Blaschko gewann auch ohnedies internationales Ansehen als dermatologischer Spezialist wie als Sozialhygieniker der Geschlechtskrankheiten.

Auch die Sozialistischen Monatshefte haben in Blaschko, der ihnen seit ihrer Gründung (als Sozialistischer Akademiker) im Jahr 1895 nahestand, einen Freund verloren, dessen Andenken bei ihnen unvergessen bleiben wird.

Berufskrankheiten; Meldepflicht Das Frankfurter Institut für Gewerbehygiene richtete mittels eines neu ausgearbeiteten Fragebogens eine Umfrage an sachverständige oder besonders interessierte Einzelpersonen und Verbände (Gewerbehygieniker, Techniker, Verwaltungsbeamte, Industrielle, Gewerkschaftsverbände), um ihre Stellungnahme zu der schon seit langem ventilierten Frage der Melde- und Entschädigungspflicht bei Berufskrankheiten zu erfahren. Es ist höchste Zeit diese Frage endlich einer

Entscheidung nahezubringen. Der Fragebogen wurde von einer Reihe der bekanntesten Gewerbehygieniker aus Theorie und Praxis, namhafter, als Ärzte oder Verwaltungsbeamte in diesen Problemen erfahrener Wissenschaftler, von gewerkschaftlichen Arbeiterverbänden (längst nicht allen) und einigen Berufsgenossenschaften beantwortet. Auffälligerweise sind unter den Beantwortern die Unternehmerkreise nur durch die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt am Main und den Verein deutscher Bleifarbenfabrikanten in Köln vertreten. Da anzunehmen ist, daß man sich mit der Umfrage auch an eine größere Zahl industrieller Werke gewandt hat, scheint man in diesen Kreisen noch immer zu glauben, man könne eine unaufhaltsame Entwicklung durch Nichtbeachtung aufhalten, oder man steht vielleicht auch Fragen der Arbeiterhygiene, die scheinbar mit der wirtschaftlichen Rentabilität nur lose zusammenhängen, gleichgültig gegenüber. Tatsächlich wird allerdings jedes wirtschaftliche Unternehmen um so leistungsfähiger, je stärker das einzige Kapital der Arbeiterschaft, die Gesundheit, durch Schutzmaßnahmen gesichert ist. Es sei hier nur an die vorzügliche Ausbildung der Gewerbehygiene in England erinnert, wo schon seit den Jahren 1906-1907 die meisten Gewerbekrankheiten ebenso wie die Unfälle entschädigungspflichtig sind. In Deutschland hat der mustergültige Ausbau aller Arbeiterschutzeinrichtungen bei den großen Werken des Elektrizitätskonzerns und den Zeißwerken deren Rentabilität nur gesteigert. In diesem Sinn darf auch ein richtig angewandter Taylorismus als wissenschaftliche Betriebsführung im Interesse der Arbeitnehmer wie in dem stets gleichlaufenden der Arbeitgeber durchaus begrüßt werden. Freilich muß in Deutschland, das in diesem Punkt allen Kulturstaaten (Schweiz, England, Holland, Frankreich, Amerika) nachhinkt, zunächst die Melde- und Entschädigungspflicht der Berufs- und Gewerbekrankheiten schleunigst nachgeholt werden; denn es ist eine offenkundige soziale Ungerechtigkeit, daß bei einem Berufsunfall, etwa einer Quetschung oder einmaligen Arsenvergiftung durch Arsen-dämpfe, eine angemessene Entschädigung gezahlt wird, während einer, der jahrelang an den Folgen einer chronischen Bleivergiftung oder einer Gehörsschädigung leidet, leer ausgeht. Es ist klar, daß man endlich nach dem Beispiel der anderen Länder die Versicherungspflicht bei sämtlichen Gewerbekrankheiten, nicht

nur bei einzelnen, einführen müßte, in zweifelhaften Fällen kann man ja stets der Ursache der Erkrankung nachgehen. Auch ist das psychologische Moment hier nicht zu unterschätzen: Die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer wüchse zweifellos, wenn sie bei allen Betriebschädigungen, akuten wie chronischen, durch versicherungswirtschaftliche Maßnahmen geschützt wären, und damit wiederum die Rentabilität der Unternehmungen.

E. Francke /Frankfurt/ und Bachfeld /Offenbach/ sammelten die Antworten auf die Umfrage des Frankfurter Instituts in einer kleinen Broschüre Die Meldepflicht der Berufskrankheiten, die als 6. Heft der Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene /Berlin, Julius Springer/ erschienen ist, und verarbeiteten sie in 2 Gutachten. Abgesehen von Abweichungen der befragten Sachverständigen in Einzelheiten, kann als Gesamtergebnis festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrzahl sich rückhaltlos für Erweiterung der Melde- und für Einführung der Entschädigungspflicht als deren notwendiger Folge ausgesprochen hat. Freilich ist prinzipiell nicht zu verstehen, warum zunächst nur die gewerblichen Vergiftungen für melde- und entschädigungspflichtig erklärt werden sollen, wie der andere Referent, Francke, vorschlägt, oder sogar nur einige davon, wie andere Gewerbehygieniker (Koelsch und Curschmann) meinen. Solche Unterscheidungen würden dem Arbeiter unverständlich sein. Es müssen vielmehr in ein bald zu erhoffendes Gesetz über die Melde- und Entschädigungspflicht der Gewerbekrankheiten alle Berufskrankheiten einbezogen werden, wie der andere Referent, Bachfeld, in Anlehnung an die schon längst in anderen Industrieländern (England, Holland, Schweiz, Vereinigte Staaten) bestehende Einrichtung eines Listensystems der meldepflichtigen Erkrankungen vorschlägt. Die Liste muß natürlich von Zeit zu Zeit entsprechend der Ausdehnung der industriellen Betriebe revidiert werden. Wichtiger noch als das Listensystem, das unter Umständen immer noch zu einem formalen Schematismus führen kann, ist aber der prinzipielle Vorschlag, daß alle im Beruf erworbenen Krankheiten meldepflichtig sein sollen (der Nachweis dafür muß selbstverständlich in jedem Einzelfall mit aller Schärfe geführt werden). Das erfordert nicht so sehr die Anstellung von Landesgewerbeärzten, die immerhin als unabhängige Obergutachter und Verwaltungsbeamte

ihre Berechtigung haben mögen, als vielmehr eine gründliche Ausbildung der praktischen Ärzte auf dem Gebiet der Gewerbekrankheiten, sei es auf der Universität oder in späteren Fortbildungskursen. Denn in ihren Händen wird in erster Linie stets die Versorgung und verständnisvolle Beurteilung der in Gewerbebetrieben Erkrankten liegen müssen.

Bleivergiftung Ein spezielles Gebiet der Gewerbekrankheiten, vielleicht von allen das wichtigste, wird im 5. Heft der Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene /Berlin, Julius Springer/ behandelt; Die Frühdiagnose der Bleivergiftung. In 3 Referaten erstatten L. Teley /Wien/, jetzt Leiter der Sozialhygienischen Akademie in Düsseldorf, der Gewerbearzt H. Gerbis und der Hygieniker P. Schmidt, Leiter des Hygienischen Instituts der Universität Halle, auf Grund ihrer Erfahrungen Bericht über die Symptome der Bleivergiftung und ihr frühzeitiges Erkennen. Trotz allen Versuchen ist es auch heute noch nicht möglich das Blei in nennenswertem Maß aus dem Gewerbeleben auszuschalten. Um so notwendiger ist es daher dieses Gewerbegebiet, das in seiner Wirkung mit dem Quecksilber weitest und oft zu irreparablen Gefäß- und Nervenschädigungen führt, als Krankheitsursache so zu kennzeichnen, daß schon die Frühsymptome der Bleivergiftung eindeutig erkannt und die aus konstitutionellen Gründen besonders Gefährdeten aus allen Bleibetrieben ferngehalten werden. Darum betont Teley in seinem Schlußwort noch einmal besonders, daß die periodischen Untersuchungen der Arbeiter in Bleibetrieben, die schon heute gesetzlich angeordnet sind, nicht durch die vom Unternehmer eingestellten Fabrikärzte vorgenommen werden dürfen, die nicht gut gegen ihren Auftraggeber auftreten können, sondern durch behördlich angestellte Amtsärzte (Gewerbeärzte), die in ihrem Urteil völlig unabhängig sein müssen. Einen ähnlichen Standpunkt für alle im Maler- und Lackierergewerbe, also auch im Kleinbetrieb tätigen Arbeiter und Angestellten, soweit sie mit Bleifarben zu tun haben, vertritt der erfahrene Gewerbehygieniker und bayrische Landesgewerbearzt Franz Koelsch in seinen auf der Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands am 13. Juni 1921 in Frankfurt am Main gehaltenen und im Verlag des genannten Verbandes

gedruckten Vortrag Die Bleischädigungen im Maler- und Lackierergewerbe, der auch die gesetzlichen Verordnungen bis in die jüngste Zeit hinein berücksichtigt. Da nach Ansicht der Verbandsleitung bei dem kleingewerblichen Charakter des Malergewerbes die Durchführung wirksamer Schutzmaßnahmen sowie regelmäßige ärztliche Untersuchungen nicht möglich sind, fordert der Verband in einer, im Anschluß an den Vortrag angenommenen Resolution ein gesetzliches Verbot der Anwendung des am stärksten gesundheitsschädlichen Bleiweißes und der Bleimennige zu Innen- und Außenanstrichen. Ob diese radikalste Forderung, die natürlich vom rein hygienischen Gesichtspunkt aus die beste Lösung darstellt, technisch durchführbar sein wird, ist eine Frage, die der Hygieniker nicht beurteilen kann. Darum äußert sich auch Koelsch dazu sehr vorsichtig. Es wird auch hier erforderlich sein einen Kompromiß zu finden, der die Gesundheit der Arbeitnehmer genügend schützt, ohne daß man die Produktionsmöglichkeiten unterbindet.

Ebenfalls mit den gewerblichen Bleivergiftungen beschäftigt sich jüngst in Weyls monumentalem Handbuch der Hygiene /Leipzig, J. A. Barth/ der Regierungs- und Gewerberat Richard Fischer, jetzt Senatspräsident im Reichsversicherungsamt. Seine Ausführungen, respektive die seines Mitarbeiters Emil Körner, stehen in der 6. Abteilung des 7. Bandes, der die spezielle Gewerbehigiene umfaßt, und beziehen sich, nach einer Beschreibung der Pathologie der Bleivergiftung, mehr auf die gesetzlichen Schutzbestimmungen, die in den einzelnen Bleibetrieben getroffen sind oder noch getroffen werden müssen, und gehen daher mehr auf die Technik der einzelnen Betriebe ein. Denn nur, wenn er diese kennt, wird auch der Arzt die Maßnahmen richtig beurteilen können, die zum Schutz der verschiedenen Kategorien der Bleiarbeiter nötig sind. Im gleichen Teil des Buches sind auch die anderen Metalle, die als Gewerbegifte eine Rolle spielen (Kupfer, Zinn, Silber, Arsen, Antimon, Mangan, Nickel, Zink, Chrom, Quecksilber), sowie die Portlandzementfabrikation und die Herstellung der künstlichen Düngemittel mit steter Bezugnahme auf die Hygiene der Fabrikbetriebe besprochen. Es entspricht der Auswahl der Mitarbeiter (Gewerberat Carl Jantzen /Bochum/, Gewerbeassessor Emil Körner /Berlin/, Gewerberat Egon Zäuner /Erfurt/), daß in der Gesamtdarstellung neben der Hygiene

der einzelnen Betriebe die Fabrikationstechnik stets berücksichtigt ist. Dadurch gewinnt die Darstellung für den Arzt, der sich über die rein medizinischen Fragen auch in medizinischen Nachschlagewerken unterrichten kann, ein besonderes Interesse.

Das trifft noch in erhöhtem Maß für die nächste Abteilung des Werkes (7. Band, 7. Abteilung) zu, in dem die organischen Zweige der chemischen Großbetriebe von dem gleichen Herausgeber Fischer, zusammen mit dem Gewerberat Martin Schalk /Küstrin/ und dem Geheimen Regierungsrat Stephan Poerschke /Berlin/ abgehandelt werden. Ausführlich wird hier die Hygiene der Erdöl-, der Leuchtgas-, der Teer-, der Teerfarben-, der Sprengstoffindustrie, der Industrie der Harze, Firnisse, Lacke und der Kautschukindustrie dargestellt. Auf die Schilderung des Fabrikationsprozesses, soweit der Hygieniker daraus seine Schlüsse ziehen kann, ist besonderer Wert gelegt worden. Ferner beschäftigen sich die Verfasser eingehend mit den Unfallverhütungsvorschriften in den einzelnen Betrieben. Das statistische Material über Erkrankungshäufigkeit und spezielle Gewerbekrankheiten ist dagegen in den verschiedenen Abschnitten ungleichmäßig wiedergegeben.

Gewerbehigiene

In diesem Zusammenhang muß auch die Arbeit des Regierungsrats im preussischen Wohlfahrtsministerium Alfred Beyer Gesundheit und gewerbliche Arbeit genannt werden, die in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ erschienen ist. Sie ist durchweg von modernem Geist erfüllt. Während die vorgenannten Schriften spezielle Abschnitte aus dem Gebiet der Gewerbehigiene behandeln, hat Beyers Arbeit mehr den Charakter einer Werbeschrift und nimmt prinzipiell zu den Fragen der Gewerbehigiene Stellung, soweit sie einer Neulösung bedürfen. So tritt er vor allem dafür ein, daß neben den lediglich technisch vorgebildeten Gewerbeinspektoren zur Begutachtung aller hygienischen Fragen des Industriebens hauptamtlich angestellte Gewerbeärzte in Funktion treten. Sie sollen zusammen mit den Gewerbeinspektoren die Fabrikhygiene überwachen und Sorge tragen, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter in deren eigenem Interesse wie in dem der Arbeitgeber geschützt werden. Darum fordert der Verfasser auch die Erweiterung der Meldepflicht und die Ent-

schädigung bei allen Berufskrankheiten (nicht nur, wie bisher, bei akuten Unfällen). Allerdings auch nach seiner Ansicht nur dann, wenn diese Schädigung einwandfrei auf die gewerbliche Berufsarbeit zurückgeführt werden kann. Er warnt vor einer schematischen Anwendung des Achtstundentags auf alle Berufsgruppen, die Schwer- und die Leichtarbeiter, die geistig und die vorwiegend physisch Arbeitenden. Sympathisch begrüßt auch seine scharfe Zurückweisung der Broschüre Staatsbiologie Jakob von Uexkülls /Berlin, Gebrüder Paetel/, in der dieser bekannte Biologe einer vorgefaßt einseitigen Denkweise zum Opfer gefallen ist und angibt die biologischen Gesetze vom Werden und Vergehen auf die Struktur des Staatslebens anzuwenden, indem er das verlorene Spiel reaktionärer Kräfte zu rechtfertigen sucht und in nichtssagenden Gleichnissen politische Persönlichkeiten verdächtigt, die der Arbeiterklasse entstammen: eine Denkweise, die man einem Mann wie Uexküll nicht zugetraut hätte; hatte er doch in seinen früheren biologischen Schriften manche treffende Bemerkung über die allzu naturwissenschaftliche Denkrichtung in der Biologie gemacht.

Kurze Chronik Wie in New York, so wird jetzt dank der amerikanischen Rockefellerstiftung, die der britischen Regierung 2 Millionen Dollars überwiesen hat, auch ein *Hygieneinstitut in London*, in Angliederung an die Universität, eingerichtet werden. Es soll der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der gerichtlichen und industriellen Medizin dienen. ◊ In Davos wurde die Gründung eines Forschungsinstituts für *Hochgebirgsphysiologie* und Tuberkulose beschlossen, das die bahnbrechenden Klimaforschungen des dortigen Professors Dorno systematisieren soll; daneben werden auch bakteriologische, pathologische und biologische Studien zur weiteren Erforschung der Tuberkulose betrieben werden. ◊ Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat der Landesversammlung eine Denkschrift über die Forderung von *Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung* vorgelegt. ◊ Der Göttinger Professor *Oskar Bruns* ist zum Direktor der Medizinischen Poliklinik der Universität Königsberg als Nachfolger J. Schreibers ernannt worden. ◊ Der Assistenzarzt der Chirurgischen Klinik an der Universität Heidelberg *Karl Kleinschmidt* *habilitierte* sich dort mit einer Probevorlesung über die Blutgefäßchirurgie.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lyrik

Bewundernswürdig ist die Eintönigkeit, mit der *Karl Bröger* und *Max Barthel* ihr poetisches Lebenswerk fortsetzen. Nachdem sie in den Zeiten der Kriegserregung für viele Stimmungen des Aufschwungs und der Niedergeschlagenheit ein erlösendes Wort gefunden hatten, erlosch das Feuer in ihnen. Oder es loderte nur schwächer in ihnen, es war eine alltägliche Herdflamme geworden. Sie gewöhnten sich an eine gereimte Sprache des Zuredens, mit der sie ihren Mitbürgern in das Gemüt dringen wollten. So ist an die Stelle der Inspiration der Eifer getreten. Die neuen Gedichtbände *Barthels* heißen *Arbeiterseele* /Jena, Eugen Diederichs/ und *Die Faust* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/, *Flamme* heißt der Band *Brögers* /Jena, Eugen Diederichs/. Die Titel wechseln, aber es bleibt nur die gleiche, rhythmisch stark bewegte Gesinnungslirik. Denn es sei gesagt, daß diese Männer als stärksten Teil ihrer Begabung die ungeheure Ensigkeit und Treue zur Sache der Weltverböschung und Freiheit nur behalten haben. Der künstlerische Reiz, der auch sehr stark einstmals von ihrer Dichtung ausging, ist ziemlich verblaßt. Man spürt allerorten die Absicht des Überredens. Nichts wird im unklaren gelassen, genau so wie bei einer gut überlegten, wohlwogenen Predigt. Aber gerade dieses seltsame Dunkel, das dem hohen Talent beigegeben ist, läßt sich nicht mehr finden. Mag eine Dichtung politischen Charakter zeigen, mag sie der Übersinnlichkeit des Göttlichen feiernd begegnen, diese Eintracht mit dem Himmel darf nicht fehlen, so fern beim bewegten Lesen die tiefere Erbauung geweckt werden soll. Diese Erbauung, die sich bis zur Erschütterung steigert, entfacht sich bei dem russischen Gedicht *Die Zwölf* von *Alexander Blok*. Ein Lyriker, dem westliche Prosodik und Formsprache nicht fremd waren, hat das gedrungene, knappe, im Soldatenmarschtempo, sogar im Gossenjargon geschriebene Epos der russischen Revolution geschrieben. Es wird der nächtliche Zug der Rotgardisten geschildert. Die Büchse knallt, Blut fließt. Es fallen Opfer. Die Offiziersdirne, die Soldatendirne wurde, liegt im Schnee. Schwarze Nacht und weißer Schnee. Das ist der Widerklang. Der "Burju", der hungernde Hund, Leidensbrüder, schlottern unter dem fahlen Laternen-

licht. Aber Jesus Christus selber schreit durch Moskau, indem er die rote Fahne schwingt. Er schreitet in der gleichen Haltung, die einstmals der Heiland einnahm, als er das Kreuz zur Richtstätte trug. Das ist ein tragischer Schluß dieses Gedichts. Er bewirkte, daß zwei Parteien den Sinn und die propagandistische Bedeutung dieser wirklich eindrucksvollen, eine mächtige Manifestation bedeutenden Volksstrophen umstritten. Die einen sahen die Ablehnung der Revolution, die anderen lobten den Herold des Bolschewismus (der damals mit dem Anspruch auftrat die Revolution durchzuführen, und dessen konterrevolutionärer Charakter ja übrigens auch heute von der Mehrzahl der Sozialisten noch nicht erkannt wird). Es scheint, daß Alexander Block den Offiziellen verdächtig war. Sie verweigerten ihm daher die Ausreise nach Finnland. Er mußte an Entkräftung und Schwindsucht in Rußland sterben. Er war zweifellos eine sehr starke Begabung. Er hat zweifellos in einer sehr knappen Vision, die nur dem Gesegneten zuteil wird, die Trauer und den Terror dieser Revolution zusammengefaßt. Neugierig und erschrocken blickt der europäische Zuschauer auf dieses Bild. Der Newaverlag in Berlin bringt die Verdeutschung des Werks durch Wolfgang E. Groeger und Zeichnungen dazu von W. N. Masserlin. Es sind furchtbare Verzerrungen des Zeichenstifts. Die Gliedmaßen der Menschen werden symbolisch ins ungeheure vergrößert. Ist alles in dieser "bolschewistischen" Kunst nur Plakat? Wir wissen nur sehr wenig davon, obwohl wir von allerhand Einführungen und Aufklärungen überschwemmt werden. Wir wissen nur, daß die dichterische Synthese zwischen Karl Marx und Jesus Christus versucht wird. Aber dieser heftige und leidenschaftliche Kampf der Gedanken und Überzeugungen wird niemals ausreichen, um die Wirrnis zu klären. Die Spiegelung dieser Wirrnis ist die Dichtung Alexander Blocks. Sie ist darum so wichtig. Die Form, eine Form des kurzen, abgerissenen, frech gereimten Verses, hat sich dem Dichter natürlich ergeben. Das Literatentum hört auf, das einstmals in Block nicht schwach gewesen sein mag, als er ein Dichter im Strom des Kulturellen gewesen ist. Kommt man aus dieser Blockschen Welt, die wirkliche Neuschöpfung ist, dann geht eine unendliche Müdigkeit, der Atem eines erzwungenen Poetentums von dem deutschen Österreicher *Albert*

Ehrenstein und seiner Wildheit aus. Und trotzdem ist Ehrenstein wahrhaftig ein Ungeberdiger gewesen. Er war ein Kriegshasser, er war ein Revolutionär gegen das Bürgerliche, er war ein Rebell gegen abgegriffene Religiosität, gegen die er eine leidenschaftliche Menschenmoral aufstellte. Und er verblüffte in mehreren Bänden seiner Lyrik. Da er jetzt alles sammelt und bescheiden den behäbigen Band Die Gedichte betitelt /Wien, Eduard Strache/, wird eine merkwürdige Blutsverwandtschaft des die Banalität hassenden Ehrenstein mit dem Wiener Feuilletonismus offenbar. Er stellt viele seiner Gedichte auf den Gegensatz des Rhetorischen, er liebt das Wortspiel, nicht mehr das Sinnspiel, das heineisch war, und das hauptsächlich in Wien zum Kalauer verdorben wurde. Er kann sich darauf berufen, daß seine Anbetung des Antiken ein höchst origineller Kulturspuk sei. Aber die Originalität sitzt nicht recht. Es gibt eine Haltung zu den großen Dingen der Vergangenheit und zu den zärtlichen Dingen der Empfindung, die Sünde ist. Zerrissen wird die Form, die der Wildheit der Gesinnung ebenbürtig sein soll. Man ist überrascht, daß *Berta Lask*, die alte Maße und Klänge gebraucht, eine beträchtliche Rebellion des Gemüts entfaltet. Es kocht in dieser Dichterin, aber es gestaltet sich auch in ihr (Rufe aus dem Dunkel /Berlin, Buchverlag der Arbeiterkunausstellung/). *Milder*, philosophischer, aber keineswegs trockener dichtet *Elisabeth Janstein*, die gewiß eine Epigone ist (Die Landung /München, Dreimaskenverlag/). Aber sie hat es zu einer großen Sicherheit in dem Gebrauch wohlgeprobter Formen und Bilder gebracht. Es ist beste Kultur in ihr, fast eine Gebundenheit und Straffheit, die selten weiblicher Lyrik innewohnt. *Isolde Kurz* und *Ricarda Huch*, beide Kulturdichterinnen edelster Prägung, gehören zu solchem Geschlecht. Gegen diese stattliche Kraft sticht *Charlotte Landen*, die ein Bändchen Frühsummer zusammensingt /Köln, Salmverlag/, bleich und blutarm ab. Ihre Geisteschwester heißt *Erika Terziel*, die ihre Lyrik als Erste Fahrt ausgibt /Köln, Salmverlag/. Das Laster dieser Frauen wird bei *Peter Wiemar* nicht heiliger oder erfreulicher. Sein Buch der Liebe mit dem Obertitel *Madonne* /Wiesdorf, Neuer Hofverlag/ ist Werk eines Mannes, der sich nur selbst überschätzt. Man erinnere nicht an italienische Kanzoneen, wenn man nur ein Bänkler ist. Gedankenarmut, die überall borgt.

Gedankenreichtum, der sich nirgends bergen kann, ist der Charakter der Dichter *Friedrich Sieburg* und *Ernst Weiß*. Sieburgs Gedichte *Die Erlösung der Straße /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/* finden nicht den Ausdruck für die große Mannigfaltigkeit der Beobachtungen, die er fassen kann. Das Versöhnungsfest heißt der Lyrikband des im Gebiet des Erzählenden sehr mutigen und bunten *Ernst Weiß /München, Georg Müller/*. Wer sich erschüttern und warnen lassen will, der mag bei *André Suarès* nachlesen, wie er an der Gestaltungskraft der deutschen Dichter verzweifelt (*Poète tragique /Paris, Emile-Paul Frères/*). Nur der Süden gestaltet, aber all die im Norden wurden erdrückt von der Ideenfülle, die in ihre Köpfe gepfercht ist. Nun, diese Psychologie des Poetischen ist, sofern man ins Skandinavische hinüberschaut, bedenklich blind. Es stimmt auch nicht für den gerechten Beobachter, daß in Frankreich allein der Ausgleich zwischen Form und Gedanken stattgefunden hat. Wahr ist vielmehr, daß eine seltsame Verwandtschaft zwischen den abstrakten deutschen Dichtern Sieburg und Ernst Weiß und manchem West- und Südländer besteht. Es muß solche Berichtigung nicht gerade ein Vorwurf sein. Sie ist aber die Betonung der Wahrheit. Da *Claire Goll* eine Anthologie jüngster *amerikanischer* Lyrik herausgegeben hat (*Berlin, S. Fischer/*), läßt sich diese Verwandtschaft noch weiter umreißen. Verhaeren hat in Belgien und für ganz Europa gelebt. *Walt Whitman* dichtete als Amerikaner für ein Weltbürgertum, dem nicht vor den festen und flüssigen Grenzen der 5 Erdteile bangt. Der Amerikaner und der Belgier hatten ein Werk der Entdeckung auf sich genommen. Sie trieben eine Art Statistik, deren die Vielseitigkeit der noch unbekannteren Erde bedurfte, sofern sie nicht im Dunkeln bleiben sollte. Das heißt, *Whitman* und *Verhaeren* enthüllten lyrisch, was die großen Erzähler naturalistisch beschreibend schon getan hatten: die Großstadt, die Masse, die Fabrikschlote, die Prostitution sogar und die ansteckenden Krankheiten. Sie waren Statistiker gewiß, aber es gelang ihnen dieses Starre in Gang und Klang zu bringen. Der neue Rhythmus, der neue Reim entstand, obwohl der Deutsche das bei *Verhaeren* vergißt, wenn er *Stefan Zweigs* Verdeutschung liest, die Arbeit der ergebensten Freundschaft, aber auch die Arbeit der Verschleierung und des Verweichlichens. Nun geschah es, daß *Whitmans* und *Ver-*

haerens unzählige Gefolgsleute die Emigkeit des Auges und die Fülle des Herzens wohl spielen ließen, daß Meisternde aber, die Überlegenheit und die Gottesverwandtschaft, die sich in der endgültigen Form ausdrückt, blühten nicht sehr üppig. Die Strophen wurden Statistik, sie wurden nicht zum Bild und zur Musik. Die Amerikaner dieser Richtung, deren sich *Claire Goll* annahm, heißen *Edgar Lee Marters*, *Vachel Lindsay* und *Carl Sandburg*. Aber es tönt in ihnen noch ein Trappertum, das durch die Riesenstädte und Prärien schwirrt. Sie sind Pädagogen mit ihrer Dichtung, aber sie sind auch Vagabunden. Sie dichten überlegend, und sie dichten volkstümlich, grobschlächtig, unbesonnen, mit Gassenhumor gleich hinterher. Diese folkloristische Seite ihrer Begabung fesselt am meisten. *Goll* hat in ihre Sammlung auch Neger- und Indianerlieder aufgenommen und so gezeigt, wie die Neue Welt in das Völkerstammgewirr der Erde hineinsingt.

Russische Literaturgeschichte

Russische und deutsche Gelehrte sind emsig bemüht uns die geistigen Fundamente der russischen Literatur aufzubauen. Es ist die populäre russische Literaturgeschichte *Alexander Brückners* in der Sammlung *Götschen* zu verzeichnen. *Brückner* ist ein Slawist von großem Ruf. Seine Beherrschung des Stoffes gewährleistet uns die beste Übersicht. Dabei wird noch Raum gefunden, um in den beiden schmalen Bändchen die Physiognomien *Tolstojs* und *Dostojewskijs* anschaulich zu zeichnen und schnell in das literarische Dunkel der Bolschewistenzeit hineinzuleuchten. *Ernst Friedrichs* darf seine Russische Literaturgeschichte schon breiter anlegen (*Götha, F. A. Perthes/*). Er darf sich auf philologische und kulturelle Einzelheiten einlassen und versuchen das literarische Porträt der Klassiker hier und da zu ziselieren. Auf diese Art der Porträtierung legt *Alexander Eliasberg* den höchsten Wert. In »Einzelporträts« will er die russische Literaturgeschichte darstellen, das verheißt er in der Einleitung seines Werks (*München, C. H. Beck/*). Bisher war die russische Literaturgeschichte mehr eine Geschichte des Soziologischen und Politischen, das sich in die Dichtung eingepflanzt hat. Gewiß, keiner der großen russischen Dichter ist an diesen Problemen achtlos vorbeigegangen, aber der Europäer erfuhr nicht viel von der russischen Ästhetik bei alledem. Wie wenig ist zum

Beispiel in den Tagebüchern Tolstoj's und Dostojewskijs von den Fragen der reinen Kunstarbeit die Redel Die Technik dieser Genies, sogar die Fragen ihrer künstlerischen Inspiration, das alles sind Probleme, die der Nichtrusse schwer überblicken kann. Wir sind heute mit den Gedankengängen dieser großen Russen ziemlich vertraut. Alles aber, was ihre Ästhetik angeht, ist uns noch recht fremd. Da will Eliasberg eingreifen, indem er individualisiert. Er löst das dichtende Individuum nicht aus seiner Geschichte, er fühlt ihm aber näher an den Herzschlag. So kann Eliasberg besonders von der letzten Literatur-epoche, die er miterlebte, sehr Aufklärendes berichten. Im Gegensatz zu diesem isolierenden Betrachter studiert der Münchener Rußlandforscher *Karl Nötzel* die Dinge. Wenn er eine Einführung in den russischen Roman (München, Musarionverlag) gibt, dann nimmt er alle Mittel der Betrachtung zur Hilfe. Religionsgeschichte und politische Historie dienen ihm gleicherweise, großzügige Kulturbetrachtungen, die das 20. Jahrhundert nah an das 10. anknüpfen, das ist seine Art des Sehens. Die Perspektive, die alles zusammenzieht, ist natürlich sehr verführerisch. Denn es kommt eine Übersichtlichkeit in Dinge, die chaotisch und nicht zu entwirren schienen. So sehr ist unsere Teilnahme für das russische Geistesleben gestiegen, daß der Dreimaskenverlag es wagen kann auch *Quellenschriften* zur Beleuchtung der großen Erzähler deutsch zu drucken. Efraim Frisch erklärt Abhandlungen der Kritiker Belinskij, Dobroslubow und Pissarew. *Wissarion Grigorjewitsch Belinskij*, geboren 1811 und kaum 38jährig verstorben, ist der Mann mit dem nachhaltigsten Einfluß (siehe über ihn auch den Artikel Streltzo's, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911 II, Seite 849 ff.). Wenn die großen Erzähler, wenn selbst der beißende Gogol in ihren alten Tagen trömmelnd und unterwürfig freundlich zur regierenden Reaktionsmacht wurden, dann sorgte Belinskij dafür, daß diese Verhüllung und repräsentative Verbrämung des Rückschritts entschleiert wurde. Er hat 1848 an Gogol einen hochberühmt gewordenen Brief geschrieben, der diese Verdunkelung des heitern Geistes als eine beschämende Entartung nachwies. Dostojewski hat als junger Offizier diesen verbotenen und verfemten Brief gelesen, und dies Vergehen war eine Hauptursache seiner Verschickung nach Sibirien. Daß Dostojewski 30 Jahre später Gogol und nicht Be-

linskij, dem "Westler", rechtgab, ist sehr merkwürdig. Die Entwicklung Dostojewskijs bis in diese Finsternis der Gesinnung, bis in diese leidenschaftliche Ablehnung des Liberalismus und pom-pöse Anhänglichkeit zum synodalen Christentum und zaristischen Absolutismus ist eines der mächtigsten Kapitel aus der russischen Geistesgeschichte. Denn Dostojewski war doch der riesige Fanatiker der Menschenerforschung, der nicht nur um das gesunde und friedliche Menschenwesen wußte sondern Schuld und Sühne bis in das Mördergeheimnis hinein verfolgte. Und dieser so vielfältig, so allgerecht zerrissene Mann pries das pietistische und reaktionäre Priester- und Zarentum. Er war kein Mann des Kompromisses, wie etwa jener Graf Uwarow, der sich in Europa als milden Freund Goethes ausgab, und der auch in Weimar Lächeln und Aufnahme fand. Er war auch nicht von jener immerhin antiquarischen und professoralen Gelassenheit, die *Iwan W. Kirejewski*, einen der geistigen Urväter dieses Pietismus, auszeichnete. Durch Harald von Hoerschelmanns Vermittlerarbeit können wir auch in diesen Kopf hineinblicken. Dieser Historiker der Kirche und Dogmatiker war zuerst begeistert in den Berliner Hörsaal Hegels gepilgert. Die Vernünftigkeit des Hegelschen Gedankens, die dem Weltwesen Existenz verlieh, weil der Mensch überhaupt mit der Fähigkeit des ordnenden Grübelns begabt sei, sagte diesen Russen um 1840 außerordentlich zu. Es ließ sich mit Hilfe des Hegelschen Systems zunächst auch das zaristische Gottesgnadentum und die Geistlichkeit des Popen rechtfertigen. Aber Hegel ließ auch andere Ausdeutungen zu, wie bald die ersten Sozialisten erweisen sollten, und die Inspiratoren der russischen Philosophie wurden Schelling und die ihm hörigen Lehrer der romantischen Naturphilosophie. Da ließen sich Bibel, Schöpfungsgeschichte und schwer fesselnde Orthodoxenmoral leichter in eines schmelzen als mit den Hegelschen Begriffen. Die deutsche Abstraktion der Romantik wanderte in die russische Philosophie und Theologie ein. Schellingscher Naturmytizismus wurde dort auf das abergläubische Priestertum gepropft, und man meinte der modernsten Philosophie zu huldigen, indem man alles Denken in Dunkel hüllte. Man verkannte im Osten die deutsche Romantik. Diesen Irrweg aus der Geschichte des Gedankens kann man bei der Betrachtung dieser neu erschlossenen Russenquellen verfolgen.

Neuausgaben Obwohl heute die Gesamtausgabe der Heineschen Werke ein kostspieliges Unternehmen ist, wagt es der Verlag Hesse & Becker in Leipzig in 12 Teilen eine volkstümliche, aber doch sehr erfreuliche Heineausgabe auf den Markt zu bringen. Die Forscher Paul Beyer, Karl Quenzel und Karl Hanns Wegener sind die verantwortlichen Redakteure. Bilderschmuck, Einleitung, überall wissenschaftlich begründete Kommentare fehlen nicht. Es ist natürlich nicht zufällig, daß in diesen schwierigen Zeiten der Unzufriedenheit und des Leidens Heinrich Heine den Weimarerern vorgezogen wird. Er bietet mehr Trost und Stütze als die gefaßte und gehämmerte Klassik. Die Revolution, die aus ihm vulkanisch lebt, ist nicht nur der Aufstand der Jugend, sie ist vielmehr der Lebensinhalt Heines bis zu seinem Tod. Und Heine ist auch der Schilderer, nicht immer der preisende, aber immer der unterrichtende, des westlichen französischen Nachbarn. Heine wird immer wieder Zeitgeist. Er war es, prophetisch, in der Vergangenheit; er ist es, mahnend, in der Gegenwart; er wird es, umfassend, in der Zukunft sein. Darum können die Verleger immer wieder auf Erfolg rechnen, wenn sie ihn neu drucken. Aber über alle Zeithaftigkeit hinaus ist Heine die Fahrt zur Insel der neuen und ewigen Jugend, die Überwindung jeder Zeit, das Bimini, das wir erreichen, wenn wir nicht mehr sind. Das wichtigste Werk eines problematischen Rebellen, des *Johann Christian Günther* Deutsche Laute, gibt Hermann Wendel neu heraus /Berlin, Erich Reiß/. Wendel hat vor einigen Jahren ein ausgezeichnetes (vielleicht das beste) Buch über Heine geschrieben /Dresden, Kaden/. Was er jetzt für Günther tut, ist eine Arbeit der literarischen Nächstenliebe. Günther ist in den Literaturgeschichten verschrien als arger Vagabund, auch will man an seinen Gedanken und Formen nicht viel Gutes lassen. Der Dichter, der im 2. Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts seine reinen, unglaublich offenen, sehr klangvollen Seelenbeichten hinschleuderte, verdient aber eine treuere Teilnahme. Er war ein Draufgänger, aber er war auch ein geistiger Vorgänger. Der Freiburger Historiker der deutschen Lyrik Philipp Witkop hat das zum erstenmal hübsch klar gemacht, indem er an Goethes gewinnende Empfehlung erinnerte. Und Wendel schrieb nicht minder mit dem Herzen die Einleitung zu den Versen, die er auswählte.

Kurze Chronik Die Herdersche Verlagsbuchhandlung in Freiburg im Breisgau hat Preise von 25 000, 22 000 sowie 3 kleine von je 1000 Mark für einen Roman ausgesetzt, der einen Stoff der Gegenwart oder der Geschichte in künstlerisch wertvoller und handlungskräftiger Form meistert, ein Weltanschauungsbild vermittelt und im höchsten Sinn volkstümlich ist. Die Feuilletonzentrale der Schweizer Mittelpresse hat für Schweizer Schriftsteller ein Preisausschreiben für gute und spannende Erzählungen erlassen, die nationale Kräfte und Gefühle zu wecken imstande sind. Der Verein jüdischer Forscher, Schriftsteller und Künstler Haruach in Wien schreibt Preise zu je 1000 Mark für einen Roman oder eine Erzählung in hebräischer Sprache, für einen Roman oder eine Erzählung jüdischen Inhalts in deutscher Sprache, für ein wissenschaftliches allgemeinverständliches Werk aus dem Gebiet der jüdischen Geschichte in deutscher oder hebräischer Sprache sowie einen Preis von 750 Mark für eine abendfüllende Komödie in jüdischer Sprache aus; als Schlusstermin für die Einsendung ist der 15. Juli bestimmt worden. Die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft in Berlin hat eine Anzahl Preise für die beste deutsche Übertragung von 3 Gedichten Iwan Wasows ausgeschrieben. ◊ Für die diesjährige *Dichterkonkurrenz* in Tokio, an der Japaner aller Gesellschaftsklassen und beiderlei Geschlechts teilnehmen können, ist das Thema »Die aufgehende Sonne, die über die Wogen leuchtet« gestellt worden. ◊ Die *Kleistgesellschaft*, die am 4. März 1920 in Frankfurt an der Oder begründet wurde, brachte nunmehr ihr 1. Jahrbuch und eine Mappe mit allen Kleistbildnissen, die bis jetzt aufgefunden oder neuentstanden sind, heraus. ◊ Im Historischen Museum zu Moskau wurden nachgelassene Briefe und unveröffentlichte Manuskripte *Dostojewskijs* ausgestellt, die in Petersburger Archiven und in Georgien aufgefunden worden waren. In dem neuentdeckten Material befinden sich Entwürfe, die künstlerisch noch wertvoller als die berühmtesten der veröffentlichten Werke sein sollen. ◊ Der Tübinger Turm, in dem *Hölderlin* 36 Jahre gelebt hat, ist in Gefahr niedergehauen zu werden. Von der Tübinger Studentenschaft ist deshalb eine Sammlung ins Werk gesetzt worden, um bis zum Juli die zum Kauf notwendige Summe von 80 000 Mark aufzubringen, damit der Turm als Erinnerungsstätte erhalten werden kann.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Suaheli Das Suaheli ist die Verkehrssprache im größten Teil des ehemaligen Deutsch Ostafrikas. Über einige sehr wesentliche Seiten seiner soziologischen Funktionen unterrichtet eine Abhandlung B. Strucks in der Kolonialen Rundschau (Die Einheitssprache Deutsch Ostafrikas), die durch eine mehrfarbige Karte wirkungsvoll illustriert wird. An der Karte sieht man, wie das Suaheli sich allmählich als Verkehrssprache über den größten Teil der einstigen deutschen Kolonie ausgebreitet hat. An der ganzen Meeresküste und die Karawanenstraßen ins Innere entlang wird es gesprochen; ebenso am Ufer des Tanganyikasees und in den sonstigen Häfen der großen Grenzseen. Außerdem drängt sich überall da, wo die Bevölkerung sich infolge steigender Intensität des Wirtschaftsprozesses verdichtet, auch das Suaheli gegenüber den anderen Sprachen vor und gewinnt allmählich das Übergewicht über sie. Besonders lehrreich ist, wie diese Ausbreitung des Suaheli Hand in Hand mit der Ausbreitung der europäischen Kultureinflüsse ging, wobei fast immer der Islam als Schrittmacher des Europäertums auftrat. Weil der Islam es als Missionssprache benutzte, traten sogar lange Zeit hindurch die Missionskreise der verschiedenen christlichen Konfessionen der Förderung des Suaheli entgegen. Allmählich änderte sich das aber, so daß die christliche Mission sich endlich ganz gut mit der Ausbreitung der Suahelisprache abfand und sie schließlich sogar ihren Bestrebungen dienstbar zu machen suchte. Vom Standpunkt einer nicht konfessionspolitisch orientierten Kolonialverwaltung mußte man sich gegenüber der Ausbreitung des Suaheli von vornherein freundlicher stellen, weil im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltung des Schutzgebiets eine einheitliche Landessprache in hohem Grad wünschenswert war, und der Islam, der gegen kleine Sprachgebiete war, diesem Wunsch stark entgegenkam. Im Schlußabschnitt der Abhandlung weist Struck auf die Gefahr der Sprachabschleifung für das Suaheli hin, die es zu einer Pidgin-, zu einer europäisch-afrikanischen Mischsprache, machen könnte. Die europäische Macht, die das Gebiet verwaltet, hätte die dringende Pflicht das Suaheli durch geeignete Bildungsmaßnahmen vor dieser Abwärtsentwicklung zu schützen. Einsichtige Engländer (zum Beispiel H.

H. Johnston schon im Jahr 1903) haben auch diese Pflicht längst anerkannt. Ob die englischen Herren des Landes ihr auch in der Praxis nachkommen werden, muß die Zukunft lehren.

Sisalhanf Sisalhanf, die Blattfaser der Sisalagave, ist ein sehr wertvoller Rohstoff für die Herstellung besonders reißfester Fäden, Schnüre usw. Er ist gegenwärtig um so begehrter, als alle Arten Hanf auf dem Weltmarkt jetzt nur in ungenügender Menge vorhanden sind und von den Verarbeitern lebhaft gesucht werden. Schon vor dem Krieg war es, wie einem Artikel über Sisalhanf auf den südpazifischen Inseln von Thomas McMahon im Manchester Guardian Commercial vom 13. April 1922 zu entnehmen ist, nicht leicht sich dauernd Hanf irgendwelcher Art in gleichbleibend guten und großen Mengen zu verschaffen. Diese Schwierigkeit hat sich durch die Entwicklung, die die Weltwirtschaft seit 1914 erlitt, noch gesteigert. Deshalb ist es wichtig zu wissen, daß, wie der genannte, sehr sachkundige Artikel feststellt, für eine der wertvollsten Hanfarten: den Sisalhanf, die Erzeugung bedeutend ausgedehnt werden könnte. So könnte er auf den meisten englischen Inseln im südlichen Teil des Stillen Ozeans angebaut werden. Deren Temperatur ist genau die erforderliche, und der Regenfall reicht eben aus, um ein kräftiges Wachstum zu bewirken, ist aber auch nicht zu stark. Die Pflanze wächst, wenn sie auf diesen Inseln angebaut wird, ausgezeichnet und bleibt, da es nicht zu reichlich regnet, auch von Pflanzenkrankheiten einigermaßen frei. Hauptsächlich Neuguinea (Papua, wie die Engländer sagen), also eine bis vor wenigen Jahren zum großen Teil deutsche und heute noch zum Teil holländische Insel (übrigens noch ziemlich unerforscht), kann jetzt schon sehr gut gelungene Kulturversuche mit der Sisalagave aufweisen. Besonders die Australien zugewandte Küste ist dafür geeignet. Dort wird nur eine Art angebaut, die aus Florida und von den Bahama-Inseln stammt und in dem trockenen Klima geradezu üppig gedeiht. Tausende von Morgen sind dort bereits, besonders in der Umgebung der Hauptstadt Port Moresby, mit dieser Kultur bestanden. 9 Monate hindurch fällt dort so gut wie gar kein Regen, und dazu hat der Boden reichen Gehalt an Kalk. Für andere, zum Beispiel die Salomons- und die Fidschiinseln, gilt das selbe. Die Kultur

eignet sich für Ansiedler mit wenig Kapital, sie braucht nur geringen Geldaufwand. Die Bodenrodung ist billig, da andere Pflanzenarten auf diesen dünnen Kalkböden nicht recht wachsen. Die Agave pflanzt sich durch Stecklinge fort, die in den Kulturen selbst gewonnen werden. Die Arbeit der Eingeborenen ist billig, wenn sie auch viel Unständlichkeiten verursacht; sie ist nach Mc Mahon »nicht ohne ihre Unbequemlichkeiten in den mannigfachen Vorschriften der Regierung über Arbeitszeit, Verpflegung und Unterbringung«. Dafür ist die geleistete Arbeit aber im Durchschnitt gut. Mit 50 bis 60 "boys" können 1000 Acres (330 Hektar) in Kultur gehalten werden; nur zur Ernte muß man vorübergehend ihre Zahl auf 200 verstärken. Aus der Pflanze wird die Hanffaser durch Maschinen gewonnen, die von farbigen Arbeitern unter Aufsicht eines weißen Maschinenbetriebers werden können. Der Vorgang stellt sich im wesentlichen als ein mechanisches Hecheln der Blätter der Sisalagave dar, mit nachfolgendem Waschen und Trocknen, Klopfen und Schwingen sowie Pressen der fertigen Faser zu Ballen. Die Ausdehnungsfähigkeit der Kultur, zumal in Anbetracht des schier unerschöpflichen Vorrats an geeignetem Land, und der starke Bedarf an Hanf in der ganzen Welt sichern ihr eine große Zukunft.

Canada: Metallproduktion Die canadische Metallzeugung in den beiden letzten Jahren wird durch folgende Tabelle wiedergegeben:

Metall	Mengeinheit	Wert in Millionen Dollars	
		1920	1921
Gold	1000 Unzen	17,8	21,3
Silber	"	15,1	9,2
Kupfer	1000 englische Pfund	924	13 135
Nickel	"	53 462	53 462
Blei	"	61 336	19 293
Zink	"	35 954	67 146
		39 864	53 096

Der Wert der geförderten Metalle im ganzen betrug 1920 237,4, 1921 172,3 Millionen Dollars. Der Preiszusammenbruch macht sich also auch hier in hohem Maß geltend.

Britisch Indien: In der vorigen Rundschau (in diesem Band, Seite 383) wurde über den Versuch

der indischen Regierung berichtet eine Schutzzölle auf Textilwaren zu erhöhen respektive neu einzuführen. Inzwischen kam in Indien das Budget zur parlamentarischen Beratung. Dabei wurde in der Indian Legislative Assembly die Erhöhung des Zolls auf Tuche mit 68 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Der Grund liegt aber nach dem Manchester Guardian Commercial vom 23. März 1922 nicht etwa in einer Gegnerschaft gegen den Schutzzoll für diese indische Industrie, sondern in etwas ganz andern. Das Blatt schreibt darüber: »Die große Mehrheit der Mitglieder der Assembly wünscht eine gründliche Verminderung der Heeresausgaben der Regierung, die auf 62 Crores (etwa 41½ Millionen Pfund Sterling) berechnet werden und fast ebensoviel betragen wie alle anderen Regierungsausgaben zusammen. Sie fühlt, daß das Land zu arm ist, um eine so schwere Bürde zu tragen, und daß sie unnötig sein würde, wenn das Regierungssystem liberal genug sein würde, um Ruhe bringen zu können.« Der Regierungsvertreter für finanzielle Angelegenheiten versprach, daß das Sparsamkeitskomitee, dessen Einsetzung vorgeschlagen worden war, sich ebensowohl mit den militärischen wie mit den anderen Ausgaben würde befassen dürfen; doch die Assembly scheint es für sicherer zu halten nur so viel Einnahmen zu bewilligen, wie ihr notwendig dünkt. Deshalb wurden die Zölle auf Baumwollwaren, weil sie die einträglichsten sind, am heftigsten angegriffen. Deshalb wurde auch die Erhöhung der Salzsteuer abgelehnt. Das genannte englische Blatt, dem der gegen die Schutzzölle gerichtete Beschluß natürlich paßt, sagt dazu, die Regierung solle den Ausfall an Einnahmen durch möglichst große Sparsamkeit im Heereswesen wieder einbringen; wenn das nicht möglich sei, solle sie eine Anleihe aufnehmen. Das Blatt gibt zwar zu, daß ein solides Finanzwesen in erster Linie versuchen müsse das Budget ins Gleichgewicht zu bringen; aber wo es sich um Schutzzölle handelt, werden solche Grundsätze schleunigst preisgegeben. Die indische Regierung unterwarf sich dem Beschluß der Assembly. Dafür wird

sie im Manchester Guardian Commercial vom 30. März 1922 denn auch belobt; sie habe »sehr weise« gehandelt, sie »werde sich vorübergehend in Verlegenheit befinden durch die Unmöglichkeit das Budget in seiner endgültigen Gestalt ins Gleichgewicht zu bringen«, aber sie habe »auf jeden Fall das Prinzip festgehalten, daß Indien selbst zu bestimmen habe, welche Steuern in Indien erhoben werden sollen«: ein Prinzip, das dem Freihandelsblatt *jetzt* in den Kram passen mag, das sich aber unter Umständen in den Händen der britischen Freihandelschwärmer als eine sehr zweischneidige Waffe erweisen kann.

Algerien Im April fand in Algier eine Messe statt, die hauptsächlich dazu bestimmt war der Entwicklung des Verkehrs in Algerien zu dienen. Obwohl nämlich die französische Regierung und französische Kapitalisten Milliarden Francs in das Land gesteckt haben, ist bisher doch nur etwa ein Drittel seines anbaufähigen Geländes unter den Pflug und nur ein sehr kleiner Teil der Mineralschätze in Abbau genommen worden. Das hat seinen Grund eben in der noch ganz ungenügenden Entwicklung der Verkehrsmittel. Das Land ist so groß wie Frankreich, die Schweiz und Italien zusammen, aber es besitzt bis jetzt nur etwa 5000 Kilometer Eisenbahnen, das heißt ungefähr so viel wie die Schweiz allein gegenwärtig hat. Im Süden wird der Eisenbahnbetrieb durch die wasserlose Wüste fast zur Unmöglichkeit gemacht, im Norden hindert die stark gebirgige Beschaffenheit des Bodens den Eisenbahnbau. Die französische Regierung will den Verkehrsschäden mit Nachdruck zuleibe gehen, Nemours, Arzeu, Mostanagem, Tenc, Bougie und Collo zu modernen Häfen ausbauen, dadurch den Hafenverkehr dezentralisieren und die Errichtung von Motorverkehrslinien fördern. Algerien hat 5500 Kilometer Automobilstraßen, und deren Länge nimmt jährlich zu; an Baumaterial dafür fehlt es der Kolonie nicht. Zu Anfang des Jahres 1921 waren 8763 Automobile, 1317 Lastautomobile, 310 Motoromnibusse und viele Motorräder registriert, in den ersten 9 Monaten 1921 kamen 1368 neue Motorfahrzeuge hinzu. Die Mehrzahl lieferte Frankreich. Die Lastautomobile haben den großen Vorzug vor den Eisenbahnen, daß sie im Wüstengebiet ohne Maschinenwasser und mit leichtem Straßenunterbau auskommen, im Gebirgsland größere Steigungen bewältigen.

Die Ausstellung sollte auch den Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren propagieren. In der gleichen Richtung wirkt bereits die schnelle Ausbreitung des Genossenschaftswesens unter den landwirtschaftlichen Unternehmern.

Madagascar Die französische Kolonie Madagascar, die $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner zählt und deren Außenhandel vor dem Krieg den Wert von etwa 80 bis 90 Millionen Goldmark erreichte, ist eine lebendige Illustration dafür, in welchem Maß der Handel der Flagge zu folgen vermag. Nach der letzten Handelsstatistik kamen, dem Wert nach, von den eingeführten Waren 72% aus Frankreich, 5% aus französischen Kolonien, von der Ausfuhr gingen 75% nach Frankreich, 5% nach französischen Kolonien. In den letzten Jahren hat die industrielle Herstellung von Gefrier- und Büchsenfleisch bemerkenswerte Fortschritte gemacht, da der Krieg dauernden Absatz dafür in Frankreich schuf. 6 große Betriebe dieser Art sind jetzt in Gang. Im übrigen besteht die Ausfuhr hauptsächlich in Häuten, Speck und einigen Bergwerkserzeugnissen. Mit Ausnahme des im Süden gelegenen Wüstenstrichs erzeugen alle Teile der Insel Reis, der schon früher zuseiten und besonders neuerdings im Überschuß gewonnen und nach Südafrika, Réunion und Mauritius verfrachtet wurde. Zu dieser Entwicklung der Reiskultur haben die Vervollkommnung des Eisenbahnsystems und die Errichtung neuer Reisschälereien wesentlich beigetragen. Kohle, ungefähr von gleicher Qualität wie die Transvaals, und petroleumartiges Mineralöl werden an verschiedenen Stellen der Insel erhohrt, ebenso ist man auf Eisen, Blei, Zink, Kupfer und andere Mineralien gestoßen. Der Abbau steht freilich noch in den Anfängen. Dagegen ist die Ausfuhr von Graphit, zum Teil dank der durch den Krieg geschaffenen Konjunktur, von 19 Tonnen im Jahr 1909 auf rund 28000 Tonnen im Jahr 1917 gestiegen. Die Insel trägt also in wachsendem Maß zur Versorgung der Weltwirtschaft mit Gütern bei.

Südwestafrika Die Regierung der Südafrikanischen Union, die die Regierungsgewalt über das frühere Deutsch Südwestafrika ausübt, erließ Verfügungen, die durch Zollmaßnahmen die Einfuhr aus Deutschland nach der ehemals deutschen Kolonie so gut wie unmöglich machen. Es ist poli-

tisch bezeichnend, daß gerade die bei uns gern als deutschfreundlich angesehene Regierung Südafrikas solche Verfügungen erläßt. Wirtschaftlich muß es unsinnig erscheinen in dieser Weise einen niedergeschlagenen und noch dazu tributpflichtigen Kriegsgegner wirtschaftlich lahmzulegen. Um so mehr, als die selbe Regierung sich jetzt um Absatzgelegenheit für südafrikanische Erzeugnisse in Deutschland bemüht, deren ihr Land dringend bedarf. In Südafrika selbst ist über die Frage ein heftiger Kampf der einzelnen Interessengruppen unter einander entbrannt. Diejenigen, die nach Deutschland Waren absetzen wollen, wehren sich gegen die künstliche Schwächung der deutschen Kaufkraft, die in der Erschwerung seiner Ausfuhr liegt. Der Ausgang des Kampfs ist nicht voraussehen. Das der Südafrikanischen Union anvertraute Mandatsgebiet wird dabei in seinen eigenen berechtigten Interessen überhaupt nicht berücksichtigt. Seine Bevölkerung soll eben englische Waren konsumieren, ob sie will oder nicht. Wozu hätte man auch gesiegt, wenn man das eroberte Gebiet nicht ein wenig ausbeuten sollte, mag dies auch eine Niederhaltung produktiver Kräfte bedeuten?

Argentinien Der Vertrag zwischen Argentinien und Brasilien über die Entwicklung der Territorien Chaco und Misiones, über den in dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 384) bereits kurz berichtet wurde, ist nur ein Glied in einer Kette argentinischer Unternehmungen, die auf eine großartige einheitliche Versorgung gewaltiger Gebiete mit elektrischer Energie und Verkehrsanlagen hinauslaufen. Argentinien schloß den Vertrag mit Brasilien, weil es arm an Kohlen ist und für die eingeführte Kohle hohe Preise zahlen muß. Die wichtigste der großen Wasserkraftquellen ist eben der an der brasilianischen Grenze gelegene Rio Iguassu mit seinen mehr als 270 Wasserfällen. Der Ausbau dieser Fälle kann nach den bisherigen Feststellungen der Sachverständigen mindestens 150 000 Pferdekkräfte in der 1., 300 000 in der 2. Bauphase ergeben. Der Strom soll die Landeshauptstadt Buenos Ayres, die Gebiete nördlich von ihr bis zur brasilianischen Grenze, die Stadt Rosario usw. versorgen. Zunächst wären 12 Turbinen, davon 2 als Reserve, zu bauen. Aber diese Menge elektrischen Stroms kann *regelmäßig* nur 10 Monate im Jahr geliefert werden. Während der Trockenzeit sinkt die verfügbare Strommenge auf

drei Fünftel dieses Betrags herab. Deshalb müssen Reservedampfmaschinenanlagen gebaut oder Staudämme in den Lauf des Rio Iguassu eingeschaltet werden. Dazu bedarf es aber der Zustimmung Brasiliens; sie ist durch den erwähnten Vertrag gewonnen worden. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Beschaffung der Arbeitskräfte, da Weiße in dem dortigen Klima körperliche Arbeit längere Zeit hindurch nicht aushalten. Auch werden die Kosten des Wegebaus und der Unterhaltung bei den häufigen zerstörenden Gewitterregen sehr hoch sein. Bei dem Mangel Argentinien an Kohle wird man aber sicherlich alle diese Hindernisse zu überwinden und die finanziellen Lasten aufzubringen wissen. Gleichzeitig beschäftigt sich die argentinische Regierung mit einem großen Plan zur Erschließung Patagoniens durch Eisenbahnbauten. Eine Strecke von mehr als 1000 Kilometer Länge wird gegenwärtig von Puerto Madryn im Territorium Chubut nach Epuyen am Abhang der Anden im Anschluß an die bereits von San Antonio in einer Länge von 440 Kilometer ebenfalls in westlicher Richtung angelegte Linie gebaut; dazu kommt eine Anschlußstrecke von San Antonio nach Carmen de Patagones, an der Mündung des Rio Casu in den Atlantischen Ozean. Die Schienenbestellungen sind nach Deutschland und Belgien vergeben worden. Durch die neue Linie werden große neue Landstrecken in Patagonien der Schafzucht erschlossen. Bei Epuyen sind übrigens kohleführende Schichten erbohrt worden, die bisher wegen des Mangels an Transportmitteln nicht in Abbau genommen werden konnten. In der Provinz Buenos Aires sollen schließlich von Privaten neben den Landstraßen Kleinbahnen für den Frachtverkehr gebaut werden. Die Konzessionen sollen in erster Linie an landwirtschaftliche Genossenschaften vergeben werden. Ferner sieht das Budget für 1922 den Betrag von 2 Millionen Pfund für Vermehrung und Verbesserung der staatlichen Eisenbahnen vor.

Im ganzen wird also in diesem Staat in großem Maßstab kolonisiert.

Niederländisch Neuguinea Das holländische Neuguinea hat in den letzten 20 Jahren eine günstige Entwicklung durchgemacht. Insbesondere sind die sanitären Verhältnisse vielfach verbessert worden, so daß jetzt in vielen Teilen des Landes Weiße angesiedelt werden können. Infolgedessen macht sich jetzt die vorteilhafte Lage Neuguineas

und damit auch des weit nach Westen vorgeschobenen holländischen Teils für den Weltverkehr geltend; er wird in steigendem Maß in ihn einbezogen. Bisher hat die holländische Regierung für die Entwicklung ihres Besitzes an dieser zweitgrößten Insel der Welt noch nicht viel getan, während sich Deutschland und Australien für die beiden ihnen gehörenden östlichen Inselstücke erfolgreich um Bergbau, Plantagenbetrieb, Rindviehzucht und Gartenbau bemühten. Das Interesse der Holländer für die Westhälfte der Insel wurde erst durch das 30jährige Wirken von Houtens geweckt. Er wollte die Kolonie, die nur wenige eingeborene Bewohner hat, durch Einwanderer aus Java in Kultur nehmen lassen, um so gleichzeitig der wahnsinnigen Übervölkerung Javas abzuhelfen und ein Bollwerk gegen die Überflutung des Pazifischen Ozeans durch Japaner und Chinesen zu errichten. Auch seien die Javaner besser als Arbeitsvorbilder für die Eingeborenen geeignet als die Europäer. Einige javanische Einwanderer haben in der Tat schon mit Erfolg die Einrichtung von Reiskulturen und Rindviehzucht in die Wege geleitet. Die Reiskultur verspricht in der Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu dem Lebensmittelweltbedarf zu liefern. Das ist gegenwärtig, da ein so großer Mangel an Lebensmitteln herrscht, eine besonders erfreuliche Aussicht.

Tasmanien Die große Preissenkung für Bergwerkserzeugnisse auf dem Weltmarkt hat auch den Bergbau von Tasmanien arg mitgenommen. Der Wert der dortigen Bergwerksprodukte, der im Jahr 1920 1,4 Millionen Pfund Sterling ausmachte, erreichte 1921 nur 0,8 Millionen. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf Silber (110 000 Pfund Sterling), Blei (110 000 Pfund Sterling) und Zinn (239 000 Pfund Sterling). Immerhin läßt das laufende Jahr sich freundlicher an als das vergangene. Emsig wird weiter nach Petroleum gesucht. Ölführende bituminöse Schiefer hat man gefunden, neuerdings auch ein Vorkommen von schätzungsweise 2 Millionen Tonnen erbohrt, bisher aber keine Ölquellen entdeckt. Im Distrikt von Mersey werden jetzt die Anlagen zur Gewinnung und Verarbeitung dieser bituminösen Schiefer eifrig ausgebaut. Die überseeische Einfuhr Tasmaniens ist von 1920 auf 1921 von 1,5 auf 1,95 Millionen Pfund Sterling gestiegen, die überseeische Ausfuhr dagegen von 1,8 auf 1,4 Millionen gefallen, so daß der Ausfuhrüberschuß von 308 000 sich

in einen Einfuhrüberschuß von 569 000 Pfund Sterling verwandelt hat. Das 2 Halbjahr 1921 zeigt aber den Beginn einer Besserung, doch ist es bis zur Wiederherstellung der sehr verschlechterten Valuta der Insel noch weit. Sehr in Blüte steht die Obstausfuhr nach England. Im ganzen hat die australische Insel also unter dem "Slump", dem Zusammenbruch der Preishausse auf dem Weltmarkt, schwer gelitten.

Kurze Chronik In Queensland stehen 500 000 Stück *schlachtreifen Rindviehs*, die wegen des Mangels an Absatzgelegenheit nicht geschlachtet werden können. ◊ Das Fallen der Weinpreise hat in Südafrika dazu geführt, daß die Winzer zum Teil den Wein vernichten, um die Preise zu stützen. Manche gehen auch zur Erzeugung von getrockneten Trauben über; die Absatzgelegenheit dafür ist insbesondere durch das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten sehr verbessert worden; denn die Italiener dort benutzen vielfach die getrockneten Trauben als Rohstoff zur Herstellung des Weins im Haushalt. ◊ Die Rubber Growers' Association hat einen Propagandafonds zur Hebung des *Kautschuk*verbrauchs begründet, der zunächst auf 25 000 Pfund Sterling gebracht werden soll; auch ein Gradmesser für die Absatznot der Kautschukproduzenten. ◊ Für den Ausbau des Hafens der *Wallfischbai* in Südafrika hat die Regierung der Union von Südafrika 3 Millionen Pfund Sterling bewilligt. ◊ Der Minenarbeiterstreik in *Südafrika* (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in diesem Band, Seite 304) hat das Wirtschaftsleben der Südafrikanischen Union schwer erschüttert. Der Voranschlag der Regierung ist durch die hohen Steuer- und Frachtausfälle vollkommen über den Haufen geworden, ein Defizit in der Staatskasse im Betrag von 2 Millionen Pfund Sterling dadurch geschaffen worden. Wahrscheinlich wird die Regierung versuchen diesen Verlust an den Gehältern einzusparen. ◊ Der Außenhandel *Bolivians* hat sich in den ersten 6 Monaten des Fiskaljahrs 1921 weiter ungünstig entwickelt. Die Einfuhr stieg gegenüber 1921 von 34 auf 39,3 Millionen Bolivianos (1 Boliviano = 19²/₁₀ Pence), die Ausfuhr sank von 81,9 auf 31,9 Millionen Bolivianos. Der Hauptausfall beruht auf dem Zusammenbruch des Weltmarktpreises für Zinn (London am 9. Februar 1920 392³/₄, am 31. März 1922 142¹/₄ Pfund Sterling per Tonne). Die Folge ist ein Sinken des

Bolivianokurses auf 14 Pence, den niedrigsten Kurs seit Menschengedenken. \diamond Die Zuckerverzeugung *Australiens* hat im vergangenen Jahr zum erstenmal um einen wesentlichen Betrag den Zuckerbedarf des australischen Festlands überschritten, so daß also diese englische Kolonie jetzt in die Reihe der Zuckerversorger des Weltmarkts einzurücken im Begriff ist. \diamond Das Elektrizitätswerk von Morwell (siehe diese Rundschau, in diesem Band, Seite 384), das auf der Braunkohle dort errichtet wird, soll nach und nach den größten Teil des australischen Staats *Victoria* versorgen. Die Regierung Victorias hat den Plänen für die Umstellung der Anlagen zugestimmt.

EINZELNES

Richtigstellung

Dühring

Die Kennzeichnung meines Vaters Eugen Dühring, als eines Philosophen, durch Herrn Kleineibst (in der Rundschau Philosophie, 1921 II, Seite 1132 ff.) ist eher eine *Verkleinerung* als eine »Würdigung«, zu nennen. Von den *gesamtsystematischen* Buchwerken Dührings, insbesondere der Logik und Wissenschaftstheorie /zuerst 1878/ hat der Beurteiler anscheinend gar nichts gewußt; denn wie würde er sonst von der »zersplitterten Vielseitigkeit« eines »epigonenhaften Eklektikers« reden? Meines Vaters Stärke in seinen besten Jahren bestand gerade darin die einzelnen Wissenszweige systematisch und historisch zu einem *Ganzen* zu vereinigen, überdies Denken und Leben, also Theorie mit Praxis zu einem wahrhaft philosophischen (von ihm »denkerisch« genannten) Gesamtsystem zusammenzufassen. Am vollständigsten, auf mehr als 600 Seiten, ist dies in der neuen Auflage von Logik und Wissenschaftstheorie /1905/ geschehen. Fern lag es ihm aber die »Identität« von Denken und Sein oder gar »eine Art prästabiler Harmonie« zu lehren, noch ferner dergleichen alten Kohl zum Postulat der Seins- und Naturphilosophie zu erheben. Er wollte den philosophischen Tisch, wie er sich ausdrückte, seinerseits *nicht* mit aufgewärmtem Sauerkraut sondern mit neuen, besseren Schlüsselns besetzt wissen. Die »Weltwirklichkeit« war ihm nicht durch und durch »vernünftig«, vielmehr ein *Gemenge* aus spärlich anzutreffender Vernunft und allzu reichlich besserer *Unvernunft*. Er war kein einseitiger Optimist; einen seiner Aufsätze überschrieb er *Das Verbecherische in der Natur*.

Noch in seinen Greisenjahren gewann er manche neue Einsicht und emanzipierte sich von etwa aus der Studienzeit noch haftengebliebenen Vorurteilen. Spekulative Philosophie war dem Forscher und Schriftsteller Dühring in seinem Alter *nicht sonderlich* mehr als eine Vorstufe oder Etappe zur *gründlichen* Durchdenkung und Erörterung sozialer Fragen, worunter er aber nicht nur solche der Politik und Wirtschaft sondern auch die Unterrichts-, Bildungs-, Aufklärungs- und Kulturfortschrittsfragen, ganz besonders aber diejenigen der Wissensbereicherung und Kunstveredelung, zu verstehen pflegte. Er war *vielseitig*, weil er eben ein *ganzer* Mensch war. Sein Gepräge empfing er auch nicht von seiner Epoche, die er ja selbst das »reaktionäre Jahrhundert« nannte. Er betonte: die »Sozialität« der Epoche habe sich noch erst gehörig *herauszumustern*. Als der einzige Sohn und Erbe Eugen Dührings ersuche ich Sie nun das vorstehend Dargelegte, das eine Entgegnung und Berichtigung meinerseits ist, in Ihre Spalten unverkürzt aufnehmen zu wollen.

Ulrich Dühring

Dühring als Philosoph

Die an sich sympathische Pietät des Sohnes hat Ulrich Dühring offenbar den Tenor meiner Würdigung (denn es war eine Würdigung) ebenso verkennen lassen wie das Recht zu sachlicher Kritik und Feststellung. Eine Widerlegung der aufgestellten Behauptungen würde ein ganz ausführliches Eingehen auf den Philosophen Eugen Dühring bedingen, wozu ich augenblicklich leider infolge beruflicher Überlastung keine Möglichkeit habe. Es darf indessen hier wohl festgestellt werden, daß die Begründungen Ulrich Dührings, soweit von *Begründungen* überhaupt die Rede sein kann, grundsätzliche philosophische Einstellungen vermissen lassen. Daß bei dem beurteilenden Nachruf die »gesamtsystematischen« Werke herangezogen worden sind, dürfte sich für den vorurteilslosen Leser ohne weiteres ergeben. Den zwar nicht offen ausgesprochenen, aber angedeuteten Vorwurf der Leichtfertigkeit muß ich zurückweisen, und ich bin überzeugt, daß dem mit dem Werk Eugen Dührings vertrauten Leser, unbeschadet der notwendigen Subjektivität jeglicher Stellungnahme, das Urteil hierüber und über die sachliche Berechtigung des kritischen Nachrufs überlassen werden kann. Deshalb glaube ich auch mich auf diese wenigen Worte beschränken zu können.

Richard Kleineibst